

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

FEBRUAR 1954

INHALT

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Januar/Februar 1954	3
Geld und Kredit	3
Öffentliche Finanzen	7
Produktion und Märkte	11
Außenhandel und Zahlungsbilanz	15
Die öffentlichen Einlagen im Bankensystem am 31. Oktober 1953	19
Statistischer Teil	33
Zentralbankausweise	34
Zinssätze des Zentralbanksystems und Mindestreservesätze	38
Mindestreservenstatistik	38
Halbmonatliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	39
Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	40
Zusammengefaßte statistische Bilanz aller Kreditinstitute einschl. des Zentralbanksystems	55
Kreditvolumen	56
Bargeldumlauf und Bankeinlagen	68
Sonstige Geld- und Kreditstatistik	69
Öffentliche Finanzen	76
Außenwirtschaft	80
Produktion, Beschäftigung, Umsätze und Preise	84
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	87
Die Währungen der Welt	89

Abgeschlossen am 1. März 1954

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Januar / Februar 1954

Geld und Kredit

Verringerte Flüssigkeit des Geldmarktes

Nachdem der Geldmarkt im Januar außerordentlich flüssig gewesen war und auch der Ultimo keine Anspannung gebracht hatte, machte sich seit Anfang Februar eine gewisse Versteifung bemerkbar. Die Geldmarktsätze zogen etwas an; der Tagesgeldsatz stieg sogar verhältnismäßig stark und bewegte sich während des ganzen Monats im allgemeinen zwischen $3\frac{1}{4}$ und $3\frac{3}{8}\%$, während er Ende Januar noch 3% und verschiedentlich sogar $2\frac{7}{8}\%$ betragen hatte.

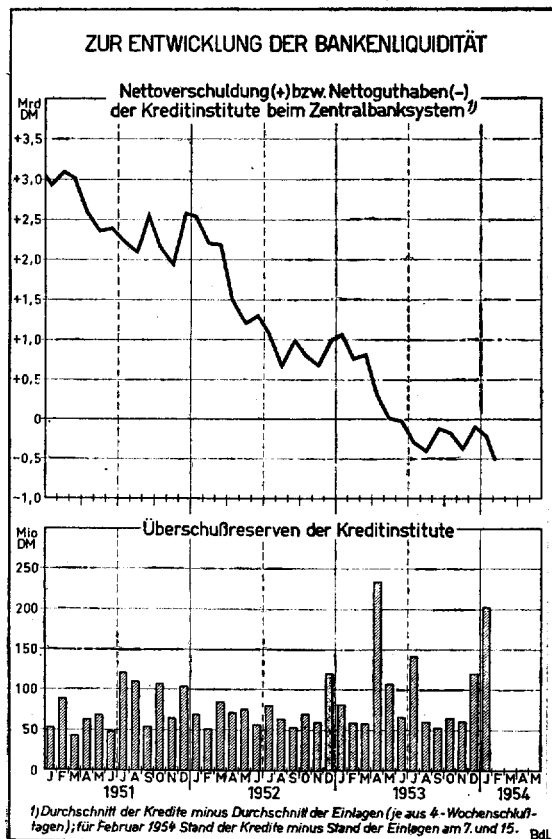
Die Versteifung des Geldmarktes war teilweise eine Nachwirkung der Jahresabschluß-Dispositionen der Kreditinstitute und insoweit technisch bedingt. Die Banken hatten nämlich ihre zum Jahresende stark erhöhten Guthaben bei den Landeszentralbanken nur allmählich abbauen können, so daß sie ihr Reservesoll vielfach schon vor Ende Januar erfüllt hatten und daher ihre Reserveguthaben in den letzten Januar-Tagen stark reduzieren konnten. Anfang Februar haben dagegen viele Institute ihre Zentralbankguthaben wieder kräftig aufgestockt, um sich auf die für den Steuertermin zu erwartenden Anforderungen vorzubereiten. Gleichzeitig haben die Banken, insgesamt betrachtet, zwar einen bedeutenden Liquiditätszufluß erhalten. Aber die Institute, die ihre Zentralbankguthaben aufzufüllen wünschten, waren nicht immer identisch mit denjenigen, denen Liquidität zufließt; sie beschafften sich daher die zur Aufstockung der Guthaben benötigten Mittel weitgehend auf dem Geldmarkt. Durch diese Verstärkung der Nachfrage wurden die Geldmarktsätze wieder ihrem früheren Stand angenähert. Eine so starke Flüssigkeit, wie sie im Januar bestanden hat, kann sich aber angesichts der noch immer bestehenden Verschuldung zahlreicher Kreditinstitute beim Zentralbanksystem ohnehin nicht längere Zeit hindurch halten, da bei niedrigen Geldmarktsätzen ein Teil der am Geldmarkt angebotenen Liquidität von den Kreditinstituten zum Abbau ihrer Verschuldung verwendet zu werden pflegt und dadurch die Flüssigkeit am Geldmarkt wieder einträchtig wird. Infolgedessen wären die Geld-

marktsätze auch ohne die Wirksamkeit der oben erwähnten technischen Faktoren schließlich wieder auf das Niveau zurückgekehrt, das sie vor der anomalen Januar-Flüssigkeit innehatten. Im weiteren Verlauf des Februar haben sich die

Die wichtigsten Bestimmungsfaktoren des Refinanzierungsbedarfs der Kreditinstitute beim Zentralbanksystem¹⁾

in Mio DM

Die einzelnen Faktoren	31. Jan. 1954	15. Febr. 1954
	im Vergleich zum 31. Dez. 1953 15. Jan. 1954	
	Die Vorzeichen geben die Wirkung der Veränderung der Faktoren auf die Bankenliquidität an	
I. Noten- und Münzumschlag	+ 307	+ 262
II. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken		
1) deutsche öffentliche Stellen ²⁾		
a) Bund, Länder und Lastenausgleichsbehörden	— 420	— 195
b) sonstige deutsche öffentliche Stellen	+ 71	+ 0
2) Gegenwertmittel ³⁾	— 6	— 21
3) Sonstige ⁴⁾	+ 29	+ 32
III. Zentralbankkredite		
1) an Nichtbanken	— 240	— 36
2) an Kreditanstalt für Wiederaufbau ⁵⁾	— 25	— 12
IV. Münzgutschrift zu Gunsten des Bundes	+ 2	+ 2
V. Abwicklung des Auslandsgeschäfts beim Zentralbanksystem ⁶⁾	+ 346	+ 375
VI. Sonstige Faktoren, netto darunter:	+ 90	+ 64
Schwebende Verrechnungen im Zentralbanksystem	(+ 115)	(+ 37)
Gesamtwirkung:		
Banken liquider (+)	+ 154	+ 471
Kreditnahme und Reserveguthaben der Kreditinstitute beim Zentralbanksystem	Stand	
Reserveguthaben	31. Dez. 1953	31. Jan. 1954
Kredite	3 188	2 231
	3 215	2 104
Nettoverschuldung (—) bzw. Nettoguthaben (+)	— 27	+ 127
Reservesoll	im Dezember	im Januar
	2 487	2 544
¹⁾ Ohne den durch die Mindestreservehaltung bedingten Refinanzierungsbedarf. — ²⁾ Einschließlich abgegebener Ausgleichsforderungen, ohne Gegenwertkonten des Bundes. — ³⁾ Gegenwertkonten des Bundes und ERP-Sonderkonto der Berliner Zentralbank. — ⁴⁾ Alliierte Dienststellen, sonstige inländische Einleger und ausländische Einleger. — ⁵⁾ Kredite für Arbeitsbeschaffung, Wohnungsbau und andere Investitionsvorhaben. — ⁶⁾ Saldo aus folgenden Positionen: Gold, Guthaben bei ausländischen Banken (einschl. Guthaben bei der EZU), Sorten und Auslandsschecks minus Guthaben ausländischer Banken, Export-Akkreditive und US-Dollarkonten Brasilien.		



Geldmarktsätze im großen und ganzen auf dem in den ersten Februar-Tagen erreichten Stand gehalten, obgleich die Bankenliquidität zeitweilig durch den in der Monatsmitte üblichen Anstieg der öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem etwas angespannt worden ist.

Geringe Zunahme der Bankkredite

Die schon seit Monaten bestehende Tendenz einer im Vergleich zu früheren Jahren nur geringen Ausweitung der kurzfristigen Bankkredite hat sich im Januar noch etwas verstärkt. Bei den Kreditinstituten außerhalb des Zentralbanksystems haben die kurzfristigen Kredite an Wirtschaft und Private nur um 169 Mio DM zugenommen gegen 463 bzw. 423 Mio DM im Januar der Jahre 1952 und 1953. Dieser Anstieg blieb um 117 Mio DM hinter der durchschnittlichen Zunahme der vorangegangenen vier Monate zurück. Die saisonbedingte Abschwächung war damit etwas stärker als vor einem Jahr; damals ist nämlich die Zuwachsrate der kurzfristigen Wirtschaftskredite im Januar nur um 87 Mio DM geringer gewesen als im Durchschnitt der Monate

September bis Dezember 1952, obgleich im letztgenannten Zeitraum die monatliche Zunahme mit rd. 500 Mio DM sehr hoch gewesen war.

Unter den kurzfristigen Wirtschaftskrediten haben im Januar lediglich die Kontokorrentkredite zugenommen, während die Wechselkredite, die im Dezember mit Rücksicht auf die Jahres-schlußbilanz, teilweise auf Kosten der Kontokorrentkredite, stark erhöht worden waren, wieder abgebaut wurden. Zu dem Anstieg der Kontokorrentkredite dürften im übrigen zu einem großen Teil die Zins- und Provisionsbelastungen der Kreditnehmer beigetragen haben.

Die kurzfristigen Kredite der Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems an öffentliche Stellen sind im Januar um 288 Mio DM gestiegen. Neun Zehntel dieser Zunahme entfielen auf die Wiederauffüllung der zum Jahresende aus Liquiditätsgründen vorübergehend reduzierten Bestände an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen. Zum überwiegenden Teil handelte es sich hierbei lediglich um die Verlagerung der Kredite vom Zentralbanksystem auf die Kreditinstitute. Dagegen hat sich der Umlauf an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen auch im Januar nur wenig verändert. Er war Ende Januar zwar mit 2 316 Mio DM um rd. 50 Mio DM niedriger als Ende Dezember 1953; dieser Rückgang beruhte aber auf der Tilgung bestimmter Titel, die sich bei Stellen außerhalb des Bankensystems befanden, so daß der für Anlagen bei den Kreditinstituten verfügbare Teil des Umlaufs etwa gleich hoch blieb.

Die mittel- und langfristigen Bankkredite haben, der Saisontendenz entsprechend, im Januar weniger zugenommen als in den vorangegangenen Monaten. Einschließlich der Erhöhung der Bestände an Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen stiegen sie um 646 Mio DM gegen 822 Mio DM im Dezember und 743 Mio DM im Januar 1953. Vermutlich hat der anhaltende Frost und die dadurch bedingte starke Behinderung der Bautätigkeit dazu beigetragen, daß die Darlehensgewährung in diesem Januar in geringerem Maße ausgedehnt worden ist als im entsprechenden Vorjahrsmonat; denn die Fähigkeit der Banken, längerfristige Kredite einzuräumen, war infolge des starken Aufkommens geeigneter Mittel sicher größer als vor einem Jahr.

Anhaltend

hohe Zahlungsbilanzüberschüsse

Außer durch die Kreditausweitung ist die Geldversorgung der Nichtbanken vor allem wieder durch den Überschuß der Devisenankäufe des Bankensystems über die Devisenverkäufe verstärkt worden. Im Januar blieb der genannte Überschuß mit 326 Mio DM zwar hinter dem besonders hohen Betrag des Vormonats von 408 Mio DM zurück, übertraf aber den Monatsdurchschnitt des Jahres 1953 noch um 36 Mio DM. Auch im Februar scheint diese Entwicklung angehalten zu haben. Jedenfalls ergab sich auf den bei der Bank deutscher Länder geführten Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts in der ersten Monatshälfte ein Auszahlungsüberschuß von 159 Mio DM gegenüber 130 Mio DM in der ersten Januar-Hälfte.

Hohes Sparaufkommen bei den Kreditinstituten

Der Zustrom längerfristiger Fremdmittel zu den Banken blieb im Januar nur wenig hinter dem besonders günstigen Dezember-Ergebnis zurück. Der Einzahlungsüberschuß auf Sparkonten war mit etwa 410 Mio DM höher als in allen anderen Monaten seit der Währungsreform mit Ausnahme des Dezember 1953. Einschließlich der Zinsgutschriften betrug der echte Spareinlagenzugang 472 Mio DM gegen 682 Mio DM im Dezember, in dem die Zinsgutschriften jedoch mit 201 Mio DM in wesentlich stärkerem Maße zum Anstieg der Spareinlagen beigetragen hatten. Darüber hinaus stiegen die Spareinlagen im Januar auf Grund von Entschädigungsgutschriften für Altsparer und Vertriebene um 170 Mio DM sowie durch Umbuchung eines Teils der Ende 1953 freigegebenen Anlagekonten — die bisher als Termineinlagen geführt wurden — um weitere 130 Mio DM, so daß der Spareinlagenbestand insgesamt um 772 Mio DM zunahm. Während der überwiegende Teil des Einzahlungsüberschusses im Dezember auf steuerbegünstigte Konten entfallen war, spielten derartige Einzahlungen im Januar nur eine verhältnismäßig geringe Rolle. Der Bestand an steuerbegünstigten Spareinlagen stieg im Januar nur um 25 Mio DM gegen 421 Mio DM im Dezem-

Geld- und Kreditentwicklung	Zunahme (+) oder Abnahme (—)		Stand Ende Januar 1954 ^{p)}
	Dez. 53	Jan. 54 ^{p)}	
	Mio DM		
I. Kreditgewährung der Kreditinstitute			
1) Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems insgesamt	+ 1 118	+ 1 103	49 375
Kurzfristige Kredite an			
Wirtschaft und Private	(+ 458)	(+ 169)	(21 661)
Öffentliche Körperschaften	(— 49)	(+ 27)	(337)
Schatzwechsel und unver- zinsliche Schatz- anweisungen	(— 113)	(+ 261)	(1 387)
Mittel- und langfristige Kredite an			
Wirtschaft und Private	(+ 647)	(+ 277)	(19 303)
Öffentliche Stellen	(+ 119)	(+ 161)	(3 890)
Wertpapiere und Konsortial- beteiligungen	(+ 56)	(+ 208)	(2 789)
2) Zentralbanksystem insgesamt	+ 282	— 240	422
Kredite an			
Öffentliche Körperschaften	(+ 34)	(— 34)	(191)
Wirtschaft und Private	(+ 24)	(— 9)	(128)
Schatzwechsel und unver- zinsliche Schatz- anweisungen	(+ 223)	(— 192)	(51)
Wertpapiere	(+ 1)	(— 5)	(52)
II. Aufkommen länger- fristiger Fremdmittel bei den Kreditinstituten			
Spareinlagen	+ 1 531	+ 1 459	38 706
Termineinlagen ¹⁾ von			
Wirtschaft und Privaten	(— 258)	(+ 23)	(5 606)
Öffentlichen Stellen	(+ 127)	(+ 326)	(4 683)
Bankschuldverschreibungen	(+ 336)	(+ 207)	(5 139)
Bei Nichtbanken aufge- nommene Gelder ²⁾ und Darlehen ³⁾	(+ 399)	(+ 131)	(11 265)
III. Nettodevisenankäufe des Zentralbank- systems und der Außenhandelsbanken	+ 408	+ 326	(8 354)
IV. Sonstige Einflüsse auf die Veränderung des Geldvolumens⁴⁾	+ 654	.	.
Veränderung des Geld- volumens (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) insgesamt⁵⁾	+ 931	— 655	(28 632)
1) Bargeldumlauf außerhalb der Banken ⁶⁾	(+ 189)	(— 307)	(11 665)
2) Sichteinlagen von			
Wirtschaft und Privaten	(+ 198)	(— 422)	(10 040)
deutschen öffentl. Stellen	(+ 558)	(+ 101)	(5 315)
alliierten Stellen	(— 14)	(— 27)	(612)

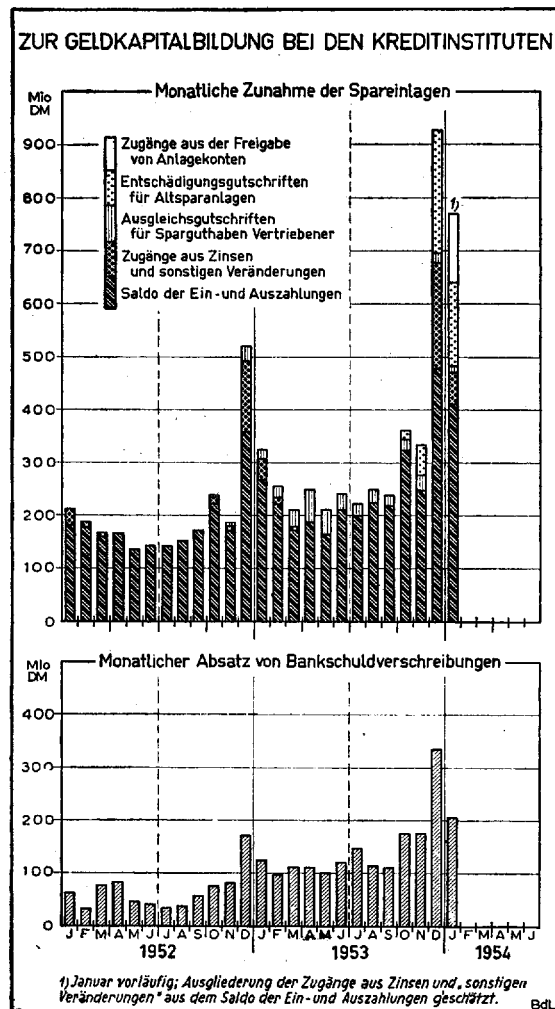
Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VI und VIII im Statistischen Teil d. vorl. Heftes (Zusammengefaßte statistische Bilanz aller Kreditinstitute sowie Bargeldumlauf und Bankeinlagen); ferner: Monatsberichte der BdL Januar 1954, S. 5 und Geschäftsbericht der BdL für das Jahr 1952 S. 31 und 39.

¹⁾ Einlagen mit Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat. — ²⁾ Mit Kündigung oder Laufzeit ab 6 Monate. — ³⁾ Einschl. aufgenommener Gegenwertmittel. — ⁴⁾ Enthält die Münzgutschriften zugunsten des Bundes und die Veränderung folgender Bilanzpositionen: Ausgleichsforderungen, Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude, sonstige Aktiva; Gegenwertkonten (im Zentralbanksystem), kurzfristig aufgenommene Gelder, Kapital, Rücklagen, Rückstellungen, Wertberichtigungen, sonstige Passiva; ferner die Veränderung des Saldos der Interbankverschuldung. — ⁵⁾ Entspricht der Summe I 1 + 2, III, IV, abzüglich II. — ⁶⁾ Enthält auch die Veränderung des Umlaufs an „B“-Noten, da diese nicht mehr gesondert erfaßt werden. — p) Vorläufig.

ber 1953. Es sind zwar die auf Grund eines allgemeinen Sparvertrags im ersten Halbjahr 1951 festgelegten Ersparnisse Anfang Januar freigeworden. Aber einmal war der freigewordene Betrag mit etwa 80 Mio DM relativ gering, und im übrigen dürfte davon nur ein kleiner Teil abgehoben worden sein, da für die weitere Festlegung dieser Mittel erneut Steuerbegünstigung gewährt wird, so daß die Neueinzahlungen an steuerbegünstigten Spareinlagen nicht wesentlich höher gewesen sein dürften als der Bestandszuwachs.

Die Termineinlagen sind im Januar, im ganzen genommen, zwar entgegen der in den letzten Monaten sich andeutenden Tendenz wieder verhältnismäßig stark gestiegen. Läßt man den durch die erwähnte Umbuchung der Anlagekonten bedingten Abgang außer Betracht, so ergibt sich für den Januar eine Zunahme der Termineinlagen um 574 Mio DM. Aber hiervon entfielen nur 248 Mio DM auf die Termineinlagen von Wirtschaft und Privaten, die damit wesentlich weniger gestiegen sind als im Januar des Vorjahres, in dem der Zuwachs 409 Mio DM betragen hatte. (Von der genannten Zunahme im Januar dieses Jahres wurde der größte Teil durch die erwähnte Auflösung der Anlagekonten kompensiert, so daß sich der Bestand an derartigen Einlagen per Saldo nur um 23 Mio DM erhöhte.) Ferner dürfte es sich bei den 326 Mio DM, um die die öffentlichen Termineinlagen zunahmen, nur zum kleineren Teil um echte Neuzugänge handeln. Vieles spricht nämlich dafür, daß der überwiegende Teil des genannten Anstiegs lediglich auf der Wiedereinzahlung von Termingeldern beruht, die Ende Oktober kurz vor der Sondererhebung über die öffentlichen Einlagen abgehoben worden waren.

Der Absatz von Bankschuldverschreibungen hat im Januar mit 207 Mio DM den im Dezember 1953 erzielten Höchststand bei weitem nicht erreicht, übertraf aber dennoch das Ergebnis aller übrigen Monate seit der Währungsreform. 88 vH der abgesetzten Papiere waren steuerfrei. Außer Bankschuldverschreibungen wurden im Januar 215 Mio DM an sonstigen Wertpapieren abgesetzt, darunter 173 Mio DM Industrieobligationen, deren Absatz damit höher war als in den beiden vorangegangenen Monaten zusammen.



Saisonübliche Abnahme des Geldvolumens

Da das Aufkommen längerfristiger Mittel bei den Kreditinstituten weitaus höher war als die mit der Kreditgewährung und den Netto-Devisenankäufen verbundene Ausweitung der Geldversorgung, nahm das Geldvolumen (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) im Januar, wie in diesem Monat saisonüblich, verhältnismäßig stark ab, und zwar um 655 Mio DM. Der Rückgang war damit etwa ebenso groß wie im Vorjahr, in dem er 686 Mio DM betragen hatte. Allerdings hat hierbei der Bargeldumlauf — beim Vergleich der Monatsendstände — stärker abgenommen als im Januar 1953, nämlich um 307 Mio DM gegen 128 Mio DM vor einem Jahr. Aber im Monatsdurchschnitt gerechnet war der Rückgang des

Zahlungsmittelumsatz von Dezember 1953 bis Januar 1954 mit 399 Mio DM nicht wesentlich größer als in den entsprechenden Monaten der vorangegangenen drei Jahre. Unter den Sichteinlagen nahmen die der Wirtschaft und der Pri-

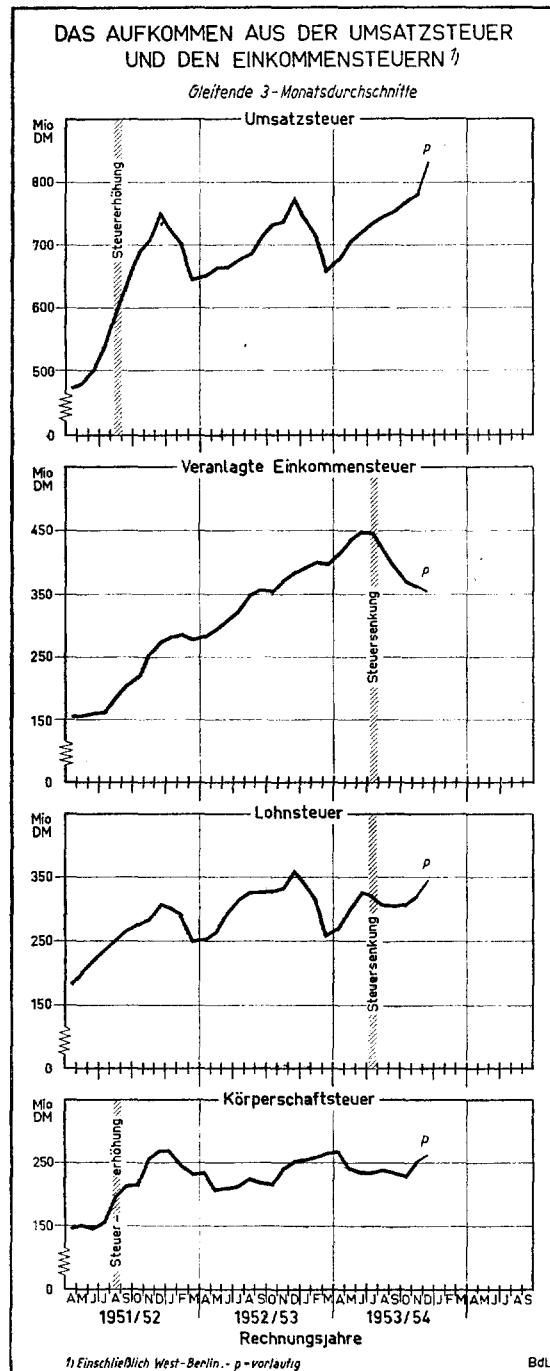
vaten etwas weniger ab als im Januar 1953, und zwar um 422 Mio DM, während die der öffentlichen Stellen mit einer Zunahme um rd. 100 Mio DM etwa um den gleichen Betrag wie im Vorjahr stiegen.

Öffentliche Finanzen

Bei der Gesamtheit der öffentlichen Haushalte haben sich auch im Januar 1954 wieder hohe Überschüsse — schätzungsweise 200 Mio DM — ergeben. Das ist insofern bemerkenswert, als die Haushalte im gleichen Monat der beiden Vorjahre kassenmäßig nur etwa ausgeglichen gewesen waren. Zu den Kassenüberschüssen hat die Entwicklung sowohl der Einnahmen als auch die der Ausgaben beigetragen. Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern waren trotz der im Sommer und Herbst v. J. in Kraft getretenen Steuersenkungen mit rd. 2 515 Mio DM um rd. 100 Mio DM oder 4 vH höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Bei den einzelnen Abgaben war die Entwicklung allerdings sehr verschieden. Das Januar-Aufkommen aus der Umsatzsteuer, in dem sich die Umsatzsteigerungen aus Anlaß des Weihnachtsgeschäfts niederschlagen und das daher den jeweils höchsten Stand im Jahr erreicht, lag mit 966 Mio DM um rd. 60 Mio DM über dem vergleichbaren Vorjahrsstand, und auch der Ertrag der Körperschaftsteuer ist leicht gestiegen, während die Einnahmen aus der Lohnsteuer und der Veranlagten Einkommensteuer hinter ihrem Stand vom Januar v. J. zurückblieben.

Demgegenüber waren die Ausgaben offenbar wiederum verhältnismäßig niedrig. Nachdem sie im Dezember auf Grund einiger nicht regelmäßig in jedem Monat wiederkehrender Leistungen (z. B. Zinszahlungen auf die Ausgleichsforderungen) etwas gestiegen waren, sind sie, zumindest beim Bund, wieder auf den sehr niedrigen Stand der Vormonate zurückgegangen; der im Januar einsetzende saisonale Anstieg der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung (um rd. 50 Mio DM) fiel demgegenüber nur wenig ins Gewicht.

Der Kassenüberschuß des Bundes war im Januar mit rd. 404 Mio DM fast fünfmal so hoch wie im Januar 1953, als er nur rd. 82 Mio DM



Zur kassenmäßigen Entwicklung der Bundesfinanzen
in Mio DM

Posten	Rechnungsjahr 1953/54					Zum Vergleich: 1952/53	
	April/Juni	Juli/Sept.	Okt./Dez.	Januar	April/Jan. gesamt	Januar	April/Jan. gesamt
I. Einnahmen							
1) Kasseneingänge aus eigenen Einnahmen ¹⁾	5 204	5 621	5 513	1 914	18 252	1 843	17 391
2) Kasseneingänge aus dem Rückgriff auf das ERP-Sondervermögen	—	50	166	—	216	—	—
3) Kasseneingänge, gesamt	5 204	5 671	5 679	1 914	18 468	1 843	17 391
4) Buchmäßige Einnahmen aus dem Rückgriff auf Rentenversicherungen und Bundesanstalt, gesamt	181	180	183	61	605	13 ⁵⁾	133 ⁵⁾
5) Gesamteinnahmen (3 + 4)	5 385	5 851	5 862	1 975	19 073	1 856	17 524
II. Ausgaben							
1) Kassenausgänge ²⁾	5 462	4 682	4 810	1 510	16 464	1 761	16 290
2) Buchmäßige Ausgaben für Arbeitslosenfürsorge und Zuschüsse an Rentenversicherungen	181	180	183	61	605	13 ⁵⁾	133 ⁵⁾
3) Gesamtausgaben	5 643	4 862	4 993	1 571	17 069	1 774	16 423
III. Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—)							
1) der Gesamteinnahmen über die Gesamtausgaben (I,5 ·/. II,3)	— 258	+ 989	+ 869	+ 404	+ 2 004	+ 82	+ 1 101
2) der eigenen Einnahmen über die Gesamtausgaben (I,1 ·/. II,3)	— 439	+ 759	+ 520	+ 343	+ 1 183	+ 69	+ 968

¹⁾ Ohne Einnahmen aus Verschuldung. — ²⁾ Ohne Ausgaben für Schuldentilgung. — ³⁾ Die Abweichung von dem in Tab. X, 1 im Statistischen Teil angegebenen Betrag ergibt sich daher, daß hier nur die tatsächlichen Eingänge aus der mit 98 vH begebenen Anleihe eingesetzt wurden, während bei der Verschuldung der Nominalbetrag zugrunde gelegt wurde. — ⁵⁾ Geschätzt auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes zum Ausgleich der von den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherungen für das Rechnungsjahr 1952 zu tragenden Mehraufwendungen für Rentenzulagen vom 29. 9. 1953.

betragen hatte. Die Einnahmen, die mit 1,91 Mrd DM den Stand vom Januar v. J. nur um 70 Mio DM übertrafen, haben zu der Verbesserung der Kassenlage nur wenig beigetragen, wenn auch ihre Entwicklung, für sich betrachtet, angesichts der Steuersenkungen vom Sommer v. J. sehr befriedigend war. Der hohe Überschuß war vielmehr, ebenso wie in allen Monaten seit dem August v. J., in erster Linie das Ergebnis der Ausgabeentwicklung. Mit 1 510 Mio DM erreichten die Kassenausgaben nicht einmal ganz den durchschnittlichen Stand der Monate August bis November und blieben um nicht weniger als rd. 250 Mio DM oder rd. 14 vH hinter den Ausgaben vom Januar v. J. zurück. Obwohl Einzelangaben für den Januar noch nicht vorliegen, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Grund hierfür, ebenso wie in den Vormonaten, in den immer noch verhältnismäßig niedrigen Besatzungskostenanforderungen der Alliierten liegen dürfte. Wie die nebenstehende Tabelle zeigt, waren diese in den fünf Monaten August bis Dezember 1953 mit nur rd. 1,9 Mrd DM um nahezu 1,1 Mrd DM niedriger als in den gleichen Monaten des Jahres 1952. Obwohl die sonstigen Ausgaben des Bundes vor allem wegen der Übernahme neuer Ver-

pflichtungen (Bedienung der Auslandsschulden, Zahlungen an Israel) etwas stärker gestiegen sind als die Einnahmen, bei denen sich die Zuwachsrate stark verlangsamte, ist die Zunahme der Kassenüberschüsse hauptsächlich der — wenn auch nur vorläufigen — „Ersparnis“ bei den Besatzungsausgaben zuzuschreiben.

Im Februar dürfte allerdings die Überschußbildung, nachdem sie acht Monate hintereinander

Gesamte Kassenausgaben des Bundes
und Ausgaben für Besatzungskosten
in Mio DM

	Gesamte Kassenausgaben ¹⁾			Besatzungskosten ²⁾		
	Rechnungsjahr		Zu- nahme (+) Ab- nahme (—)	Rechnungsjahr		Zu- nahme (+) Ab- nahme (—)
	1952/53	1953/54		1952/53	1953/54	
Aug.	1 680	1 450	— 230	574	375	— 199
Sept.	1 488	1 598	+ 110	545	362	— 183
Okt.	1 613	1 548	— 65	599	372	— 227
Nov.	1 655	1 534	— 121	636	377	— 259
Dez.	2 046	1 728	— 318	646	422	— 224
Gesamt	8 482	7 858	— 624	3 000	1 908	— 1 092
Jan.	1 761	1 510	— 251	.	.	.
Aug./Jan. gesamt	10 243	9 368	— 875	.	.	.

¹⁾ Ausgänge aus den bei der Bank deutscher Länder unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Aufwendungen für Schuldentilgung. — ²⁾ Besatzungskosten lt. Finanzstatistik; ohne Besatzungsfolgekosten.

angehalten hat, zumindest vorübergehend unterbrochen werden. Die Einnahmen, die in diesem Monat in der Regel aus zahlungstechnischen und saisonalen Gründen besonders niedrig sind, haben sich in der Zeit vom 1. bis 22. d. M. nur auf 1 184 Mio DM belaufen und waren damit um 320 Mio DM niedriger als in der gleichen Zeit des Vormonats. Demgegenüber sind die Ausgaben verhältnismäßig stark gestiegen. Mit 855 Mio DM übertrafen sie den vergleichbaren Stand vom Januar um rd. 235 Mio DM. Die Zunahme war zum überwiegenden Teil durch nicht regelmäßig in gleicher Höhe wiederkehrende Aufwendungen bedingt; diese sind nämlich von 58 Mio DM im Januar (Bedienung der Auslandsschulden) auf 184 Mio DM im bisherigen Verlauf des Februar gestiegen. Im einzelnen handelte es sich dabei einmal um eine Überweisung an den Lastenausgleichsfonds für Zwecke des Umsiedlerwohnungsbaus in Höhe von 154 Mio DM und zum anderen um einen Kredit an die Bundesbahn in Höhe von 30 Mio DM. Aber auch nach Abzug dieser Zahlungen waren die laufenden Ausgaben in der Zeit vom 1. bis 22. d. M. noch um rd. 100 Mio DM höher als im gleichen Zeitraum des Januar. Allerdings läßt sich die Ausgabeentwicklung zur Zeit noch nicht endgültig beurteilen, da erfahrungsgemäß ein großer Teil der Ausgaben erst in den letzten Tagen des Monats abgewickelt wird.

Die Länderhaushalte waren im Januar in gewissem Umfang dadurch begünstigt, daß die Lohnsteuereinnahmen, die ihnen mit 62 vH zuzustehen, in diesem Monat wegen der Versteuerung der im Dezember gezahlten Weihnachtsg Gratifikationen ihren Jahreshöchststand erreichen. Im Vergleich zum Januar v. J. hat sich die Einnahmesituation der Länder jedoch verschlechtert, da die ihnen verbleibenden Einnahmen aus den Einkommensteuern¹⁾, die den bei weitem größten Teil ihrer gesamten Steuereinnahmen ausmachen, mit rd. 453 Mio DM um fast 10 vH niedriger waren als im Januar 1953. Die laufenden Ausgaben der Länder, insbesondere die persönlichen Ausgaben und der Versorgungsaufwand, waren jedoch erheblich höher als im Jahr zuvor, so daß der Kassenabschluß der Länderhaushalte weit ungünstiger war als im Januar 1953. Ihre im Zentralbanksystem unter-

¹⁾ Ohne Kapitalertragsteuer, für die neuere Angaben nicht vorliegen.

Öffentliche Finanzen	1953		1954	Zunahme gleichzeit. Jan. 53
	Okt. ¹⁾	Dez.	Jan. ¹⁾	
Mio DM				
Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte ²⁾ (ohne Ausgleichsforderungen)	8 717 ⁷⁾	9 132	9 293 ⁸⁾	7 059
davon:				
gegenüber dem Zentralbanksystem	45	334	93	104
gegenüber anderen Kreditinstituten	6 056	6 109	6 557	4 723
gegenüber sonstigen Kreditgebern ³⁾	2 616 ⁷⁾	2 689	2 643 ⁸⁾	2 232
Einlagen öffentl.-rechtl. Körperschaften im Bankensystem ⁴⁾	8 656	9 680	10 075	7 489
davon:				
im Zentralbanksystem ⁵⁾	3 021	3 585	3 903	2 515
bei anderen Kreditinstituten	5 635	6 095	6 172	4 974
Steuereinnahmen von Bund und Ländern gesamt	2 237	3 231 ⁹⁾	2 515 ⁹⁾	2 489
darunter:				
Lohnsteuer	324	324	403	417
Veranlagte Einkommensteuer	230	689	205	278
Körperschaftsteuer	92	592	122	111
Umsatzsteuer	818	745	966	906
Tabaksteuer	193	...	203	206
Bundeshaushalt				
Kasseneinnahmen	1 833	2 209	1 914	1 843
Kassenausgaben	1 548	1 728	1 510	1 761
Kassenüberschuß (+) bzw. Fehlbetrag (-)	+ 285	+ 481	+ 404	+ 82
Bundesschuld ⁴⁾	1 349	1 292	1 228	1 471
Länderhaushalte				
Verschuldung ⁵⁾ *)	1 363 ⁷⁾	1 445	...	986
Guthaben im Zentralbanksystem und über dieses getätigte Geldmarktanlagen ⁶⁾	649	590	533	581
Lastenausgleichsfonds				
Einnahmen, gesamt	339 ^{r)}	271	...	156
Ausgaben, gesamt	384	277 ¹⁾	235	242
Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) d. Kassenmittel ⁷⁾	58	21	+ 9	105
Arbeitslosenversicherung				
Einnahmen	166	161	169	155
Ausgaben	86	125	177	162
Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (-)	+ 80	+ 36	8	7
Angestellten- und Invalidenversicherung ⁸⁾				
Beitragsaufkommen	415	447	...	433
Rentenzahlungen	383	386	386	361
Bundesbahn ⁹⁾				
Betriebseinnahmen	448	456	...	383
Betriebsausgaben	489	368
Verschuldung ⁵⁾)	2 341	2 471 ¹⁾	2 476	1 912
Bundespost				
Verschuldung ⁵⁾)	1 028	1 126	...	745

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. X, Öffentliche Finanzen, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes und früherer Hefte. Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Bundesgebiet einschließlich West-Berlin.

¹⁾ Stand am Monatsende. — ²⁾ Ohne im Zusammenhang mit der Währungsreform entstandene Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibungen und (abgesehen von kleinen Beträgen) ohne Verschuldung der Haushalte aneinander. — ³⁾ Öffentliche Haushalte und private Kreditgeber sowie nicht aufteilbarer Rest. — ⁴⁾ Einschl. zeitweilig zurückerworbener Ausgleichsforderungen und der über das Zentralbanksystem getätigten Geldmarktanlagen. — ⁵⁾ Ohne Verschuldung bei öffentlichen Stellen. — ⁶⁾ Ohne Verschuldung beim Bund und Lastenausgleichsfonds. — ⁷⁾ Nur Bundesgebiet (ausschließlich West-Berlin). — ⁸⁾ Guthaben im Zentralbanksystem bzw. über dieses getätigte Geldmarktanlagen. — ⁹⁾ Ohne rückständige Zahlungsverpflichtungen. — ¹⁰⁾ Monate mit vergleichbaren Steuerterminen. — ^{r)} Vorläufig. — ^{s)} Zum Teil geschätzt. — ^{t)} Berichtigt.

haltenen bzw. über dieses angelegten Mittel sind in diesem Monat um rd. 60 Mio DM zurückgegangen, während sie im Januar v. J. um den gleichen Betrag zugenommen hatten, und die Verschuldung, die im Vorjahr um 60 Mio DM abgebaut worden war, ist weiter — um schätzungsweise 65 Mio DM — gestiegen.

Die Ausfälle aus der Steuerreform und der Anstieg der persönlichen Ausgaben haben jedoch die verhältnismäßig günstige Entwicklung der Länderhaushalte, als Ganzes betrachtet, die vor reichlich zwei Jahren einsetzte, nicht nennenswert beeinträchtigen können. In der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres (April bis September 1953), für die unlängst Zahlen veröffentlicht wurden, waren die Überschüsse der ordentlichen Haushalte mit rd. 1,3 Mrd DM noch um rd. 140 Mio DM (oder rd. 12 vH) höher als im ersten Rechnungshalbjahr 1952/53. In dieser Zeit hatten sich die Steuerausfälle allerdings noch kaum, die Lohn- und Gehaltsaufbesserungen dagegen schon voll bemerkbar gemacht. Die hohen Überschüsse der ordentlichen Haushalte standen zusammen mit den von anderen Haushalten, hauptsächlich vom Bund und vom Lastenausgleichsfonds, überwiesenen Mitteln zur Finanzierung der Investitionen zur Verfügung. Obwohl die Investitionsausgaben im ersten Rechnungshalbjahr 1953/54 mit nahe-

zu 1,7 Mrd DM um rd. 280 Mio DM höher waren als in der vorjährigen Vergleichsperiode, schloß die Gesamtrechnung, wie aus der vorstehenden Tabelle zu ersehen ist, mit einem nur um 150 Mio DM verminderten Überschuß ab. Inzwischen sind die Steuerausfälle zwar stärker geworden, gleichwohl ist anzunehmen, daß die Länder bis in die jüngste Zeit hinein noch hohe Überschüsse in den ordentlichen Haushalten erzielt haben, die sie für Investitionszwecke bereitstellen konnten.

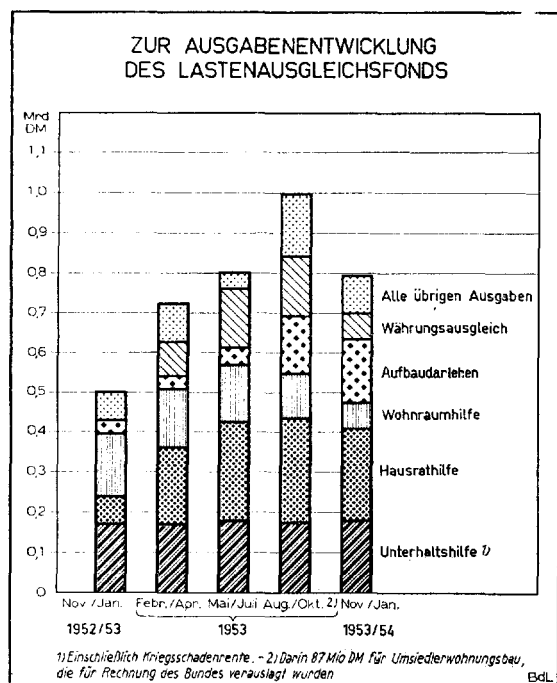
Beim Lastenausgleichsfonds sind die Ausgaben, die in den Herbstmonaten (August bis Oktober) sehr stark, auf insgesamt 1 Mrd DM, gestiegen waren, in den letzten drei Monaten auf 796 Mio DM zurückgegangen. Von ihrem höchsten monatlichen Stand seit dem Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes (1. September 1952), der im Oktober mit rd. 384 Mio DM erreicht wurde, sind sie bis Januar auf 235 Mio DM gesunken. Der Grund für den Umschwung der bisherigen Ausgabentendenz liegt vor allem darin, daß der Währungsausgleich Vertriebener, für den im Oktober 1953 allein 150 Mio DM bereitgestellt worden waren, nunmehr fast ganz abgewickelt ist. Auch die Ausgaben für die Haushilfen, die im Dezember mit 124 Mio DM allerdings höher gewesen waren als in jedem der vorangegangenen Monate, haben im Januar sehr stark, nämlich um fast 100 Mio DM, abgenommen. Demgegenüber sind zwar die vom Fonds gewährten Aufbaudarlehen weiter — auf rd. 55 Mio DM im Durchschnitt der Monate November 1953 bis Januar 1954 gegen nur 11 Mio DM in den entsprechenden Vorjahrsmonaten — gewachsen, aber trotz der für die Prüfung der Anträge schon vor Monaten getroffenen Erleichterungen viel langsamer, als ursprünglich angenommen worden war. Ende Dezember 1953 war der bei diesen Ausgleichsleistungen für das letzte Rechnungsvierteljahr (Januar bis März 1954) noch verbliebene „Verplanungsrest“ mit 626 Mio DM mehr als doppelt so hoch wie die tatsächlichen Ausgaben der ersten drei Rechnungsvierteljahre zusammengenommen (308 Mio DM).

Gleichzeitig sind die ordentlichen Einnahmen des Ausgleichsfonds verhältnismäßig stark gestiegen. Angaben für den Januar stehen allerdings noch nicht zur Verfügung, jedoch lagen die Einnahmen aus den Lastenausgleichsabgaben im vierten Kalendervierteljahr mit insgesamt 550

Entwicklung der Länderhaushalte¹⁾
im 1. Rechnungshalbjahr 1952/53 und 1953/54

	1952/53	1953/54	Veränderung	
	1. Rhj.	1. Rhj.	1953	gegen 1952
	Mio DM	Mio DM	Mio DM	vH
I. Ordentlicher Haushalt				
1) Einnahmen	5 604	6 124	+ 520	+ 9,3
darunter Steuern ²⁾	(3 810)	(4 298)	(+ 488)	(+ 12,8)
2) Ausgaben	4 438	4 818	+ 380	+ 8,6
darunter persönl. Ausgaben ³⁾	(2 052)	(2 329)	(+ 277)	(+ 13,5)
3) Überschuß (1./2.)	1 166	1 306	+ 140	+ 12,0
II. Außerordentlicher Haushalt				
1) Rückgriff auf Mittel anderer öffentlicher Haushalte	593	583	— 10	— 1,8
2) Ausgaben für Sachinvestitionen ⁴⁾	1 405	1 684	+ 279	+ 19,9
3) Fehlbetrag (1./2.)	— 812	— 1 101	+ 289	+ 35,7
III. Gesamtabschluß (I, 3./II, 3)	+ 354	+ 205	— 149	— 42,3

¹⁾ Ohne West-Berlin. — ²⁾ Ohne Gemeindesteuern. — ³⁾ Einschließlich Versorgungsausgaben. — ⁴⁾ Einschließlich Darlehen und Zuschüsse zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus.



Mio DM um rd. 68 Mio DM über denen im vorangegangenen Vierteljahr, und die Einnahmen aus der Vermögensteuer, die dem Fonds von den Ländern zur Verfügung gestellt werden, stiegen sogar von rd. 49 Mio DM im dritten auf rd. 165 Mio DM im vierten Vierteljahr. Der Lastenausgleichsfonds konnte daher im letzten Dreimonatsabschnitt (November 1953 bis Januar 1954) seine Ausgaben voll mit Hilfe der laufenden Einnahmen decken, nachdem er im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt reichlich 400 Mio DM mehr ausgegeben als eingenommen hatte. Dieser Fehlbetrag war in Höhe von rd. 157 Mio DM mit Hilfe fremder Mittel (7f-Gelder) gedeckt worden,

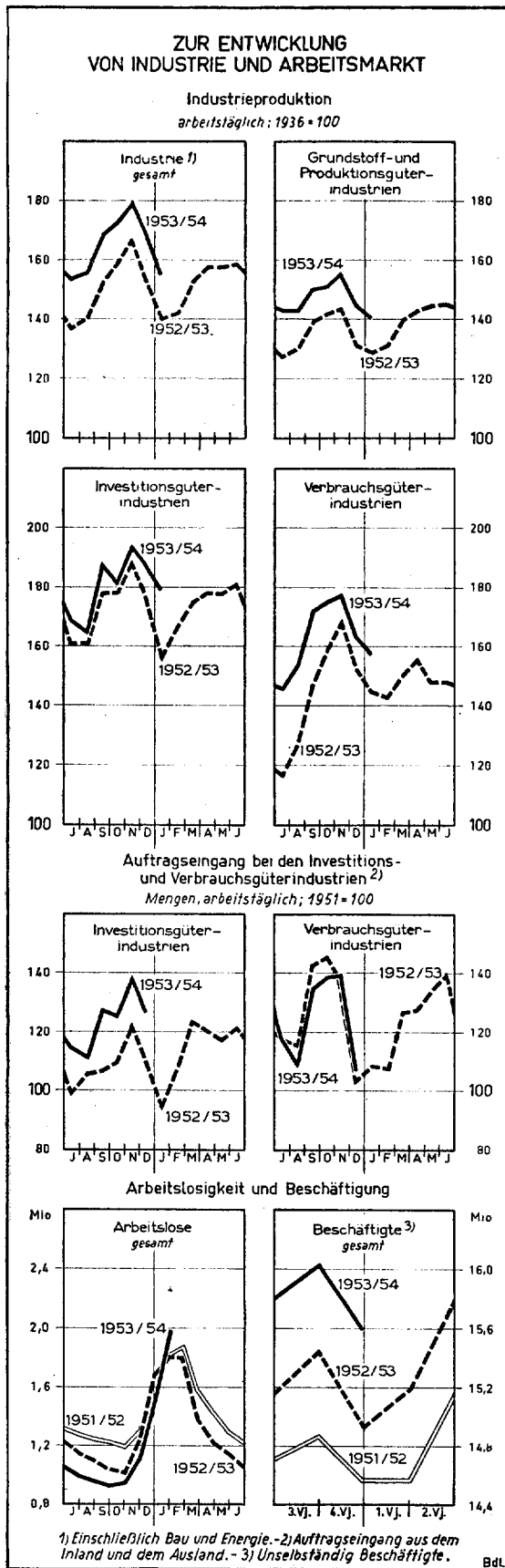
während reichlich 250 Mio DM den eigenen Kassensmitteln (davon rd. 196 Mio DM aus den im Oktober v. J. kassenmäßig vereinnahmten „Bereitstellungen“ von Bund und Ländern) entnommen werden konnten. Da im Januar ein weiterer Betrag an 7f-Darlehen (78 Mio DM) vereinnahmt wurde, waren die liquiden Mittel des Lastenausgleichsfonds Ende Januar mit fast 160 Mio DM sogar höher als Ende November. Im Verlauf des Februar sind sie noch weit stärker gewachsen und beliefen sich vorübergehend (am 22. d. M.) auf rd. 640 Mio DM, womit sie den entsprechenden Stand des Vormonats um rd. 370 Mio DM übertrafen. Zu diesem Ergebnis haben verschiedene Gründe beigetragen: Zunächst gingen nach dem 10. Februar die vierteljährlichen Zahlungen auf die Vermögensabgaben ein. Ferner überwies der Bund, wie bereits oben erwähnt, in der zweiten Hälfte des Monats 154 Mio DM für den Umsiedlerwohnungsbau, der nach einem am 30. Juli 1953 erlassenen Gesetz aus Bundesmitteln vorfinanziert werden soll, und schließlich wurde bereits der größere Teil des Erlöses aus der Anfang Februar aufgelegten 200 Mio DM-Anleihe der Lastenausgleichsbank, die in wenigen Tagen voll untergebracht werden konnte, von der Lastenausgleichsbank an den Ausgleichsfonds überwiesen. In den darauffolgenden Tagen sind vom Bundesausgleichsamt allerdings hohe Mittel für Aufbaudarlehen und den Wohnungsbau abdisponiert worden, jedoch übertrafen die liquiden Mittel am 25. Februar den entsprechenden Stand des Januar immer noch um 300 Mio DM.

Produktion und Märkte

Witterungsbedingte Abschwächung in den Außenberufen

Die Produktion der gewerblichen Wirtschaft hielt sich auch in den letzten Wochen, unter Berücksichtigung der saisonüblichen Tendenzen, weiterhin auf beachtlich hohem Stande. Freilich ist der Index der Industrieproduktion im Januar 1954 erwartungsgemäß gegenüber dem Vormonat weiter zurückgegangen, und zwar, wie zur gleichen Vorjahrszeit, um etwa 8 vH. Doch hat die Gütererzeugung auch im Januar den Vor-

jahrsstand in etwa dem gleichen Ausmaß übertraffen wie im Durchschnitt des Jahres 1953 und sogar noch etwas stärker als im Durchschnitt des vierten Vierteljahrs 1953. Unter dem Einfluß des scharfen und anhaltenden Frostes ist allerdings die Beschäftigung in den Außenberufen stark zurückgegangen. Vor allem mußte die Bautätigkeit in den letzten Wochen in einem selbst für diese Jahreszeit ungewöhnlich großen Umfang eingeschränkt werden, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß der Index der Bau-



produktion, der noch im Dezember relativ hoch war, im Januar mit 84 vH des Monatsdurchschnitts von 1936 unter den Stand in dem entsprechenden Monat der Vorjahre sank. Natürlich besagt dieser witterungsbedingte Beschäftigungseinbruch nichts über die konjunkturellen Aussichten der Bautätigkeit, insbesondere des Wohnungsbaues; diese sind vielmehr außerordentlich günstig, wie sich auch aus dem hohen Stand der Baugenehmigungen im zweiten Halbjahr 1953 und des veranschlagten Bauaufwandes — er war um ein Drittel höher als im zweiten Halbjahr 1952 — ergibt. Immerhin ist der Arbeitsmarkt in den letzten Wochen durch die Entlassungen von Bauarbeitern zusätzlich stark belastet worden. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen, die im Laufe des Januar um 465 000 auf fast 2 Millionen zugenommen hat, entfielen Ende Januar 1954 nicht weniger als 31 vH auf arbeitslose Bauarbeiter, gegen nur 25 vH Ende Januar 1953. Außer in den Bauberufen war die Arbeitslosigkeit im wesentlichen nur noch in den anderen Außenberufen sowie im Baustoffgewerbe höher als im Vorjahr. Dagegen ist beachtenswert — und damit wird der rein witterungsbedingte Charakter des derzeitigen Beschäftigungsrückgangs bestätigt —, daß Ende Januar in fast allen übrigen Berufsgruppen weniger Arbeitslose gezählt wurden als vor einem Jahr.

Industrieproduktion gut behauptet

Im Gegensatz zu der Entwicklung in der Bauwirtschaft war nämlich der saisonübliche Beschäftigungs- und Produktionsrückgang in den wichtigsten Industriezweigen nur relativ schwach ausgeprägt. Das gilt vor allem für die Investitionsgüterindustrien, deren konjunkturelle Lage sich unter dem Einfluß der nach wie vor lebhaften Investitionstätigkeit in letzter Zeit wieder gefestigt haben dürfte. Jedenfalls war die Abnahme der Erzeugung in diesem Bereich auch im Januar schwächer als im Vorjahr. Die Produktion war daher um 14 vH höher als vor Jahresfrist, während sie im Durchschnitt des Jahres 1953 den Vorjahrsstand nur um 3 vH übertroffen hatte. Besonders bemerkenswert ist, daß die Fahrzeugproduktion im Januar, im Gegensatz zum Vorjahr, bereits wieder kräftig angestiegen ist. Damit hat sie den Höchststand vom Sommer 1953

nahezu erreicht und das Niveau vom Januar 1953 um knapp ein Drittel überschritten. Die Industrie ist nach wie vor mit Aufträgen reichlich versehen, so daß die weiteren Aussichten für den Kraftfahrzeugbau günstig sind: war doch der Auftragszugang im Durchschnitt des letzten Vierteljahres um über ein Fünftel höher als vor Jahresfrist. Bei den übrigen Zweigen der Investitionsgüterindustrien hielt sich der Produktionsrückgang annähernd im saisonüblichen Rahmen. Die Abnahme der Erzeugung der Feinmechanik und Optik und der Elektrotechnik dürfte damit zusammenhängen, daß der Absatz von langlebigen Konsumgütern sowie von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen für Bauten und Haushalt, die unter den Erzeugnissen dieser Industriezweige eine bedeutende Rolle spielen, in den ersten Monaten des Jahres normalerweise etwas nachzulassen pflegt. Immerhin ist die Erzeugung dieser Industriezweige erheblich höher als vor einem Jahr, und die Angaben über den Auftragszugang lassen darauf schließen, daß der hohe Beschäftigungsstand auch in nächster Zeit aufrechterhalten werden kann. Ähnliches gilt auch für die Produktions- und Absatzlage des Maschinenbaus, dessen Erzeugung auch im Januar den Stand des entsprechenden Vorjahrsmonats übertraf. Auch war im Dezember, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, der Auftragszugang in diesem Industriezweig wieder höher als in den Vormonaten. Während aber bis November die Auslandsnachfrage stärker gestiegen war, haben nunmehr die Bestellungen aus dem Inland zugenommen; sie sind zum ersten Male seit Monaten über den Stand im Vorjahr hinausgewachsen. Freilich dürften dabei auch saisonale Ursachen — erhöhte Nachfrage nach Baumaschinen vor Beginn der Bausaison — eine Rolle spielen.

Auf dem Stahl- und Kohlenmarkt sind in der Berichtszeit wesentliche Änderungen kaum eingetreten. Die Eisen- und Stahlerzeugung hat im Januar, wie jahreszeitlich zu erwarten war, wieder zugenommen. Vor allem stieg die Produktion von Rohstahl und Roheisen, arbeits-tätig bzw. kalendertätig berechnet, an, während die Erzeugung an Walzstahlerzeugnissen annähernd unverändert blieb. Wenn auch im Ganzen das Produktionsniveau bisher noch kaum über den Stand im letzten Vierteljahr 1953 hinausgegangen ist, so dürften doch die Entwick-

Produktion, Umsatz, Beschäftigung	1953 Jan.	1953		1954 Jan. p)
		Nov.	Dez. p)	
Index der Industrie- produktion (arbeits-tätig, 1936 = 100)				
Gesamt	141	180	169	155
Bauwirtschaft	97	202	162	84
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien	129	156	145	141
Investitionsgüterindustrien	158	194	188	179
darunter:				
Maschinenbau	165	192	196	180
Verbrauchsgüterindustrien	145	178	163	158
darunter:				
Textilindustrie	137	168	154	147
Steinkohlenbergbau (Tsd t)				
Förderung, arbeits-tätig	420,8	432,0	417,8	429,3
Haldebestände				
(Steinkohle und -koks)	135	3 348	3 736	3 928
Steinkohleneinfuhr (ohne Koks)	860	773	868	834
Eisen- und Stahlindustrie (Tsd t)				
Roheisenerzeugung, kalendertätig	37,9	29,7	28,6	29,8
Rohstahlerzeugung, arbeits-tätig	57,3	52,2	49,4	52,0
(Stahlwalzwerke ¹⁾)				
Lieferungen	877	761	731	718
Auftrags-eingänge	657	696	674	876
Auftrags-eingang bei der Industrie (Mengen, arbeits-tätig., 1951 = 100)				
Gesamt	101 ²⁾	131	114	...
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien	91 ²⁾	121	107	...
Investitionsgüterindustrien	111 ²⁾	139	127	...
darunter:				
Maschinenbau	115 ²⁾	130	139	...
Verbrauchsgüterindustrien	104 ²⁾	140	107	...
darunter:				
Textilindustrie	98 ²⁾	138	107	...
Bauwirtschaft				
Geleistete Arbeitsstunden (Mio ³⁾)				
Gesamt	74,7	147,0	124,5	63,1
Wohnungsbauten	32,3 ³⁾	61,9	51,5	...
Öffentl. und Verkehrsbauten	32,5 ²⁾	49,2	40,5	...
Gewerbliche und industrielle Bauten	26,2 ²⁾	33,5	30,7	...
Geplanter Bauaufwand f. geneh- migte Hochbauten (Mio DM)				
Gesamt	818,9 ²⁾	933,5	1 063,8	...
Wohngebäude	512,0 ²⁾	659,5	728,0	...
Öffentliche Gebäude	108,5 ²⁾	95,8	131,0	...
Gewerbliche, landwirtschaftl. und sonstige Gebäude	198,4 ²⁾	178,2	204,0	...
Wohnungsbauhypotheken von Kapitalsammelstellen (Mio DM)				
Monatliche Zusagen	178,4 ²⁾	271,6	245,4	...
Monatliche Auszahlungen	205,7 ²⁾	238,3	354,7	...
Umsätze im Einzelhandel (1950 = 100)				
Werte				
Gesamt	113	132	198	118
darunter:				
Bekleidung	102	133	211	109
Volumen				
Gesamt	105	128	192	115
darunter:				
Bekleidung	106	142	226	117
Arbeitsmarkt⁴⁾				
Arbeitslose (Tsd)				
Gesamt	1 822,7	1 121,3	1 524,8	1 989,6
Männer	1 330,0	731,3	1 077,4	1 510,7
Frauen	492,7	390,0	447,4	478,9

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. XII (Produktion, Beschäftigung, Umsätze und Preise) im Statistischen Teil des vorliegenden Hefes.

¹⁾ Ohne Halbzeug und Stahlrohre; einschl. Vorprodukte. — ²⁾ Dezember 1952. — ³⁾ Nur größere Betriebe des Bauhauptgewerbes. — ⁴⁾ Stand am Ende des Monats. — p) Vorläufig.

lungsaussichten eher etwas günstiger geworden sein. Einmal haben sich nämlich die Lagerbestände an Walzstahl bei den Verarbeitern und beim Handel weiter verringert; beim Handel dürften sie gegenwärtig kaum größer, eher kleiner als Ende 1952 sein, als die verstärkte Lagerauffüllung einsetzte. Vor allem aber sind die Auftragseingänge bei den Walzstahlwerken, die schon in den letzten Monaten kaum noch zurückgegangen waren, im Januar erheblich gewachsen; sie waren damit nicht nur höher als vor Jahresfrist, sondern übertrafen auch erstmalig seit Mitte 1952 die gleichzeitig durchgeführten Lieferungen. Zwar ist die Auslandsnachfrage zunächst noch stärker gestiegen als die Inlandsnachfrage; doch dürfte auf etwas längere Sicht auch die nicht ungünstige Entwicklung der heimischen Investitionsgüterindustrien wieder zu einer Besserung der Absatzchancen beitragen. Freilich ist zu bemerken, daß die weiteren Aussichten in hohem Grade auch von den Tendenzen auf den ausländischen Stahlmärkten, vor allem auf dem Gemeinsamen Stahlmarkt der Montan-Union abhängen. Wenn sich hier auch die Preisentwicklung in der letzten Zeit etwas stabilisiert hat, so ist doch die Marktlage nach wie vor eindeutig die eines Käufermarkts.

Obwohl der Kohlenbedarf in den letzten Wochen seinen saisonalen Höchststand erreichte, hat sich der seit Monaten unter Angebotsdruck stehende Kohlenmarkt kaum belebt. Zwar haben sich Verbrauch und Kohlenbestände eines Teils der gewerblichen Großverbraucher leicht erhöht; doch sind nur die — ohnehin geringen — Steinkohlenhalden im Januar etwas abgebaut worden. Hingegen haben sich die Schwierigkeiten des Koksabsatzes sogar noch verschärft. Da nämlich die Kokereigaslieferungen an die Industrie im Januar nicht weiter gedrosselt werden konnten, sondern im Gegenteil erweitert werden mußten, hat die Kokserzeugung leicht zugenommen, ohne indessen den Vorjahrsstand zu erreichen. Die Kokshalden sind weiter gewachsen; sie waren mit 3,6 Mio t Ende Januar um rd. 0,8 Mio t höher als die Koksproduktion der letzten Monate. Daß selbst der Spitzenbedarf in der Berichtszeit keine ins Gewicht fallende Entlastung des Kohlenmarkts bewirkt hat, beruht aber nicht allein auf der schwächeren Koksnachfrage der Eisen schaffenden Industrie. Vielmehr scheint sich eine ge-

wisse Wandlung in der Energienachfrage, insbesondere der Industrie, anzubahnen. Während nämlich der Kohlenverbrauch der Industrie im letzten Vierteljahr gegenüber der Vorjahrszeit um 4 vH abgenommen hat, ist der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz um rd. 5 vH gestiegen, und auch der Heizölverbrauch ist erheblich über den Stand in der entsprechenden Vorjahrszeit hinausgewachsen. Unter diesen Umständen dürften die Bestrebungen, zu einer elastischeren Kohlenpreispolitik zu kommen, an Boden gewinnen.

Ebenso wie die Erzeugung der Investitionsgüterindustrien, hat sich auch die Verbrauchsgüterproduktion relativ gut behauptet. Der saisonale Produktionsrückgang war im Januar geringer, als nach der Entwicklung in den vorangegangenen Jahren und auch nach dem hohen Stand in den Herbstmonaten des Jahres 1953 erwartet werden konnte. Nach Ausschaltung der saisonüblichen Bewegungen haben sich jedenfalls die Abschwächungstendenzen, die vom dritten auf das vierte Vierteljahr 1953 im Bereich der Verbrauchsgüterproduktion wirksam waren, nicht weiter fortgesetzt. Im einzelnen standen einer Produktionserweiterung in der Feinkeramischen und der Hohlglas-Industrie, die normalerweise in dieser Zeit ihre Erzeugung auszudehnen pflegen, saisonale Rückgänge in der Textil- und Schuherzeugung gegenüber, da in diesen Bereichen das Wintergeschäft zwar bereits beendet, das Frühjahrsgeschäft aber noch nicht voll angelaufen ist. Dabei werden die Aussichten für das Frühjahrsgeschäft, vor allem in der Textilindustrie, zuversichtlicher beurteilt als es in letzter Zeit der Fall war. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß der Auftragseingang bei der Textilindustrie im November und Dezember das Niveau der entsprechenden Vorjahrszeit wieder überschritten hat, nachdem die Bestellungen mehrere Monate hindurch niedriger gewesen waren als vor Jahresfrist. Ob die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze mit der Bestelltätigkeit des Handels Schritt halten wird, muß allerdings abgewartet werden. Im Bekleidungseinzelhandel brachte zwar die — zum Teil auch durch den Witterungsumschlag bewirkte — Absatzbesserung in den ersten Januar-Wochen und vor allem im Saisonausverkauf einen gewissen Ausgleich dafür, daß das Weihnachtsgeschäft

nicht überall den Erwartungen entsprochen hatte. Die Lagerbestände, die im Textil- und Schuh-einzelhandel gegen Jahresende beträchtlich gewachsen waren, konnten daher auf ein normales Maß zurückgeführt werden. Auf der anderen Seite sind aber die Umsätze des Bekleidungseinzelhandels, wenn man die üblichen saisonalen Schwankungen ausschaltet, im Januar mengenmäßig noch etwas niedriger gewesen als in der Zeit vor dem Einsetzen des eigentlichen Weihnachtsgeschäfts. Unter dem Einfluß der wachsenden Bereitstellung zusätzlichen Wohnraums hielten sich die Umsätze der Einzelhandelsgeschäfte mit Hausrat und Wohnbedarf auch im Januar auf relativ hohem Stand. Sie sind in diesen Branchen

der Menge nach gegenüber Januar 1953 um 13 vH (in der Möbelbranche für sich genommen sogar um 16 vH) gestiegen. Jedoch dürften die Umsätze, konjunkturell gesehen, etwas hinter dem allerdings sehr günstigen Niveau der zweiten Hälfte des Jahres 1953 zurückgeblieben sein, wenn es auch gerade auf diesem stark von Zufallseinflüssen bestimmten Gebiet sehr schwierig ist, die rein saisonalen Faktoren von den längerfristig wirksamen Bestimmungsgründen zu trennen. Im Einzelhandel als Ganzem genommen lagen die Umsätze im Januar volumenmäßig um 10 vH über dem entsprechenden Vorjahrsstand, während sie im Jahr 1953 den Vorjahresumfang durchschnittlich um 12 vH übertroffen hatten.

Außenhandel und Zahlungsbilanz

Der Außenhandel

Die Ausfuhr blieb im Januar 1954 mit 1 502 Mio DM um 28 vH hinter dem ungewöhnlich hohen Dezember-Ergebnis zurück und war um 3 vH niedriger als im Monatsdurchschnitt des Jahres 1953. Aus dem Januar-Rückgang lassen sich jedoch keine Schlüsse auf die künftige Ausfuhrentwicklung ziehen, da niedrige Ausfuhrziffern für den Januar ebenso die Regel sind wie hohe für den Dezember.

Die Einfuhr verminderte sich von 1 581 Mio DM im Dezember auf 1 313 Mio DM im Januar. Die Abnahme betrug 17 vH, war also vergleichsweise geringer als bei der Ausfuhr. Gleichzeitig sind die Durchschnittswerte der Einfuhreinheit noch etwas — und zwar nunmehr auf den Stand von 1950 — abgesunken, so daß das Volumen der Einfuhr gegenüber dem Dezember nur um 16 vH zurückging.

Infolge dieser ungleichen Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr verringerte sich der Überschuß im Außenhandel, der im Dezember erstmalig den Betrag von einer halben Milliarde DM überschritten hatte, im Januar auf 188 Mio DM. Immerhin war dieser Aktivsaldo aber nur um 10 vH kleiner als der Überschuß der Handelsbilanz im Monatsdurchschnitt des Jahres 1953. Der kommerzielle Aktivsaldo des Außenhandels stellte sich bei einer Auslandshilfe-Einfuhr von

44 Mio DM auf 233 Mio DM gegen 230 Mio DM im Vorjahrsdurchschnitt.

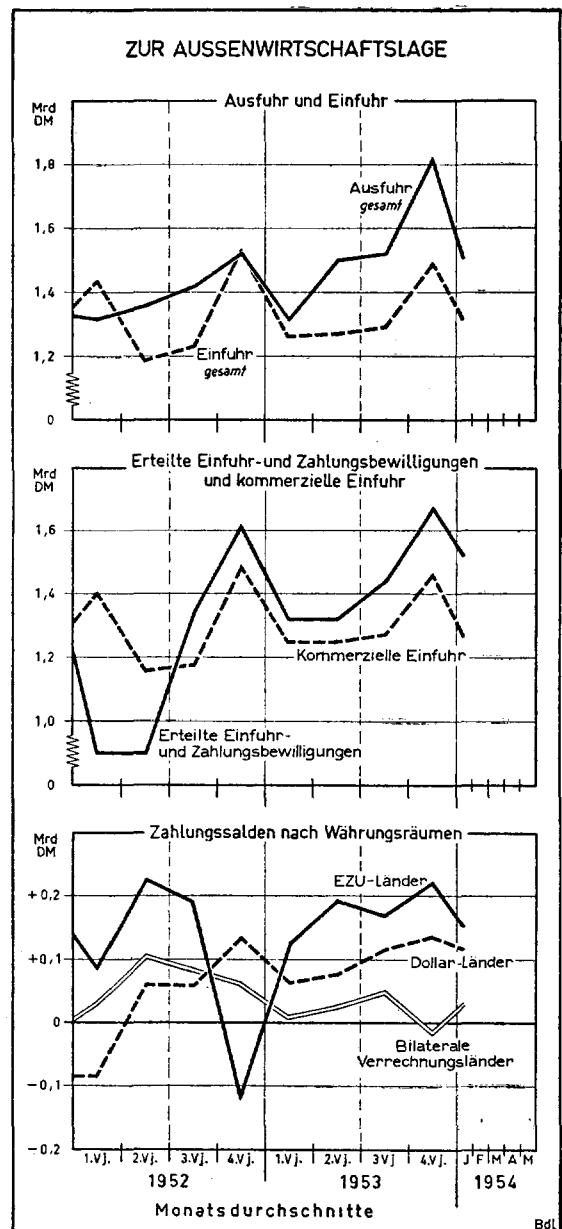
Die Überschußposition im Außenhandel der Bundesrepublik hat sich also im Vergleich zum Jahr 1953 im Januar wenig verändert. Allerdings ergaben sich gewisse Unterschiede hinsichtlich der Entwicklung der Salden im Handelsverkehr mit den einzelnen Währungsräumen, und zwar insbesondere im Außenhandel mit dem Dollar-Raum, bei dem sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr stärker abgenommen hat als bei den anderen Währungsräumen. So ging im Vergleich zum Dezember die Ausfuhr um 36 vH und die Einfuhr von Waren, die im Dollar-Raum eingekauft wurden, um 26 vH zurück. Da gleichzeitig auch weniger im Dollar-Raum hergestellte Waren über dritte Länder bezogen wurden, nahm die Einfuhr, erfaßt nach Herstellungsländern, noch stärker, nämlich um 31 vH, ab. Dieser Einfuhrückgang dürfte zum Teil dadurch bedingt gewesen sein, daß die Importeure im Hinblick auf die — auch in ihrer warenmäßigen Zusammensetzung — bereits verhältnismäßig frühzeitig angekündigte und am 17. Februar 1954 in Kraft gesetzte Dollarfreiliste vorübergehend sehr zurückhaltend disponierten. Die in dieser Liste aufgeführten Waren können ohne mengenmäßige Beschränkung aus Ländern des Dollar-Raums, und zwar im wesentlichen aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada sowie den Dollarländern in Mittel- und Südamerika, eingeführt

werden, wenn sie zur Verwendung oder zum Verkauf innerhalb der Bundesrepublik bestimmt sind. Insgesamt sind rd. 2 000 Positionen des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik in der Dollarfreiliste enthalten, darunter zahlreiche Waren, bei denen mit einer erheblichen Zunahme der Nachfrage gerechnet werden muß. Auch der Stand der Lizenzausgabe und der noch nicht ausgenutzten Lizenzen ermöglicht in der nächsten Zeit eine weiterhin relativ lebhaftere Einfuhrtätigkeit. Für eine Vorausschau der Einfuhrentwicklung läßt sich die Lizenzposition allerdings nur noch bedingt heranziehen, da, wie das Schaubild zeigt, der Zusammenhang zwischen der Ausstellung von Einfuhrbewilligungen und der effektiven Einfuhr schon im Verlaufe des Jahres 1953 erheblich lockerer geworden ist, als es bis dahin der Fall war.

Der Zahlungsverkehr mit dem Ausland

Der Zahlungsüberschuß auf den Konten der Bank deutscher Länder und der Außenhandelsbanken war im Januar mit 73 Mio \$ zwar erheblich geringer als im Dezember, entsprach aber in der Größenordnung etwa dem durchschnittlichen Monatsüberschuß im vergangenen Jahr (71,5 Mio \$). Demgegenüber ergab die Bilanz des Warenhandels (ohne Auslandshilfe), des Dienstleistungsverkehrs sowie der sonstigen ausgleichenden Posten einen Überschuß von schätzungsweise 75 Mio \$, so daß der Zahlungsüberschuß vermutlich noch etwas geringer war als der Leistungsüberschuß. Es ergeben sich also aus dem Zahlungsverkehr mit dem Ausland, ähnlich wie es im Januar-Monatsbericht der Bank deutscher Länder bereits für das Jahr 1953 festgestellt worden war, vorerst keine Anhaltspunkte für die vielfach vertretene Ansicht, die terms of payment hätten sich in letzter Zeit als Reflex der gefestigten DM-Position auf den Devisenmärkten so wesentlich verbessert, daß dadurch die Überschufbildung im Zahlungsverkehr mit dem Ausland generell verstärkt worden wäre.

Bei der Beurteilung des Januar-Überschusses ist zu berücksichtigen, daß an Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen nach den bisher vorliegenden Angaben fast 20 Mio \$ transferiert wurden gegenüber nur 8,5 Mio \$ im gesamten vierten Viertel-



jahr 1953. Dabei handelte es sich aber, ähnlich wie bereits im September 1953, in erster Linie um einen einmaligen „Stoß“ auf Grund der fälligen Rate auf die Nachkriegswirtschaftshilfe (12,5 Mio \$). Daneben wurden die ersten größeren Rückzahlungen auf Stillhalte-Schulden geleistet, und zwar an Großbritannien im Betrage von 4 Mio \$ und an die Vereinigten Staaten im Betrage von reichlich einer halben Million \$. Die übrigen Schuldendienstzahlungen waren auch im Januar relativ gering, so daß der Abbau der noch aus dem Jahre 1953 stammenden „Überhänge“ aus der Abwicklung der Schuldenabkommen keine nennenswerten Fortschritte gemacht hat.

Auch für den teilweise bereits seit Oktober 1953 möglichen Transfer von Vermögenserträgen muß offensichtlich mit einer längeren Anlaufzeit gerechnet werden. Jedenfalls machten die bis Ende Januar transferierten Vermögenserträge nur knapp 2 Mio \$ aus. Über die möglichen Auswirkungen der Lockerungen auf dem Gebiet der Sperrmark, die in den letzten Wochen und Monaten getroffen wurden, können zur Zeit noch keine Angaben gemacht werden, vielmehr muß die Entwicklung weiter abgewartet werden.

Etwa zwei Drittel der Schuldendienstzahlungen waren in US-Dollar zu leisten. Trotzdem war der Zahlungsüberschuß gegenüber dem Dollar-Raum im Januar mit rd. 28 Mio \$ um 4 Mio \$ größer als im Monatsdurchschnitt des Jahres 1953 und nur um 4 Mio \$ geringer als im Monatsdurchschnitt des letzten Quartals 1953, in dem die bisher höchsten Überschüsse gegenüber dem Dollar-Raum erzielt wurden. Dagegen scheint die Dollarbilanz für den Februar einen weit geringeren Aktivsaldo zu ergeben, was sich zum Teil bereits aus der erwähnten Liberalisierung gegenüber dem Dollar-Raum erklären dürfte.

Der Aktivsaldo im Zahlungsverkehr mit dem EZU-Raum war im Januar mit 37 Mio \$ beträchtlich geringer als im Dezember sowie im Monatsdurchschnitt des letzten Quartals von 1953 und lag auch noch um 6 Mio \$ unter dem durchschnittlichen Stand des gesamten Jahres 1953. Im Gegensatz dazu hat sich die Überschufbildung im bisherigen Verlauf des Februar wieder verstärkt. Die Januar-Abrechnung der EZU ergab für die Bundesrepublik einen Anstieg der kumulativen Rechnungsposition um 43 Mio \$, während auf den nicht in die EZU-Abrechnung einbezogenen Konten, wie schon im Dezember, ein Zahlungsdefizit zu verzeichnen war. Der Überschuf gegenüber der EZU war infolgedessen um 6 Mio \$ höher als der gesamte Zahlungsüberschuß. Die kumulative Rechnungsposition betrug nach der Januar-Abrechnung 864 Mio \$; damit haben sich die der EZU von der Bundesrepublik Deutschland gewährten Kredite auf 482 Mio \$ bzw. 2 Mrd DM erhöht.

Der Ausgleich des deutschen EZU-Überschusses wurde nach dem bisherigen Verfahren vorgenommen, d. h. durch eine Goldzahlung der EZU an die Bundesrepublik von 50 vH und eine Kreditgewährung der Bundesrepublik an die EZU

Außenwirtschaft	1953			1954
	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Außenhandel¹⁾ (Mio DM)				
Ausfuhr, gesamt	1 261,9	1 644,8	2 095,5	1 501,5
Einfuhr, gesamt	1 353,3	1 473,4	1 580,6	1 313,1
darunter: Einfuhr auf Grund von Auslandshilfe	21,2	31,4	37,7	44,3
Aktivsaldo (+) bzw. Passivsaldo (-) der Handelsbilanz gesamt	- 91,4	+ 169,4	+ 514,9	+ 188,4
ohne Einfuhr auf Grund von Auslandshilfe	- 70,2	+ 200,8	+ 552,6	+ 232,7
Ausfuhr nach Währungsräumen ²⁾				
EZU-Länder	947,9	1 204,3	1 468,4	1 086,3
Bilaterale Verrechnungsländer	164,6	252,4	337,7	228,9
Dollar-Länder	146,	178,2	277,9	176,6
Einfuhr nach Währungsräumen ²⁾				
EZU-Länder	1 007,4	1 031,7	1 061,1	901,4
Bilaterale Verrechnungsländer	168,5	233,2	255,7	215,3
Dollar-Länder	176,2	208,9	262,3	194,1
Einfuhrdispositionen (Mio DM)				
Ausgegebene Einfuhr- und Zahlungsbewilligungen insgesamt	1 539,3	1 687,7	1 690,7	1 521,3
davon für die Einfuhr aus:				
EZU-Ländern	1 109,2	1 160,7	1 112,1	1 112,3
Bilateralen Verrechnungsländern	241,7	291,6	349,4	249,2
Dollar-Ländern	188,8	235,4	189,2	159,8
Zahlungsverkehr (Mio \$)				
Zahlungssaldo ³⁾ gegenüber:				
Allen Ländern insgesamt	+ 45,1	+ 73,8	+ 106,2	+ 73,0
darunter: Waren- und Dienstleistungsverkehr	+ 50,5	+ 78,7	+ 106,5	+ 93,4
EZU-Ländern insgesamt	+ 23,0	+ 52,7	+ 62,0	+ 36,5
darunter: Waren- und Dienstleistungsverkehr	+ 24,1	+ 54,6	+ 60,1	+ 42,9
Bilateralen Verrechnungsländern insgesamt	+ 1,9	- 2,2	- 3,2	+ 8,1
darunter: Waren- und Dienstleistungsverkehr	+ 1,9	- 1,9	- 3,1	+ 8,1
Dollar-Ländern insgesamt	+ 20,2	+ 23,8	+ 47,4	+ 28,4
darunter: Waren- und Dienstleistungsverkehr	+ 24,5	+ 26,0	+ 49,5	+ 42,4
Rechnungsposition in der EZU u. Zahlungssaldo gegenüber den EZU-Ländern				
Rechnungsposition in der EZU	+ 21,0	+ 43,8	+ 72,3	+ 43,1
Veränderungen auf den nicht in der EZU-Abrechnung berücksichtigten Konten	+ 2,5	+ 4,4	- 10,3	- 6,1
Multilateral. Zahlungen ⁴⁾ demnach: Zahlungssaldo gegenüber den EZU-Ländern p) (s. oben)	- 0,5	+ 4,0	0,0	0,5
Kumulativer Stand der Rechnungsposition in der EZU ⁵⁾	+ 398,9	+ 748,9	+ 821,2	+ 864,3
davon abgedeckt durch:				
Gold und Dollarzahlungen der EZU	+ 149,4	+ 324,4	+ 360,6	+ 382,7
Kreditgewährung an die EZU	+ 249,5	+ 424,5	+ 460,6	+ 482,1
Gold- und Devisenbestände der BdL				
insgesamt: in Mio DM	+ 4 857,7	+ 7 689,8	+ 8 174,5	+ 8 511,7
in Mio \$	+ 1 156,6	+ 1 830,9	+ 1 946,3	+ 2 026,6
darunter: Gold und Dollar ⁶⁾ (in Mio \$)	+ 647,4	+ 1 095,7	+ 1 160,2	+ 1 239,0

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. XI, Außenwirtschaft, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes.
¹⁾ Einfuhr nach Einkaufsländern, Ausfuhr nach Käuferländern. —
²⁾ Ohne nicht ermittelte Länder. — ³⁾ Salden aller aus dem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr mit einem Währungsraum stammenden Zahlungen ohne Rücksicht auf die gezahlte Währung. Die regionale Aufgliederung der Zahlungssalden unterscheidet sich infolgedessen teilweise von früheren Veröffentlichungen. — ⁴⁾ Ohne Gold- und Dollarzahlungen im Rahmen der EZU-Abrechnungen. —
⁵⁾ Seit Beginn der EZU-Abrechnung (1. Juli 1950). — ⁶⁾ Einschließlich Guthaben in kan. \$. — p) Teilweise vorläufig.

von gleichfalls 50 vH des Überschusses. Nach einem Beschluß des EZU-Direktoriums, der allerdings noch der Zustimmung des Rates der OEEC bedarf, wird diese Regelung auch für weitere zwei Monate beibehalten werden. Eine endgültige Entscheidung über die evtl. Erhöhung des Goldanteils bei der Abdeckung extremer Überschüsse steht weiterhin aus.

Im Zahlungsverkehr mit den bilateralen Verrechnungsländern, der in den letzten drei Monaten des Jahres 1953 laufend Defizite im Gesamtbetrag von 9 Mio \$ aufwies, ergab sich im Januar ein Überschuß von 8 Mio \$, der etwa zur Hälfte in bilateralen Verrechnungswährungen abgedeckt und im übrigen durch Zahlungen in US-Dollar und britischen Pfunden ausgeglichen wurde. Am stärksten erhöhte sich das deutsche Guthaben gegenüber Argentinien, das damit erstmalig über 40 Mio \$ hinausging, während am 31. Januar 1953 noch ein Passivsaldo gegenüber Argentinien von 4 Mio \$ bestanden hatte.

Die höchsten Umsätze im Zahlungsverkehr mit den bilateralen Verrechnungsländern ergaben sich nach wie vor im Brasilien-Geschäft. Der Stand der deutschen Guthaben beim Banco do Brasil verringerte sich nach einem vorübergehenden Anstieg im Dezember bis Ende Januar auf rd. 75 Mio \$ und blieb damit um rd. 20 Mio \$ unter dem bisherigen Höchststand (April 1953). Ägypten führte seinen Debetsaldo gegenüber der Bundesrepublik um annähernd 4 Mio \$ zurück, so daß dieser erstmalig seit dem April 1953 wieder innerhalb des Swings (15 Mio \$) liegt.

Im Februar haben sich die deutschen Guthaben gegenüber Brasilien und Ägypten weiter verringert; gegenüber einer Reihe anderer Verrechnungsländer waren Zahlungsdefizite zu verzeichnen, so daß, per Saldo gesehen, die Kontostände gegenüber sämtlichen Verrechnungsländern bis zum Ende des Monats mindestens im gleichen Umfange zurückgehen dürften, wie sie im Januar angestiegen sind.

Die öffentlichen Einlagen im Bankensystem am 31. Oktober 1953

Die Ergebnisse der Sondererhebung der Bank deutscher Länder

Vorbemerkung

Die Bank deutscher Länder hat zum 31. Oktober 1953 eine Sondererhebung über die öffentlichen Einlagen im Bankensystem durchgeführt, über deren Ergebnisse im Folgenden berichtet wird. Hauptzweck der Erhebung war, festzustellen, auf welche Einleger die schon im Herbst 1953 auf über 9 Mrd DM angeschwollenen Gesamtguthaben öffentlicher Stellen entfielen. Aus der laufenden monatlichen Bankenstatistik war und ist dies nicht zu ersehen, da im Interesse der Beschränkung der statistischen Meldepflicht der Banken bisher auf eine Aufgliederung des Globalbetrages der öffentlichen Einlagen nach Einlegergruppen bzw. Haupteinlegern verzichtet wurde. Gewisse Teilangaben hierüber fielen lediglich aus der Geschäftsstatistik der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken an, aber da der bei weitem größte Teil der öffentlichen Einlagen nicht beim Zentralbanksystem, sondern bei den übrigen Kreditinstituten unterhalten wird (und zwar auch von denjenigen Haushalten, die durch Gesetz an sich verpflichtet sind, zumindest die aus Steuereinnahmen stammenden Kassenmittel beim Zentralbanksystem einzulegen), konnte die Geschäftsstatistik der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken selbstverständlich nur unvollkommen über die Zurechnung der öffentlichen Einlagen zu den einzelnen Haushalten bzw. Haushaltsgruppen Rechenschaft geben. Diesem Mangel suchte die Sondererhebung vom 31. Oktober 1953 wenigstens für einen bestimmten Stichtag abzuwehren. Freilich hatten einer derartigen einmaligen Erhebung auch ihrerseits gewisse Mängel an. Zunächst ist eine solche Erhebung begreiflicherweise in besonderem Maße Zufallseinflüssen ausgesetzt. So können sich namentlich vorübergehende Verschiebungen in der Anlageform der öffentlichen Reserven sehr abträglich bemerkbar machen, wenn aus der Entwicklung der Bankeinlagen Rückschlüsse auf die Entwicklung der öffentlichen Kassenreserven überhaupt gezogen werden sollen. Tatsächlich ist das Ergebnis der Sondererhe-

bung vom 31. Oktober 1953, wie unten dargestellt, teilweise dadurch beeinträchtigt worden, daß verschiedentlich zu diesem Termin Bankeinlagen in Geldmarktanlagen und möglicherweise auch in kurzfristige Darlehen umgewandelt wurden. Hinzu kommt, daß bei der Dynamik der gegenwärtigen Entwicklung die Ergebnisse einer einmaligen Sondererhebung verhältnismäßig rasch überholt werden. So waren nach der monatlichen Bankenstatistik die öffentlichen Einlagen bereits am 31. Januar um nicht weniger als rd. 1 700 Mio DM höher als am 31. Oktober 1953. Sicher hat sich damit auch der Anteil der einzelnen Einlegergruppen verändert, ohne daß ausreichende Anhaltspunkte für eine genaue Beurteilung dieser Veränderungen vorlägen. Es läge also zweifellos im Interesse einer eindeutigen Klärung der Entwicklung der öffentlichen Einlagen, wenn eine Aufgliederung des Globalbetrages dieser Einlagen in nicht zu langen Zeitabständen wiederholt werden könnte. Die Bank wird daher in Kürze ihre bankstatistischen Erhebungen entsprechend ausgestalten. Darüber hinaus aber sollte auch durch einen Ausbau der Finanzstatistik mehr Licht auf die Kassenposition der öffentlichen Haushalte geworfen werden, zumal, wie erwähnt, die Bankeinlagen nur einen Teil der öffentlichen Kassenreserven bilden und durch Umlagerungen zwischen den verschiedenen Anlageformen der Erkenntniswert einer nur die Einlagen erfassenden Statistik erheblich beeinträchtigt werden kann.

Daß die Ergebnisse der Sondererhebung vom 31. Oktober 1953 erst heute veröffentlicht werden können, hängt damit zusammen, daß es wünschenswert erschien, von einigen Einlegern, vor allem von den Ländern, Angaben darüber zu erhalten, in welchem Umfang die für ihre Rechnung ausgewiesenen Einlagen etwa fremde Gelder enthalten, um damit trotz der Verzahnung der Kassengeschäfte einiger öffentlicher Haushalte ein möglichst zutreffendes Bild vom echten Einlagenbestand der einzelnen öffentlichen Stel-

len zu gewinnen. Alle befragten Instanzen haben die diesbezüglichen Anfragen in dankenswerter Weise beantwortet. Freilich mußte im Interesse dieser Akribie auch eine gewisse Verzögerung in der statistischen Aufbereitung der Erhebungsergebnisse in Kauf genommen werden. Da sich

herausgestellt hat, daß sich die gegenseitige Vermischung der Kassenbestände in relativ engen Grenzen hält, wird man sich in Zukunft vielleicht damit begnügen können, diese Korrektur der statistischen Ergebnisse nur in größeren Zeitabständen zu wiederholen.

I. Der Gesamtbetrag nach Einlegergruppen

Bei der zum 31. Oktober 1953 von der Bank deutscher Länder veranstalteten Sondererhebung über die öffentlichen Einlagen im Bankensystem wurde ein Gesamtbetrag an öffentlichen Einlagen (einschließlich der vorübergehend in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge) in Höhe von 8 789 Mio DM bzw. — unter Einbeziehung der Einlagen alliierter Dienststellen — in Höhe von 9 468 Mio DM ermittelt. Der letztgenannte Betrag war um reichlich 580 Mio DM höher als die für den gleichen Zeitpunkt in der monatlichen Bankenstatistik und den Ausweisen des Zentralbanksystems ausgewiesenen öffentlichen Einlagen, die sich auf insgesamt 8 884 Mio DM beliefen. Der Unterschied beruht hauptsächlich darauf, daß bei der Sondererhebung auch die Spareinlagen öffentlicher Stellen (664 Mio DM) erfaßt wurden, die sonst nicht gesondert erhoben werden, und daß die in der monatlichen Bankenstatistik vorgenommene Kompensation einer öffentlichen Einlage mit einem dem Einleger gewährten mittelfristigen Kredit (95 Mio DM) hier unberücksichtigt geblieben ist. Andererseits wurden in der Sondererhebung allerdings auch rd. 170 Mio DM nicht zu den öffentlichen Einlagen, sondern zu den Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten gerechnet, da für die Abgrenzung der öffentlichen von den privaten Einlagen, und zwar vor allem für den Bereich der öffentlichen Wirtschaft, genauere Anweisungen erlassen wurden. Am Gesamtbetrag der im Bankensystem unterhaltenen Einlagen der Nichtbankenkundschaft waren die erfaßten öffentlichen Einlagen mit rd. 24,7 bzw. — unter Einschluß der Einlagen alliierter Dienststellen — mit rd. 26,1 vH beteiligt.

Die für den 31. Oktober 1953 ermittelten Bankeinlagen deutscher öffentlicher Stellen in Höhe von insgesamt 8 789 Mio DM (d. h. also

ohne die Einlagen der alliierten Hohen Kommissare) verteilen sich auf die einzelnen Einleger bzw. Einlegergruppen wie folgt:

Öffentliche Einlagen nach Einlegern und Gruppen von Einlegern

	Mio DM	vH d. Gesamtbetrags
I. Öffentliche Haushalte im engeren Sinne		
1) Bund	2 219,8	25,3
2) Länder	1 481,8	16,9
3) Gemeinden und Gemeindeverbände	1 811,4	20,6
4) Sozialversicherungen und Arbeitslosenversicherung	2 285,1	26,0
5) Lastenausgleichsfonds	57,2	0,6
Summe I (1 bis 5)	7 855,3	89,4
II. Öffentliche Unternehmen		
1) Bundesbahn	7,7	0,1
2) Bundespost	179,9	2,1
3) Unternehmen der Gebietskörperschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit	315,2	3,5
Summe II (1 bis 3)	502,8	5,7
III. Quasi-öffentliche Stellen (Kirchen, charitative Verbände usw.)		
	431,2	4,9
Summe I bis III	8 789,3	100,0

Der Betrag der durch die Sondererhebung erfaßten öffentlichen Einlagen wäre noch höher gewesen, wenn nicht unmittelbar vor der Sondererhebung ein Teilbetrag der bis dahin bei den Kreditinstituten außerhalb des Zentralbanksystems unterhaltenen Einlagen — schätzungsweise 400 Mio DM¹⁾ — in andere Anlageformen (z. B. Geldmarktpapiere) umgewandelt worden wäre. Überhaupt darf das Ergebnis der Erhebung nicht dahin verstanden werden, als enthülle es den Gesamtbetrag der finanziellen Reserven der öffentlichen Hand. Es muß vielmehr ausdrücklich betont werden, daß mit ihm nur die in Form von Bankeinlagen unterhal-

¹⁾ Tatsächlich war der Rückgang der öffentlichen Einlagen bei den Kreditinstituten außerhalb des Zentralbanksystems im Oktober mit rd. 570 Mio DM noch höher. Es muß jedoch angenommen werden, daß die Abnahme zum Teil auch durch die im Oktober relativ niedrigen Steuereinnahmen und die in diesem Monat fälligen Überweisungen der Länder an den Lastenausgleichsfonds bedingt war. Der größere Teil des Rückgangs, nämlich rd. 420 Mio DM, war bei einem einzigen Bankinstitut zu verzeichnen und dürfte sich weitgehend auf die Einlagen eines einzigen Landes beschränkt haben (vgl. hierzu auch: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, November 1953, S. 13).

tenen Mittel erfaßt wurden, nicht dagegen die bereits erwähnten Geldmarkttitel, die Bargeldbestände und die kurzfristigen Darlehen an andere Stellen. Der Gesamtbetrag dieser Reserven wäre nur mit einer finanzstatistischen Erhebung zu erfassen, für die die Bank deutscher Länder nicht zuständig ist. Von den Geldmarktanlagen sind nur die über das Zentralbanksystem erworbenen Titel (am 31. Oktober rd. 505 Mio DM) bekannt, nicht dagegen die Beträge, die von den öffentlichen Haushalten über Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems angekauft wurden und die im Oktober v. J. stark zugenommen haben.

Seit dem Zeitpunkt der Sondererhebung hat sich der Bestand an öffentlichen Einlagen bei den Banken allerdings beträchtlich weiter erhöht. So betragen nach der monatlichen Bankenstatistik und nach der Geschäftsstatistik der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken die öffentlichen Bankeinlagen (ohne Spareinlagen) am 31. Januar 1954 etwa 10,6 Mrd DM¹⁾. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß sich die Abgrenzung nicht ganz mit der bei der Sondererhebung vorgenommenen deckt. Immerhin kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die öffentlichen Einlagen im Bankensystem auch in der der Sondererhebung zugrunde liegenden Abgrenzung in den letzten drei Monaten um rund 1,5 Mrd DM gestiegen sind. Besonders stark, nämlich um rd. 950 Mio DM, haben nach den laufenden statistischen Erhebungen die im Zentralbanksystem unterhaltenen Einlagen zugenommen. Rd. 870 Mio DM davon entfielen auf die Einlagen des Bundes, der in den Monaten November 1953 bis Januar 1954 insgesamt Kassenüberschüsse in Höhe von nahezu 1 Mrd DM aufwies. Bei den Kreditinstituten außerhalb des Zentralbanksystems belief sich die Zunahme der öffentlichen Einlagen auf rd. 540 Mio DM. Soweit es sich hierbei nicht um eine teilweise Umkehr der vor der Sondererhebung vorgenommenen Verschiebung in den Anlagearten der öffentlichen Haushalte, also um die Rückverwandlung eines Teils der Geldmarktanlagen in Einlagen, gehandelt hat, dürfte die Zunahme damit zusammenhängen, daß die Entwicklung der Länderhaushalte in zwei von den obengenannten

¹⁾ Darin waren allerdings reichlich 100 Mio DM enthalten, die im Oktober noch unter den Gegenwertmitteln ausgewiesen waren und die im Januar 1954 auf die öffentlichen Einlagen umgebucht wurden.

drei Monaten, nämlich im Dezember und im Januar, verhältnismäßig günstig war, weil im Dezember die Vierteljahreszahlungen auf die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer fällig waren und weil sich im Januar die Lohnsteuereinnahmen aus saisonalen Gründen sehr stark erhöhten. Darüber hinaus dürften auch die Überschüsse der Sozialversicherungen wegen des hohen Beitragsaufkommens vom Dezember und Januar gestiegen sein.

1. Die Einlagen der öffentlichen Haushalte

Der bei weitem größte Teil der öffentlichen Bankeinlagen, nämlich 7 855 Mio DM oder nahezu neun Zehntel des Gesamtbetrags, entfiel auf die Haushalte im engeren Sinne, d. h. auf die Gebietskörperschaften, den Lastenausgleichsfonds und die Sozialversicherungen einschließlich der Arbeitslosenversicherung. Der Rest (etwa 1 Mrd DM) befand sich im Besitz von öffentlichen Unternehmen und quasi-öffentlichen Stellen, wie der Kirchen, charitativen Verbände usw.

Die Zurechnung der Beträge auf die einzelnen Haushalte, wie sie in der Übersicht auf S. 20 ausgewiesen wird, konnte im Rahmen einer bankstatistischen Erhebung allerdings zunächst nur auf Grund der Kontenbezeichnungen vorgenommen werden. Die z. B. auf den Namen eines bestimmten Landes (bzw. seiner Landeshauptkasse) lautenden Guthaben wurden von den meldenden Instituten dem betreffenden Land zugeordnet, unabhängig davon, ob die Mittel zum eigenen Kassenbestand des Landes gehörten oder ob es sich um Beträge anderer Haushalte handelte, die nur über die Kassen des Landes verausgabt werden sollten. Da der Bund einen erheblichen Teil seiner Ausgaben über die Kassen der Länder leitet, da die Wohnraumhilfe des Lastenausgleichsfonds über die Länderkassen verausgabt wird und da schließlich die Länder einen erheblichen Teil ihrer Zuschüsse zu den Kosten der Unterhaltshilfe am Stichtag der Sondererhebung noch nicht an den Lastenausgleichsfonds überwiesen hatten, war anzunehmen, daß besonders die Ländereinlagen nicht unerhebliche fremde Gelder enthalten würden. Durch eine Umfrage bei den Finanzverwaltungen ist versucht worden, diesen Betrag zu ermitteln. Es ergab sich, daß er auf etwa 270 Mio DM zu veranschlagen ist. Be-

rücksichtigt man das bei der Zuordnung zu den einzelnen Haushalten, so erhält man etwa folgende Resultate:

Haushalte	Durch Sondererhebung ermittelter Betrag	Korrektur	Zuordnung gem. Korrektur
	Mio DM		
Bund	2 219,8	+ 72,8	2 292,6
Länder	1 481,8	— 269,5	1 212,3
Lastenausgleichsfonds	57,2	+ 196,7	253,9

In den 73 Mio DM, die dem Bund zugerechnet wurden, waren nach den Angaben der Länder allerdings nur 15 Mio DM (nach denen des Bundes sogar nur 11 Mio DM) an Betriebsmitteln enthalten, die den Ländern für die Auszahlung der laufenden Bundesausgaben zur Verfügung gestellt worden waren. Der größere Teil in Höhe von rd. 58 Mio DM entfiel auf solche Mittel, die der Bund an die Länder für Zwecke des Wohnungsbaus überwiesen hatte, die aber im Zeitpunkt der Sondererhebung noch nicht aus den Länderkassen abgeflossen waren. Diese Mittel gehörten demnach weder zum eigentlichen Kassenbestand des Bundes noch zu dem der Länder. Auch in dem verhältnismäßig hohen Betrag, der von den Ländern auf den Lastenausgleichsfonds umgebucht wurde, waren Wohnungsbaumittel in Höhe von 39 Mio DM enthalten. Der größere Teil — rd. 128 Mio DM — bestand hier jedoch aus den noch nicht abgelieferten Länderzuschüssen zu den Kosten der Unterhaltshilfe und kann daher als echte Kassenreserve des Lastenausgleichsfonds angesehen werden.

Abgesehen von den in den Ländereinlagen enthaltenen Mitteln des Bundes und des Lastenausgleichsfonds waren in den Einlagen nahezu aller Haushalte auch noch sonstige fremde Mittel enthalten, die im einzelnen nicht ausgesondert werden konnten. Zu ihnen gehörten auch private Mittel, wie z. B. gerichtliche Hinterlegungsgelder und Mündelgelder.

Die Einlagen der öffentlichen Haushalte im engeren Sinne sind in den reichlich vier Jahren, die seit der zum 31. August 1949 vorgenommenen ersten Sondererhebung über die öffentlichen Bankeinlagen vergangen sind, um rd. 4,7 Mrd DM oder rd. 147 vH gewachsen. Ihre Zuwachsrate war damit nicht viel schwächer als die der gesamten Einlagen der Nichtbankenkundschaft, die gleichzeitig um 165 vH zunahmen. Dabei ist

allerdings zu berücksichtigen, daß die Einlagen der öffentlichen Haushalte im August 1949 verhältnismäßig hoch gewesen waren, weil in ihnen noch erhebliche Reste der Erstausrüstung enthalten waren, die den Ländern und Gemeinden anläßlich der Währungsreform zugeteilt worden war. Die Entwicklung der öffentlichen Einlagen war im Verlauf der vier Jahre sehr unterschiedlich. So haben die Einlagen der zuvor genannten Haushalte im Jahr 1950 zunächst abgenommen, und erst ab September 1951 dürften sie wieder, wenn auch zunächst nur langsam gestiegen sein. Der bei weitem größte Teil der gesamten Zunahme in Höhe von rd. 4,7 Mrd DM entfiel auf das letzte der Sondererhebung vorangegangene Jahr, d. h. auf die Zeit ab Oktober 1952.

Unter den Ursachen für den ununterbrochenen Anstieg seit dem Herbst 1951 spielte vor allem eine Rolle, daß die Gebietskörperschaften von dieser Zeit an fast ständig Überschüsse aufgewiesen haben, da der infolge der Steuererhöhungen vom Sommer 1951 in Verbindung mit der starken Einkommens- und Umsatzsteigerung kräftig steigende Steuerertrag über den zwar ebenfalls, aber langsamer wachsenden Ausgabebedarf hinausging. Da die seit der Währungsreform eingegangene Neuverschuldung der Gebietskörperschaften nicht sehr hoch war und da diejenigen Haushalte, die ab 1951 hohe Überschüsse erzielten, häufig keine nennenswerten Schuldverpflichtungen aufwiesen, haben sich die Einnahmeüberschüsse hauptsächlich in wachsenden Bankeinlagen niedergeschlagen. Dabei handelt es sich zum Teil auch um den Wiederaufbau der allgemeinen und zweckgebundenen Rücklagen, die im Haushaltsrecht insbesondere für die kommunalen Haushalte vorgeschrieben sind. Ferner blieben die ebenfalls sehr hohen Überschüsse der Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung, die den Aufbau eines Deckungsstocks ermöglichen sollen, zu einem erheblichen Teil im Bankensystem als Einlagen stehen. Schließlich stand die starke Zunahme der öffentlichen Einlagen auch in engem Zusammenhang mit den hohen und von Jahr zu Jahr gewachsenen öffentlichen Investitionsausgaben. In den letzten vier Jahren haben allein die Gebietskörperschaften und die Soforthilfe- bzw. Lastenausgleichsbehörden nahezu 24 Mrd DM für Investitionszwecke verausgabt, wobei ein erheblicher Teil der Mittel über

die Banken weitergeleitet wurde. Zum Teil stammten die Finanzierungsmittel aus den eigenen ordentlichen Einnahmen, zum Teil wurden sie auch durch die Inanspruchnahme von Krediten finanziert¹⁾. Da die Investitionsprojekte in der Regel erst dann etatisiert werden, wenn die Finanzierung gesichert ist, sind die aufgenommenen Kredite häufig lange auf den Konten stehen geblieben, bevor sie tatsächlich für Investitionszwecke verausgabt wurden. Es kommt hinzu, daß auch dann, wenn die Ausgaben endgültig in den Haushalt eingestellt und die — eigenen oder fremden — Mittel bereitgestellt sind, die über die Banken weitergeleiteten Mittel erfahrungsgemäß nur langsam abfließen. Daher muß ein — sicher sehr umfangreicher — Teil der für die Haushalte im engeren Sinne ermittelten Bankeinlagen als „zweckgebundene“, d. h. für allgemeine Haushaltszwecke nicht mehr bereitstehende, Reserve angesehen werden.

Die vorstehend geschilderten Gründe, deren Zusammenspiel die sehr starke Zunahme der Bankeinlagen der öffentlichen Haushalte zur Folge hatte, waren dabei von sehr verschiedenem Gewicht für die Guthabenentwicklung eines jeden einzelnen Haushalts.

Die Einlagen des Bundes

Beim Bund waren — unter Berücksichtigung der in den Ländereinlagen enthaltenen Mittel des Bundes — die Bankeinlagen mit 2 293 Mio DM²⁾ (einschließlich der in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge) nur wenig höher als die für den gleichen Zeitpunkt von der Finanzstatistik ausgewiesenen Kassenbestände des Bundes (einschließlich Rücklagen) in Höhe von 2 118 Mio DM. Der Unterschied in Höhe von rd. 175 Mio DM beruht hauptsächlich darauf, daß in den Bankeinlagen noch gewisse von der Bundeshauptkasse bereits an die Länder (vgl. oben) und einzelne Kreditinstitute abdisponierte, in der Regel für Investitionszwecke bestimmte Mittel enthalten waren. Ferner dürften in gewissem Umfang auch solche Mittel erfaßt worden sein, die von den Kassen der bundeseigenen Zollverwaltung

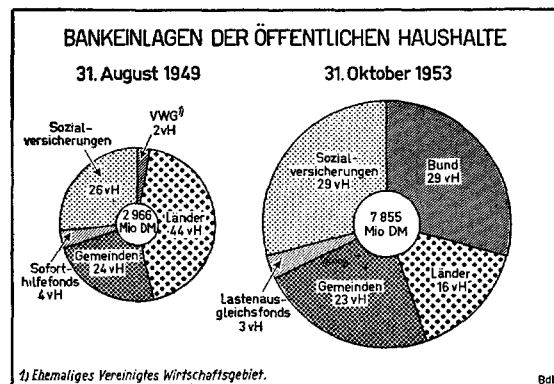
¹⁾ Allein in dem der Sondererhebung vorangegangenen Jahr (Oktober 1952 bis Oktober 1953) nahmen die öffentlichen Haushalte rd. 1,2 Mrd DM an mittel- und langfristigen Bankkrediten und eine weitere Mrd DM aus der Begebung von Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen in Anspruch.

²⁾ Nicht enthalten hierin sind die Gegenwertmittel des Bundes und die auf den Namen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit lautenden Guthaben.

bereits vereinnahmt, am Stichtag der Sondererhebung aber noch nicht bei der Bundeshauptkasse eingegangen waren. Fast der gesamte für Ende Oktober 1953 ausgewiesene Einlagenbestand ist seit dem August 1952 entstanden. Das lag daran, daß im Bundeshaushalt in dieser Zeit Kassenüberschüsse in Höhe von nahezu 2 Mrd DM erzielt wurden und die am 31. August 1952 bestehende Neuverschuldung des Bundes (rd. 1,35 Mrd DM) bis Ende Oktober 1953 der Höhe nach nicht verändert wurde. Wie der Bundesfinanzminister wiederholt betont hat, ist die starke Anreicherung seiner Kassenmittel nicht das Ergebnis einer auf diesen Zweck gerichteten Finanzpolitik, sondern vielmehr der Niederschlag der — von ihm nicht beeinflussbaren — Dispositionen der Alliierten hinsichtlich der Besatzungskosten.

Die Einlagen der Länder

Die Bankeinlagen der Länder sind in den vergangenen Jahren nicht sehr stark gestiegen. Mit rd. 1 482 Mio DM waren sie nur wenig höher als Ende August 1949 (1 310 Mio DM), und nach Abzug der in ihnen enthaltenen Mittel des Bundes und des Lastenausgleichsfonds blieben sie mit rd. 1 212 Mio DM sogar hinter dem oben erwähnten, bei der ersten Sondererhebung ermittelten Betrag zurück. Ihr Anteil an den gesamten



Einlagen der Haushalte im engeren Sinne, der damals noch rd. 44 vH betragen hatte, war damit bis zum 31. Oktober 1953 auf rd. 15 vH zurückgegangen. Ein Vergleich mit dem Stichtag der ersten Sondererhebung ist allerdings bei den Einlagen der Länder nur mit großen Vorbehalten möglich. Einmal waren in den damals ermittelten Beträgen, wenigstens im Falle der finanzstärkeren Länder, noch erhebliche Teile der Erstauss-

stattung enthalten. Zum anderen ist zu berücksichtigen, daß gerade bei den Ländern (im Gegensatz zum Bund) die Bankeinlagen nur einen Teil der gesamten finanziellen Mittel ausmachen und daß andere Anlagen, vor allem Geldmarktpapiere, eine verhältnismäßig große Rolle spielen. Allein die über die Landeszentralbanken erworbenen Titel beliefen sich am 31. Oktober 1953 auf rd. 337 Mio DM (gegen rd. 149 Mio DM am 31. August 1949), und es ist anzunehmen, daß der Betrag der über die Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems angekauften Papiere eher noch höher war, zumal diese im Zusammenhang mit der starken Abnahme der öffentlichen Bankeinlagen am 31. Oktober 1953 (vgl. oben S. 20) nicht unerheblich gewachsen sein müssen. Schließlich ist die Bedeutung der Länderhaushalte im Rahmen des westdeutschen Finanzsystems mit dem Übergang wichtiger Einnahmen und Ausgaben auf den Bund (ab April 1950) stark zurückgegangen. Das hatte zur Folge, daß die Länder auch nach der im Herbst 1951 einsetzenden Verbesserung ihrer Kassenlage nur verhältnismäßig bescheidene Überschüsse bilden konnten. Im übrigen dürften in den für den 31. Oktober 1953 ermittelten Einlagen auch erhebliche zweckgebundene Gelder enthalten sein, da die Investitionsausgaben gerade bei den Ländern besonders hoch sind.

Die Einlagen der Gemeinden

Die Einlagen der Gemeinden waren mit rd. 1 811 Mio DM weit höher als die Ländereinlagen, und im Gegensatz zu den letzteren sind sie in der Zeit seit der ersten Sondererhebung sehr stark, nämlich um rd. 1 117 Mio DM oder rd. 160 vH, gewachsen. Die Zunahme war vor allem dadurch bedingt, daß die Gemeinden, begünstigt durch die nachhaltige Steigerung des kommunalen Steuerertrags, in den letzten Jahren ihre finanzielle Position in starkem Maße festigen und einen Teil ihrer hohen in der ordentlichen Rechnung erzielten Überschüsse zum Wiederaufbau ihrer allgemeinen und zweckgebundenen Rücklagen verwenden konnten, zumal sie zur Finanzierung ihrer wachsenden Investitionsaufwendungen in steigendem Umfang auf längerfristige Bankkredite zurückgreifen konnten.

Bei einem Vergleich der Bankeinlagen der Gemeinden mit denen der übrigen Gebietskörper-

schaften — Bund und Länder — muß allerdings berücksichtigt werden, daß sich die hier ermittelten Einlagen auf rd. 25 700 einzelne Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebiets verteilen, die im allgemeinen nur beschränkte Möglichkeiten zur Aufnahme kurzfristiger Betriebsmittelkredite haben, so daß zur Abwicklung der laufenden Kassentransaktionen auch bei dem im Vergleich zu Bund und Ländern niedrigen Ausgabeniveau¹⁾ verhältnismäßig hohe Kassenmittel erforderlich sind. Gleichwohl dürften die für den 31. Oktober 1953 erhobenen Einlagen der kommunalen Haushalte über die betriebsnotwendigen Kassenmittel hinausgegangen sein. Abgesehen von den bereits oben erwähnten Rücklagen dürften sie, ebenso wie die Bankeinlagen der Länder, hohe, für Investitionszwecke bestimmte Mittel enthalten haben.

Die Einlagen der Sozialversicherungsträger und der Arbeitslosenversicherung

Die von den Sozialversicherungsträgern (Renten-, Kranken- und Unfallversicherung) und der Arbeitslosenversicherung unterhaltenen Bankeinlagen waren mit 2 285 Mio DM etwa ebenso hoch wie die des Bundes. Die Grundlage ihrer sehr starken Zunahme seit dem 31. August 1949 — um reichlich 1,5 Mrd DM — bildeten die Überschüsse, die seit der Währungsreform ununterbrochen erzielt wurden. Bei den Rentenversicherungen, die hieran in besonders hohem Maße beteiligt waren, lagen sie im Sinne der mit dem Erlaß des Sozialversicherungsanpassungsgesetzes (17. Juni 1949) eingeleiteten Gesetzgebung, die den Wiederaufbau des durch Krieg und Währungsreform vernichteten Deckungsstocks zum Ziele hatte und zu diesem Zweck hohe Bundeszuschüsse vorsah. Begünstigt wurde die Entwicklung ferner durch die starke Zunahme des Beitragsaufkommens. Die ebenfalls beträchtlichen Überschüsse der Arbeitslosenversicherung waren sogar ausschließlich durch die aus der Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung der letzten Jahre resultierenden hohen Beitragseinnahmen und die verhältnismäßig bescheidenen Unterstützungsaufwendungen bedingt.

¹⁾ Während die Kassenausgaben des Bundes im Rechnungsjahr 1952/53 rd. 19,7 Mrd EM und die der Länder schätzungsweise rd. 13,2 Mrd EM betragen haben, wurden von den Gemeinden schätzungsweise 9 Mrd DM verausgabt. Alle Zahlen sind dabei brutto, d. h. ohne Abzug der Überweisungen der Haushalte untereinander, berechnet.

Freilich ist die Zunahme der Bankeinlagen mit dem „Deckungsstockprinzip“ nur zum Teil erklärt, da der Deckungsstock auch stärker in anderer Art, z. B. in Wertpapieren, Darlehen und Hypotheken, hätte angelegt werden können. Im Vergleich zu früheren Zeiten ist es sogar auffallend, daß er in so starkem Umfang in Form von Bankeinlagen unterhalten wurde. Die Sozialversicherungsträger (d. h. außer den Rentenversicherungen auch die Kranken- und die Unfallversicherung) und die Arbeitslosenversicherung haben am 31. Oktober 1953 allein rd. 1700 Mio DM als Termineinlagen und rd. 168 Mio DM als Spareinlagen unterhalten. Die Aufteilung auf die einzelnen Träger ist dabei nicht ermittelt worden, jedoch ist auf Grund der Geschäftsstatistik der hauptsächlich in Frage kommenden Versicherungen anzunehmen, daß sich die längerfristigen Bankeinlagen bei den Rentenversicherungen, der Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung, zusammengenommen, nahezu auf ein Drittel der gesamten Vermögensanlagen beliefen, während demgegenüber im Jahr 1932 nur schätzungsweise 6 vH auf längerfristige Guthaben¹⁾ entfallen waren. Die gegenüber der Vorkriegszeit stark veränderte Anlagepolitik dürfte auf zwei Gründe zurückgehen: Einmal auf eine insbesondere in den ersten Jahren nach der Währungsreform sehr starke Scheu vor nicht jederzeit realisierbaren Anlagen, die übrigens auch in den zwanziger Jahren nach der Stabilisierung zunächst festzustellen war, und zum anderen auf die hohe Verzinsung der Termineinlagen, die an den Wertpapierzins nahe herangekommen sein, ja ihn zeitweise sogar übertroffen haben dürfte.

Die Sichteinlagen der Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung waren im Vergleich zu den längerfristigen Einlagen mit rd. 415 Mio DM nicht sehr hoch, zumal wenn man berücksichtigt, daß sie einen großen Teil derjenigen Mittel enthielten, die die Arbeitslosenversicherung für die Deckung der in den Wintermonaten üblichen Fehlbeträge bis Ende Oktober v. J. angesammelt hatte. Ein verhältnismäßig großer Teil der Sichteinlagen entfiel darüber hinaus auf die soziale Krankenversicherung, die wegen ihrer stark dezentralisierten Organisation — sie

¹⁾ Die Angaben beziehen sich nur auf die Rentenversicherungen und die Krankenversicherung und nicht auf die Arbeitslosenversicherung.

gliedert sich in mehr als 2000 einzelne Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen — ständig auf verhältnismäßig hohe Beträge an jederzeit fälligen Guthaben angewiesen ist.

2. Die Einlagen der öffentlichen Unternehmungswirtschaft

In den zum 31. Oktober 1953 ermittelten öffentlichen Einlagen waren, wie die Aufstellung auf S. 20 zeigt, reichlich 500 Mio DM enthalten, die öffentlichen Unternehmen — Bundesbahn, Bundespost und verselbständigten Regiebetrieben der Gebietskörperschaften — zustanden. Allerdings handelt es sich dabei nur um einen Teil der gesamten Einlagen der öffentlichen Wirtschaft. Mit Ausnahme der Bundesbahn und der Bundespost werden nämlich die Einlagen aller öffentlichen Unternehmen mit eigener (öffentlicher oder privater) Rechtspersönlichkeit in den laufenden bankstatistischen Erhebungen zusammen mit den Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten in einer Summe erhoben, und an dieser Abgrenzung, die an juristischen Merkmalen orientiert und hauptsächlich durch praktisch-statistische Erwägungen bestimmt ist, wurde auch bei der Sondererhebung festgehalten. Um jedoch den Gesamtbetrag der Einlagen der öffentlichen Wirtschaft bestimmen zu können, wurden bei der Sondererhebung auch die in den privaten Einlagen enthaltenen Bankeinlagen der öffentlichen Wirtschaft nachrichtlich erfaßt. Dabei handelt es sich erstens um die Unternehmen mit öffentlicher Rechtspersönlichkeit, wie beispielsweise die Einfuhr- und Vorratsstellen oder die öffentlichen Lebens- und Sachversicherungen, und zweitens um die Einlagen öffentlicher Unternehmen privaten Rechts (Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung), soweit sich ihr Kapital mindestens zur Hälfte im Besitz der öffentlichen Hand befindet. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, waren diese Einlagen mit rd. 1 Mrd DM etwa doppelt so hoch wie die in den öffentlichen Einlagen enthaltenen Beträge (rd. 0,5 Mrd DM). Von der öffentlichen Wirtschaft zusammengenommen wurden also am 31. Oktober v. J. Bankeinlagen in Höhe von insgesamt 1,5 Mrd DM unterhalten.

Von den als „Öffentliche Einlagen“ erfaßten Beträgen in Höhe von rd. 500 Mio DM entfiel der größere Teil auf die verselbständigten Regie-

Bankeinlagen der öffentlichen Wirtschaft

Stand: 31. Oktober 1953; in Mio DM

Art der Unternehmen	Gesamte Bankeinlagen	davon entfielen auf		
		Sichteinlagen	Termineinlagen	Spareinlagen
I. Im Rahmen der öffentlichen Einlagen erfaßte Beträge				
1) Bundesbahn	7,7	7,7	—	0,0
2) Bundespost	179,9	125,7	53,9	0,3
3) Regiebetriebe der Gebietskörperschaften	315,2	113,0	191,8	10,4
Summe I	502,8	246,4	245,7	10,7
II. Im Rahmen der privaten Einlagen erfaßte Beträge				
1) Unternehmen des öffentlichen Rechts	348,1	89,6	249,7	8,8
2) Unternehmen des Privatrechts (mindestens 50 vH öffentliche Beteiligung)	655,4	254,3	397,0	4,1
Summe II	1 003,5	343,9	646,7	12,9
Öffentliche Wirtschaft, gesamt (I + II)	1 506,3	590,3 ¹⁾	892,4	23,6

¹⁾ Darunter rd. 104 Mio DM im Zentralbanksystem unterhaltene Sichteinlagen (einschließlich der Anlagen in Ausgleichsforderungen).

betriebe der Gebietskörperschaften, insbesondere der Gemeinden, für die rd. 315 Mio DM ausgewiesen wurden. Dabei kann es sein, daß in einzelnen Fällen die Guthaben dieser Betriebe (insbesondere auf dem Gebiet der Versorgungswirtschaft — Gas, Wasser, Elektrizität —) zusammen mit denen des zuständigen Haushalts erfaßt wurden und daß daher insbesondere die Bankguthaben der Gemeinden gewisse Beträge einschließen, die an sich den Unternehmen hätten zugeordnet werden müssen. Auf der anderen Seite aber waren in den für die Bundespost erhobenen Einlagen in Höhe von insgesamt rd. 180 Mio DM außer den eigentlichen Betriebsmitteln der Bundespost auch Gelder des Postscheckvermögens enthalten, die den Kunden des Postscheckdienstes zustanden. Auffallend niedrig, nämlich nur rd. 8 Mio DM, waren die Einlagen der Bundesbahn. Sie muß auf Grund ihrer seit längerem ununterbrochen beengten Kassenlage mit minimalen eigenen Kassenbeständen operieren (die Einlagen beliefen sich nur auf gut 1 vH der durchschnittlichen monatlichen Gesamtausgaben) und ist dazu u. a. auch deshalb in der Lage, weil sie die Möglichkeit hat, ständig Kassenkredite bei der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank in Anspruch zu nehmen.

Von den Einlagen der öffentlichen Wirtschaft, die in dem Gesamtbetrag der privaten Einlagen enthalten waren, waren die der Unternehmen des Privatrechts (mit mindestens 50 vH

öffentlicher Beteiligung) mit insgesamt 655 Mio DM bei weitem am höchsten. Ebenso wie bei den verselbständigten Regiebetrieben der Gebietskörperschaften (vgl. oben) dürfte auch hier ein namhafter Teil auf die Einlagen der Versorgungsbetriebe entfallen, während ein weiterer Teil den zahlreichen Unternehmen, an denen der Bund — direkt oder über seine Holdinggesellschaften — beteiligt ist, zustand. Den Rest in Höhe von rd. 348 Mio DM bildeten die Einlagen der Unternehmen öffentlichen Rechts, und zwar vor allem der bereits zuvor erwähnten öffentlichen Lebens- und Sachversicherungen und der Einfuhr- und Vorratsstellen.

II. Die Verteilung der öffentlichen Einlagen auf die beiden Stufen des Bankensystems

Von dem Gesamtbetrag der Bankeinlagen deutscher öffentlicher Stellen in Höhe von 8789 Mio DM wurden nach den Ergebnissen der Sondererhebung rd. 30 vH im Zentralbanksystem und rd. 70 vH bei Geldinstituten außerhalb des Zentralbanksystems gehalten. Innerhalb der beiden Stufen des Zentralbanksystems überwogen bei weitem die Einlagen bei der Bank deutscher Länder. Sie stellten sich auf rd. 2273 Mio DM oder rd. 87 vH aller öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem.

Von den im Zentralbanksystem unterhaltenen Beträgen entfiel naturgemäß der bei wei-

tem größte Teil auf die Einlagen derjenigen Haushalte, die auf Grund der bestehenden gesetzlichen Vorschriften verpflichtet sind, ihre Kassenreserven grundsätzlich ganz oder doch zum überwiegenden Teil bei der Bank deutscher Länder bzw. den Landeszentralbanken zu unterhalten, also auf die Einlagen des Bundes, des Lastenausgleichsfonds¹⁾ und — mit Einschränkungen — der Länder²⁾. Die Einlagen des Bundes waren fast ganz bei der Bank deutscher Länder konzentriert. Soweit sie bei Kreditinstituten außerhalb des Zentralbanksystems gehalten wurden, handelte es sich entweder um von der Bundeshauptkasse bereits abdisponierte und daher dem Kassenbestand nicht mehr zuzurechnende Mittel, die auf ihrem Weg zu den Letztempfängern der Leistungen erfaßt wurden, oder um solche Beträge, die von den „Einnahmekassen“ (Zollverwaltung) noch nicht abgeliefert, also von der Bundeshauptkasse am Stichtag der Sondererhebung noch nicht vereinnahmt waren (vgl. oben S. 22 und S. 23). Auch die Bankguthaben des Lasten-

ausgleichsfonds waren zum überwiegenden Teil bei der Bank deutscher Länder eingelegt; eine Ausnahme bildeten lediglich die — nur unbedeutenden — Betriebsmittel der örtlichen Ausgleichsämter, die bei anderen Banken gehalten werden. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß in den Bankeinlagen des Lastenausgleichsfonds diejenigen Beträge nicht mehr enthalten sind, die vom Bundesausgleichsamt im Einvernehmen mit der Bank deutscher Länder vorzeitig an die Lastenausgleichsbank überwiesen und von dieser vor ihrer endgültigen Weiterleitung an die Letztempfänger der Ausgleichsleistungen für kürzere Zeit am Geldmarkt angelegt werden. Außerdem sind in diesem Zusammenhang (anders als in der Tabelle auf S. 22) diejenigen Mittel unberücksichtigt geblieben, die auf Grund von Vereinbarungen zwischen dem Bundesausgleichsamt und den Ländern von den letzteren im Zeitpunkt der Sondererhebung als Zuschüsse zu den Kosten der Unterhaltshilfe nur bereitgestellt, aber noch nicht an den Lastenausgleichsfonds überwiesen waren. Von den gesamten Bankeinlagen der Länder (einschließlich der darin enthaltenen fremden Mittel) wurden nur gut

¹⁾ Vgl.: Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bank deutscher Länder, § 1.

²⁾ Vgl.: Gesetz über die Errichtung der Landeszentralbanken, § 2, Abs. 3.

Verteilung der öffentlichen Einlagen auf die Stufen des Bankensystems

Stand: 31. Oktober 1953

Einleger	Gesamte Einlagen	davon entfielen					
		auf das Zentralbanksystem				auf Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems	
		gesamt		davon wurden unterhalten			
		Mio DM	vH	bei der BdL	bei den LZB		
Mio DM	Mio DM	vH	Mio DM	Mio DM	Mio DM	vH	
1) Bund ¹⁾	2 219,8	2 123,5	95,7	2 119,7	3,8	96,3	4,3
2) Länder ²⁾	1 481,8	311,5	21,0	—	311,5	1 170,3	79,0
3) Gemeinden und Gemeindeverbände	1 811,4	8,0	0,4	—	8,0	1 803,4	99,6
4) Sozialversicherungsträger und Arbeitslosenversicherung	2 285,1	21,9	1,0	19,1	2,8	2 263,2	99,0
5) Lastenausgleichsfonds ¹⁾	57,2	43,2	75,5	42,3	0,9	14,0	24,5
6) Bundesbahn	7,7	1,8	23,4	—	1,8	5,9	76,6
7) Bundespost	179,9	94,0	52,2	92,1	1,9	85,9	47,8
8) Unternehmen der Gebietskörperschaften (ohne eigene Rechtspersönlichkeit)	315,2	1,9	0,6	—	1,9	313,3	99,4
9) Kirchen, charitative Verbände usw.	431,2	1,8	0,4	—	1,8	429,4	99,6
10) Deutsche öffentliche Stellen, gesamt (Summe 1 bis 9)	8 789,3	2 607,7 ²⁾	29,7	2 273,3 ²⁾	334,4	6 181,7	70,3
11) Alliierte Hohe Kommissare	678,7	631,5	93,0	550,1	81,4	47,2	7,0
Summe 10 und 11	9 468,0	3 239,2	34,2	2 823,4	415,8	6 228,9	65,8

¹⁾ Ursprünglich ermittelte Einlagen ohne Berücksichtigung der auf S. 22 vorgenommenen Umgruppierung. — ²⁾ Differenz durch Runden.

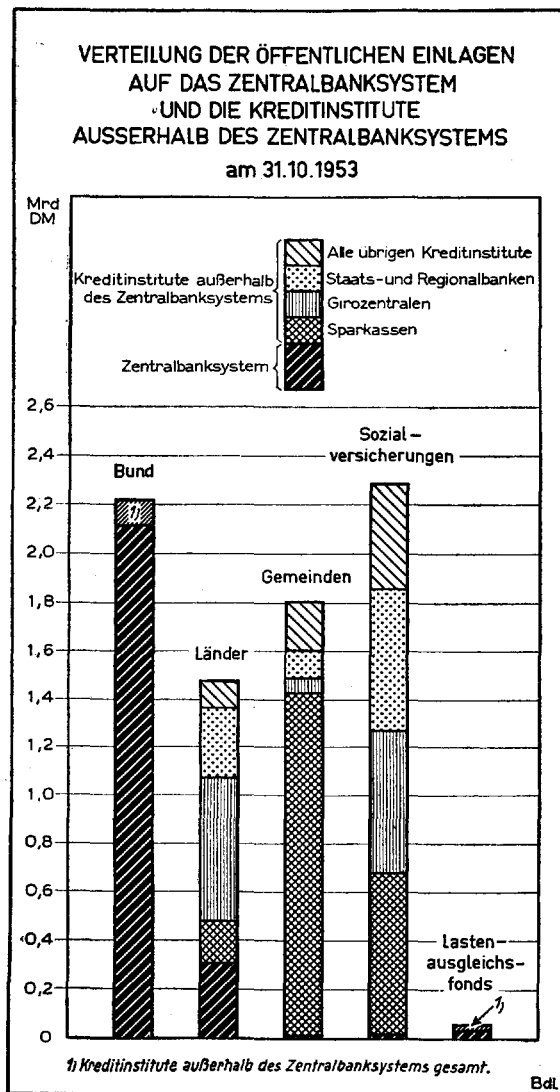
20 vH bei den Landeszentralbanken und nahezu 80 vH bei Banken außerhalb des Zentralbanksystems unterhalten, während sich demgegenüber die nicht aus Steuern stammenden Einnahmen der Länder, für die eine Verpflichtung zur Einlage bei den Landeszentralbanken nicht vorgeschrieben ist, nur auf rd. ein Drittel der gesamten ordentlichen Einnahmen der Länder belaufen. Zum Teil mag der im Hinblick auf diese Relation und die gesetzliche Vorschrift verhältnismäßig hohe Betrag der Einlagen bei den Geschäftsbanken damit zusammenhängen, daß diese nicht durchweg als „Kassenmittel“ anzusprechen sind, sondern auch Beträge enthielten, die für die Investitionsfinanzierung zweckgebunden und lediglich am Stichtag der Erhebung noch nicht abgerufen waren. Zweifellos aber haben die Einlagen bei den Geschäftsbanken auch echte Kassenreser-

ven enthalten, die nur aus traditionellen Gründen bei einzelnen, hauptsächlich öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten eingelegt waren, aber auf Grund der gesetzlichen Vorschriften bei den Landeszentralbanken hätten unterhalten werden müssen.

Für die übrigen Haushalte ist die Kassenhaltung im Zentralbanksystem nicht vorgeschrieben. Abgesehen von den verhältnismäßig hohen Beträgen, die seitens der Bundespost auf Grund von Vereinbarungen im Zentralbanksystem unterhalten wurden, waren die von den übrigen Haushalten im Zentralbanksystem gehaltenen Mittel daher nur unbedeutend. Bei den Gemeinden, den verselbständigten Regiebetrieben (die vornehmlich auf den Bereich der kommunalen Versorgungswirtschaft entfallen) und den Sozialversicherungsträgern (einschließlich der durch die Bundesanstalt verwalteten Gelder der Arbeitslosenversicherung) zusammen haben die bei der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken eingelegten Beträge nicht einmal ganz 1 vH ihrer gesamten Bankeinlagen ausgemacht. Auch bei diesen Einlegern dürften, ebenso wie bei den Ländern, Fragen der Verzinsung und der Tradition und — bei der Vielzahl der in diesen Gruppen zusammengefaßten Einzelhaushalte — darüber hinaus auch Zweckmäßigkeitserwägungen für die Bevorzugung der Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein.

III. Die Verteilung der öffentlichen Einlagen auf die einzelnen Bankengruppen

Die einzelnen Bankengruppen waren an dem Gesamtbetrag der von deutschen öffentlichen Stellen bei den Kreditinstituten außerhalb des Zentralbanksystems gehaltenen Einlagen in Höhe von rd. 6,18 Mrd DM sehr unterschiedlich beteiligt. Rd. 2,6 Mrd DM oder 42 vH des Gesamtbetrages standen allein bei den Sparkassen; der größte Teil des Restes entfiel auf die Girozentralen und die Gruppe der Staats-, Regional- und Lokalbanken, d. h. im wesentlichen auf die Staatsbanken. Insgesamt betrug der Anteil dieser drei Bankengruppen an den gesamten öffentlichen Einlagen rd. 83 vH, während sie an den gesamten Einlagen der Nichtbankenkundschaft zum gleichen Zeitpunkt nur mit knapp 59 vH beteiligt



Der Anteil der Einlagen deutscher öffentlicher Stellen an den gesamten Einlagen der Nichtbankenkundschaft

Stand: 31. Oktober 1953

Bankengruppen	Gesamte Einlagen der Nichtbankenkundschaft		darunter Öffentliche Einlagen		Anteil der öffentlichen Einlagen an den gesamten Einlagen der Nichtbanken- kundschaft
	Mio DM	vH des Gesamt Betrags	Mio DM	vH des Gesamt Betrags	vH
	1	2	3	4	5
1) Sparkassen	12 166,1	39,1	2 607,7	42,2	21,4
2) Girozentralen	2 120,0	6,8	1 412,1	22,8	66,6
3) Staats-, Regional- und Lokalbanken	4 102,8	13,2	1 114,5	18,0	27,2
4) Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken	7 640,5	24,5	684,4	11,1	9,0
5) Postscheck- und Postsparkassenämter	1 367,2	4,4	121,8	2,0	8,9
6) Alle übrigen monatlich berichtenden Institute (ohne ländliche Kreditgenossenschaften)	3 756,1	12,0	241,4	3,9	6,4
Summe 1 bis 6	31 152,7	100,0	6 181,7 ¹⁾	100,0	19,8

¹⁾ Differenz durch Runden.

waren. Von den verbleibenden 17 vH standen etwa zwei Drittel bei den Nachfolgeinstituten der früheren Großbanken, während alle übrigen Geldinstitute sowohl absolut als auch im Verhältnis zu ihren gesamten Nicht-Bankeinlagen nur geringe Beträge für sich buchen konnten.

Die Verteilung der Einlagen auf die einzelnen Bankengruppen war dabei von Haushalt zu Haushalt sehr verschieden. Die Länder haben am Erhebungsstichtag die Hälfte ihrer gesamten Einlagen außerhalb des Zentralbanksystems bei den Girozentralen und ein weiteres Viertel bei den Staatsbanken unterhalten. Maßgebend hierfür waren historische Bindungen. Diejenigen Länder, die von alters her ihre Gelder hauptsächlich bei den von ihnen gegründeten Staatsbanken eingelegt haben, bevorzugten auch heute noch diese Institute, und bei denjenigen Ländern, die nach dem Kriege zum Teil aus früheren preußischen Provinzen hervorgingen, haben die Girozentralen (häufig mit dem Zusatz: Landesbank) weitgehend die Rolle von „Staatsbanken“ übernommen. In einzelnen Fällen waren die Gelder des Landes fast ausschließlich bei einer einzelnen Bank eingelegt, und nur in wenigen Ländern war eine gleichmäßigere Streuung auf mehrere große, meist öffentliche Banken (Staatsbank, Girozentrale, eine oder mehrere große Sparkassen) festzustellen. Ermittelt man für jedes der neun Länder dasjenige Institut, das den größten Teil der Ländereinlagen verwaltet, so vereinten diese neun Institute zusammengenommen auf sich rd. 670 Mio DM oder rd. 57 vH der gesamten Ländereinlagen bei den Geschäftsbanken.

Die Gemeinden haben demgegenüber die Sparkassen, deren Gewährsträger sie sind, bevorzugt. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, entfielen nahezu 80 vH der gesamten kommunalen Einlagen auf die Sparkassen, und zwar waren sie auf sehr viele Sparkassen verstreut, wenn die Beträge naturgemäß auch — entsprechend dem Volumen und auch den Verschuldungsmöglichkeiten der mehr als 25 000 kommunalen Haushalte — bei den einzelnen Sparkassen sehr verschieden hoch waren. In einzelnen Fällen, vornehmlich bei den größeren Städten, wurden Teile der Kassenreserven auch bei den Staats-, Regional- und Lokalbanken und den Nachfolgeinstituten der früheren Großbanken unterhalten.

Die Einlagen der Sozialversicherungsträger und der Arbeitslosenversicherung waren demgegenüber relativ gleichmäßig über die einzelnen Bankengruppen verteilt. Mit 29,0, 26,2 und 26,1 vH war der Anteil der Sparkassen, Girozentralen und der Staats-, Regional- und Lokalbanken etwa gleich hoch. Bemerkenswert ist ferner, daß ein nicht unerheblicher Betrag, nämlich 316 Mio DM oder 14 vH der gesamten Bankeinlagen dieser Versicherungen, bei den Nachfolgeinstituten der früheren Großbanken gehalten wurde, während diese Banken nur geringe Beträge für die übrigen Haushalte verwalteten. Die Verteilung der Einlagen der Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung auf die einzelnen Institute dieser Gruppen war aber nicht entfernt so gleichmäßig wie die der Gemeinden auf die einzelnen Sparkassen. Ebenso wie bei den

Die öffentlichen Einlagen nach Bankengruppen

Stand: 31. Oktober 1953

Einleger	Kreditinstitute gesamt	davon											
		Sparkassen		Girozentralen		Staats-, Regional- und Lokalbanken		Nachfolge- institute der Großbanken		Postscheckämter und Postsparkassen		Alle übrigen Geldinstitute	
		Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH
1) Bund ¹⁾	96,3	9,2	9,6	3,7	3,8	9,6	10,0	31,7	32,9	2,6	2,7	39,6	41,0
2) Länder ¹⁾	1 170,3	163,5	14,0	592,9	50,7	304,5	26,0	65,8	5,6	24,6	2,1	18,9	1,6
3) Gemeinden und Gemeindeverbände	1 803,4	1 417,8	78,6	67,9	3,8	114,2	6,3	136,1	7,6	25,1	1,4	42,2	2,3
4) Sozialversiche- rungsträger und Arbeitslosen- versicherung	2 263,2	655,9	29,0	593,2	26,2	591,1	26,1	316,4	14,0	22,9	1,0	84,1	3,7
5) Lastenausgleichs- fonds ¹⁾	14,0	5,9	42,1	2,0	14,3	2,8	20,0	0,1	0,7	0,1	0,7	3,1	22,2
6) Bundesbahn	5,9	0,1	1,7	—	—	0,1	1,7	0,0	0,0	1,0	17,0	4,7	79,6
7) Bundespost	85,9	0,6	0,7	—	—	6,3	7,3	53,1	61,9	25,6	29,8	0,3	0,3
8) Unternehmen der Gebietskörper- schaften (ohne eigene Rechts- persönlichkeit)	313,3	148,8	47,5	120,7	38,5	16,7	5,3	13,3	4,3	3,1	1,0	10,6	3,4
9) Kirchen, chari- tative Verbände usw.	429,4	205,9	48,0	31,7	7,4	69,2	16,1	67,9	15,8	16,8	3,9	37,9	8,8
10) Deutsche öffent- liche Stellen, gesamt (Summe 1 bis 9)	6 181,7 ²⁾	2 607,7	42,2	1 412,1	22,8	1 114,5	18,0	684,4	11,1	121,8	2,0	241,4	3,9
11) Alliierte Hohe Kommissare	47,2	0,1	0,2	—	—	9,1	19,2	37,1	78,5	0,0	0,0	1,0	2,1
Summe 10 und 11	6 228,9 ²⁾	2 607,8	41,8	1 412,1	22,7	1 123,6	18,0	721,5	11,6	121,8	2,0	242,4	3,9

¹⁾ Ursprünglich ermittelte Einlagen ohne Berücksichtigung der auf S. 22 vorgenommenen Umgruppierung. — ²⁾ Differenz durch Runden.

Ländern waren hier einzelne große Banken stark bevorzugt. Mehr als 1 Mrd DM oder fast die Hälfte des Gesamtbetrages wurde bei nur 11 Einzelinstituten ermittelt, nämlich bei 5 Girozentralen, 1 Sparkasse, 3 Staats-, Regional- und Lokalbanken und 2 Großbanken. Zu erwähnen ist schließlich noch, daß die Einlagen der selbstständigen Regiebetriebe, die zumeist in kommunalem Eigentum stehen, ebenso wie die der Gemeinden selbst (vgl. oben) in der Hauptsache bei den Sparkassen und in verhältnismäßig starkem Umfang auch bei den Girozentralen konzentriert waren und daß die Einlagen der Kirchen, charitativen Verbände usw. ebenfalls fast zur Hälfte bei den Sparkassen unterhalten wurden.

IV. Die Verteilung nach Einlagearten

Die Aufgliederung der öffentlichen Einlagen nach Einlagearten hat ergeben, daß am Erhebungsstichtag die Termineinlagen deutscher öffentlicher Stellen mit rd. 4,02 Mrd DM oder reichlich 45 vH der gesamten Bankeinlagen fast

ebenso hoch waren wie die Sichteinlagen (4,1 Mrd DM). Läßt man die Einlagen im Zentralbanksystem, die nur als Sichteinlagen unterhalten werden können und auch durch die vorübergehende Anlage in Ausgleichsforderungen ihren Charakter als jederzeit fällige Einlagen nicht verlieren, außer acht, so ergibt sich, daß die öffentlichen Termineinlagen sogar rd. zwei Drittel der gesamten außerhalb des Zentralbanksystems unterhaltenen öffentlichen Einlagen ausmachten, während demgegenüber Wirtschaftsunternehmen und Private zum gleichen Zeitpunkt nur rd. 22 vH ihrer gesamten Einlagen in der Form von Termineinlagen unterhielten. Besonders ins Auge springen die bereits zuvor erwähnten hohen Termineinlagen der Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung, die sich mit rd. 1,7 Mrd DM auf rd. 75 vH der gesamten Einlagen dieser Versicherungen beliefen. Bei den Ländern und den Gemeinden waren die Termineinlagen mit rd. 880 bzw. 970 Mio DM ebenfalls sehr hoch, wenn sie auch weit hinter dem für die

Sozialversicherungen und die Arbeitslosenversicherung ermittelten Betrag zurückblieben.

Bemerkenswert ist ferner, daß bei der Sondererhebung öffentliche Spareinlagen in Höhe von rd. 664 Mio DM ermittelt wurden. Dieser Betrag war etwa viermal so hoch wie Ende August 1949, als er knapp 170 Mio DM betragen hatte. Der bei weitem größte Teil, nämlich rd. 390 Mio DM, stand den Gemeinden zu, die, abgesehen von gewissen fremden Geldern (Mündelgelder), ver-

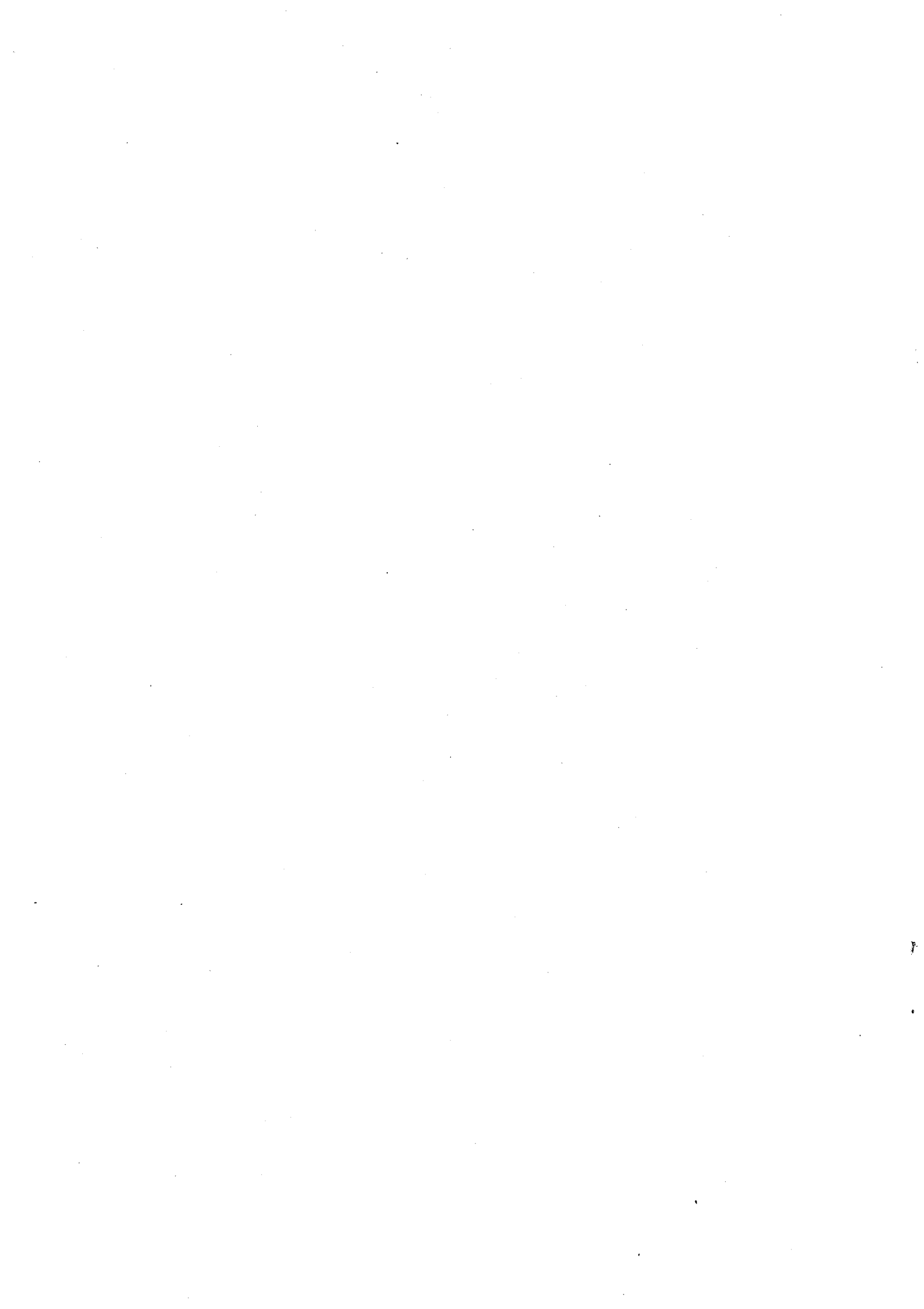
mutlich einen Teil ihrer zweckgebundenen Rücklagen in Form von Spareinlagen unterhalten. Die gesamten längerfristigen Einlagen der Gemeinden — Termineinlagen und Spareinlagen — betragen damit rd. 75 vH der gesamten Gemeindeeinlagen. Auch für die Sozialversicherungen und die Arbeitslosenversicherung wurden nicht unerhebliche Spareinlagen — 168 Mio DM — ausgewiesen, während die Spareinlagen der übrigen Haushalte nur unbedeutend waren.

Verteilung der öffentlichen Einlagen auf die einzelnen Einlagearten

Stand: 31. Oktober 1953

Einleger	Gesamte Einlagen Mio DM	davon					
		Sichteinlagen ¹⁾		Termineinlagen		Spareinlagen	
		Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH
1) Bund ¹⁾	2 219,8	2 173,6	97,9	46,0	2,1	0,2	0,0
2) Länder ¹⁾	1 481,8	594,7	40,1	879,6	59,4	7,5	0,5
3) Gemeinden und Gemeindeverbände	1 811,4	453,0	25,0	968,1	53,4	390,3	21,6
4) Sozialversicherungsträger und Arbeitslosenversicherung	2 285,1	414,8	18,1	1 701,9	74,5	168,4	7,4
5) Lastenausgleichsfonds ¹⁾	57,2	56,2	98,3	0,8	1,4	0,2	0,3
6) Bundesbahn	7,7	7,7	100,0	—	—	—	—
7) Bundespost	179,9	125,7	69,9	53,9	30,0	0,3	0,1
8) Unternehmen der Gebietskörperschaften (ohne eigene Rechtspersönlichkeit)	315,2	113,0	35,9	191,8	60,8	10,4	3,3
9) Kirchen, charitative Verbände usw.	431,2	167,6	38,9	177,2	41,1	86,4	20,0
10) Deutsche öffentliche Stellen, gesamt (Summe 1 bis 9)	8 789,3	4 106,4 ²⁾	46,7	4 019,3	45,7	663,7	7,6
11) Alliierte Hohe Kommissare	678,7	643,4	94,8	35,3	5,2	—	—
Summe 10 und 11	9 468,0	4 749,8	50,2	4 054,6	42,8	663,7	7,0

¹⁾ Ursprünglich ermittelte Einlagen ohne Berücksichtigung der auf S. 22 vorgenommenen Umgruppierung. — ²⁾ Beim Zentralbanksystem und bei Kreditinstituten außerhalb des Zentralbanksystems. — ³⁾ Differenz durch Runden.



Statistischer Teil

I. Zentralbankausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	34
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	36
3. Monatsausweise der Landeszentralbanken und der Berliner Zentralbank	37
4. Zahlungsmittelumlauf	37
5. Stückelung des Zahlungsmittelumlaufs	37
II. Zinssätze des Zentralbanksystems und Mindestreservesätze	38
III. Mindestreservenstatistik	38
IV. Halbmonatliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	39
V. Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	
1. Kreditinstitute des Bundesgebiets	
a) Zwischenausweise:	
Bundesgebiet	40
Bankengruppen	42
b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit	50
c) Gliederung der Einlagen nach Ländern	50
d) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr	51
2. Ländliche Kreditgenossenschaften im Bundesgebiet	51
3. Kreditinstitute in West-Berlin	52
4. Postscheckämter und Postsparkasse	53
5. Bausparkassen im Bundesgebiet und in West-Berlin	53
6. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet	54
VI. Zusammengefaßte statistische Bilanz aller Kreditinstitute einschl. des Zentralbanksystems	55
VII. Kreditvolumen	
1. Kredite des Zentralbanksystems an Bund, Länder und sonstige Nichtbanken	56
2. Kredite des Zentralbanksystems an Kreditinstitute, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Berliner Zentralbank	56
3. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Kreditinstitute:	
a) Bundesgebiet	57
b) Länder	58
c) West-Berlin	60
d) Bankengruppen	62
4. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG	66
5. Kurz-, mittel- und langfristige Bankkredite	66
6. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds	67
VIII. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	68
IX. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	
1. Wertpapierkurse im Bundesgebiet	69
2. Börsenumsätze im Bundesgebiet	69
3. Zinskonditionen	70
4. Girale Verfügungen von Nichtbanken bei den Kreditinstituten und den Postscheckämtern	74
5. Auflegung und Absatz von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	74
6. Die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	75
X. Öffentliche Finanzen	
1. Die inländische Neuverschuldung des Bundes	76
2. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	76
3. Umlauf von verzinslichen Schatzanweisungen und öffentlichen Anleihen im Bundesgebiet	77
4. Umlauf von unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechslern im Bundesgebiet	77
5. Die Hauptposten der Verschuldung der Länder	78
6. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern	78
7. Einnahmen und Ausgaben der Länder des Bundes	79
XI. Außenwirtschaft	
1. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	80
2. Außenhandel des Bundesgebiets nach Warengruppen	82
3. Die Entwicklung der kumulativen Rechnungsposition der EZU-Mitgliedsländer	83
4. Kontostände der Bank deutscher Länder mit „Sonstigen Verrechnungsländern“	83
5. Ausgegebene Einfuhr- und Zahlungsbewilligungen	83
XII. Produktion, Beschäftigung, Umsätze und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	84
2. Steinkohlenförderung, -einfuhr und -ausfuhr	85
3. Eisen- und Stahlerzeugung	85
4. Arbeitsmarkt	85
5. Einzelhandelsumsätze	86
6. Preisindexziffern	86
XIII. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	87
XIV. Die Währungen der Welt	89

I. Zentralbank-

1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher

in

Stand	Aktiva										
	Gold ¹⁾	Guthaben bei ausländischen Banken ¹⁾	Sorten, ausl. Wechsel und Schecks ¹⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslands-geschäfts	Inlandswechsel	Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen			Lombardforderungen		
						insgesamt	darunter		insgesamt	darunter gegen Ausgleichs-forderungen	
							Bund und Bundes-verwal-tungen	Länder			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1952 31. Dezember	587,0	3 971,5	336,0	33,0	3 359,9	366,7	355,2	11,5	263,2	211,5	
1953 31. Januar	694,7	3 947,3	332,5	23,1	2 743,2	62,4	51,4	11,0	114,4	103,2	
28. Februar	774,8	4 149,5	318,4	17,7	2 620,4	93,5	82,5	11,0	139,2	110,9	
31. März	774,8	4 267,4	315,3	78,1	2 466,5	46,7	35,7	11,0	168,2	145,8	
30. April	774,9	4 584,7	346,3	22,1	2 092,7	13,0	2,0	11,0	120,5	104,7	
31. Mai	879,9	4 738,2	333,8	11,2	1 927,7	11,0	—	11,0	129,0	115,5	
30. Juni	879,9	5 052,1	324,6	10,2	2 057,5	11,0	—	11,0	189,1	157,5	
31. Juli	941,2	5 451,1	324,1	3,7	1 730,7	19,2	14,5	4,7	118,6	107,2	
31. August	1 035,5	5 719,5	325,1	6,2	1 950,9	134,7	130,5	4,2	109,4	91,2	
30. September	1 086,6	5 781,4	359,5	5,6	2 165,5	19,7	16,0	3,7	163,8	132,4	
31. Oktober	1 184,9	6 000,6	355,8	6,1	1 942,0	6,2	2,5	3,7	107,4	87,7	
30. November	1 272,8	6 190,4	356,4	2,6	1 986,0	16,7	13,0	3,7	126,4	108,1	
7. Dezember	1 282,3	6 261,9	360,1	2,4	2 021,4	59,2	55,5	3,7	173,7	153,9	
15. Dezember	1 287,1	6 383,9	384,8	4,1	2 156,3	84,8	81,1	3,7	243,3	197,7	
23. Dezember	1 310,7	6 464,0	416,6	2,9	2 125,3	8,1	4,4	3,7	304,2	267,1	
31. Dezember	1 367,8	6 497,3	466,6	1,0	2 786,4	198,5	194,8	3,7	241,4	211,9	
1954 7. Januar	1 367,8	6 608,3	425,2	— ³⁾	2 561,7	42,1	38,9	3,2	104,7	94,1	
15. Januar	1 365,2	6 691,6	437,1	—	2 186,4	23,6	20,4	3,2	135,9	100,2	
23. Januar	1 414,7	6 760,6	438,7	—	1 956,8	9,6	6,4	3,2	99,2	92,5	
31. Januar	1 429,4	6 816,9	459,3	—	1 893,2	6,2	3,0	3,2	88,6	72,5	
7. Februar	1 504,7	6 814,0	451,1	—	1 908,5	16,3	14,0	2,3	74,0	56,4	
15. Februar	1 507,0	6 928,3	423,9	—	1 774,7	2,5	0,5	2,0	119,7	91,8	
Stand	Passiva										
	Bank-noten-umlauf	Einlagen								von Spalte 25 entfallen	
		insgesamt (Spalte 26, 27, 29, 36 und 37)	Kredit-institute (einschließl. Postscheck- und Post-sparkassen-ämter)	Berliner Zentralbank		öffentlich-rechtlichen					
				insgesamt	darunter ERP-Sonder-konto	insgesamt	Bund und Bundes-verwal-tungen	Gegen-wert-konten des Bundes	Länder		
24	25	26	27	28	29	30	31	32			
1952 31. Dezember	10 508,7	4 998,5	2 896,3	93,4	12,9	1 747,0	29,0	692,3	102,0		
1953 31. Januar	10 341,8	3 800,5	1 934,1	37,5	12,3	1 580,4	25,9	692,1	64,0		
28. Februar	10 569,6	3 680,1	1 881,5	189,0	9,8	1 367,5	9,9	517,2	74,5		
31. März	10 611,2	3 881,3	1 888,9	217,4	6,2	1 525,8	33,4	503,3	131,3		
30. April	10 773,3	3 909,3	1 912,8	228,8	5,7	1 484,1	12,6	465,7	143,4		
31. Mai	10 756,7	4 099,3	2 145,8	209,5	5,5	1 473,0	13,1	442,3	78,2		
30. Juni	10 830,8	4 091,2	2 253,5	198,0	4,9	1 382,3	21,1	412,4	95,1		
31. Juli	11 040,0	3 989,0	2 159,5	171,3	4,3	1 406,8	13,6	460,9	103,1		
31. August	11 124,3	4 054,1	2 369,6	107,9	3,8	1 335,1	15,6	464,3	67,7		
30. September	11 277,3	3 831,8	2 254,4	112,7	3,7	1 221,2	15,6	454,3	71,4		
31. Oktober	11 372,2	3 736,4	2 232,1	192,1	1,8	1 085,3	11,6	321,5	84,2		
30. November	11 403,2	3 896,8	2 296,0	128,4	1,6	1 213,9	13,3	307,1	61,9		
7. Dezember	11 195,6	4 208,4	2 715,1	128,4	1,6	1 137,5	9,6	315,4	70,9		
15. Dezember	10 816,2	3 902,7	2 348,6	114,6	1,6	1 218,9	21,6	308,7	169,8		
23. Dezember	10 790,6	4 306,4	2 843,9	144,8	1,6	1 088,5	15,6	287,9	97,7		
31. Dezember	11 547,0	4 841,9	3 187,8	123,1	1,4	1 289,9	17,1	284,4	106,4		
1954 7. Januar	10 956,0	4 705,9	3 080,4	159,1	1,4	1 217,0	15,3	283,3	91,8		
15. Januar	10 596,4	3 898,4	2 380,9	153,8	1,4	1 124,9	24,6	281,3	135,6		
23. Januar	10 039,2	4 137,4	2 655,9	169,5	1,4	1 067,4	16,1	283,5	97,1		
31. Januar	11 258,7	3 691,4	2 230,6	85,3	1,4	1 136,9	16,0	282,1	80,3		
7. Februar	10 719,5	4 104,5	2 731,6	127,1	1,4	1 033,3	9,1	305,1	69,3		
15. Februar	10 342,2	3 883,8	2 383,9	142,7	1,4	1 130,6	17,9	302,1	148,5		

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen beruhen auf Abrundungen. — ¹⁾ Bis 15. 9. 1953 verpflichtung abgegebenen Ausgleichsforderungen. — ³⁾ Ab 7. 1. 1954 in Spalte 23.

Ausweise

Länder und der Landeszentralbanken *)

Mio DM

Aktiva												
Vorschüsse und kurzfristige Kredite				Wertpapiere	Ausgleichsforderungen und unverzinsl. Schuldverschreibungen			Kredit an Bund wegen Währungs-fonds und Welt-bank	Deutsche Scheide-münzen	Post-scheck-gut-haben	Schwe-bende Verrechn-ungen im Zentral-bank-system	sonstige Ver-mögens-werte
insgesamt	davon an				insgesamt	darunter Ausgleichsforderungen						
	Bund und Bundes-verwal-tungen	Länder	sonstige öffent-liche Stellen			aus der eig.Umstel-lung ²⁾	ange-kaufte ²⁾					
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
318,9	—	50,4	268,5	247,8	7 236,8	6 331,9	282,6	183,0	96,9	97,8	—	374,9
265,7	—	9,2	256,5	243,9	6 760,2	5 874,1	263,9	183,1	120,2	61,2	4,0	312,2
242,2	—	18,0	224,2	244,6	6 645,1	5 769,4	253,4	183,1	123,3	51,5	43,8	333,9
204,4	—	1,3	203,1	247,6	6 864,1	6 006,6	235,2	183,1	115,1	37,3	120,6	336,4
192,2	—	4,4	187,8	247,7	7 307,0	6 450,1	234,6	183,1	116,7	47,4	—	343,8
192,9	—	10,4	182,5	183,3	7 277,7	6 426,6	228,8	183,1	106,7	47,8	139,7	322,4
169,8	—	3,7	166,1	222,9	7 007,0	6 160,4	224,3	183,1	109,7	36,3	42,1	340,5
187,7	—	10,5	177,2	190,7	7 090,7	6 263,7	204,7	183,1	104,9	38,4	70,7	346,8
199,3	—	8,8	190,5	162,3	6 507,2	5 687,6	197,3	183,1	105,2	50,0	128,2	362,7
196,5	—	5,4	191,1	128,5	6 279,3	5 468,7	188,3	183,1	99,2	44,9	—	377,1
201,1	—	3,9	197,2	99,7	6 183,8	5 381,0	180,5	183,0	94,1	41,5	23,0	385,6
173,5	—	7,2	166,3	82,1	5 979,8	5 172,0	185,5	183,0	88,3	42,8	100,0	390,4
168,6	—	2,9	165,7	82,4	5 999,8	5 193,3	184,2	183,0	85,0	60,5	—	390,6
163,3	—	—	163,3	119,7	4 997,8	4 201,5	174,0	183,0	88,8	68,4	—	398,2
175,4	—	—	175,4	122,5	5 198,4	4 400,1	176,0	183,0	88,5	47,6	—	393,1
244,2	—	41,6	202,6	124,0	5 642,3	4 838,4	181,7	183,0	81,4	84,0	—	352,0
183,4	—	—	183,4	123,2	5 498,6	4 702,1	174,3	183,0	99,0	78,0	—	319,4
189,3	—	—	189,3	122,3	4 581,7	3 825,3	134,2	183,0	115,7	82,9	—	319,5
190,5	—	—	190,5	120,4	4 440,8	3 697,1	121,5	183,0	132,1	43,4	—	313,7
184,8	—	7,7	177,1	119,2	5 096,3	4 355,3	118,8	183,0	102,3	39,4	51,1	332,5
182,1	—	—	182,1	119,2	4 999,6	4 265,8	111,6	183,0	110,7	50,4	—	325,1
177,7	—	—	177,7	116,9	4 441,8	3 711,7	108,0	183,9	125,3	61,7	—	323,1

Passiva										
Einlagen					Verbind-lichkeiten aus dem Auslands-geschäft	Grundkapital der Bank deutscher Länder und der Landes-zentral-banken (abzüglich Beteiligung der LZB'en an der BdL = 100,0 Mill. DM)	Rücklagen und Rück-stellungen	Schwe-bende Verrechn-ungen im Zentral-bank-system	sonstige Verbind-lichkeiten	Bilanz-summe
auf Einlagen der Körperschaften			sonstigen inlän-dischen Einleger	auslän-dischen Einleger						
Ge-meinden und Ge-meinde-verbände	sonstige öffent-liche Körper-schaften	alliierte Dienst-stellen								
33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43
10,5	161,9	751,3	235,4	26,4	351,3	285,0	695,4	36,9	597,6	17 473,4
9,0	20,4	769,0	214,4	34,1	202,6	285,0	689,7	—	548,5	15 868,1
15,7	18,3	731,9	211,6	30,5	210,5	285,0	690,5	—	545,3	15 981,0
9,3	148,3	700,2	222,3	26,9	205,3	285,0	693,8	—	549,0	16 225,6
11,5	33,4	817,5	239,5	44,1	204,3	285,0	702,2	2,5	515,5	16 392,1
9,8	161,9	767,7	219,6	51,4	168,1	285,0	822,1	—	353,2	16 484,4
10,2	82,2	761,3	210,9	46,5	154,0	285,0	794,8	—	480,0	16 635,8
7,1	136,0	686,1	198,3	53,1	191,3	285,0	794,7	—	501,6	16 801,6
7,8	103,8	675,9	170,1	71,4	220,7	285,0	794,6	—	500,6	16 979,3
9,1	31,9	638,9	164,3	79,2	257,6	285,0	794,6	45,6	398,8	16 890,7
8,1	28,4	631,5	162,4	64,5	228,3	285,0	794,6	—	398,3	16 814,8
8,0	170,6	653,0	203,9	54,6	210,9	285,0	793,9	—	401,4	16 991,2
6,1	85,3	650,2	182,3	45,1	208,8	285,0	793,9	36,7	402,5	17 130,9
6,5	55,8	656,5	178,4	42,2	208,6	285,0	793,9	150,7	406,4	16 563,5
7,4	33,9	646,0	165,5	63,7	229,2	285,0	793,9	26,4	408,8	16 840,3
6,9	235,8	639,3	179,8	61,3	220,5	285,0	791,7	63,7	520,1	18 269,9
3,8	184,3	638,5	203,1	46,3	282,4	285,0	791,9	99,4	473,8	17 594,4
5,8	30,4	647,2	185,4	53,4	273,1	285,0	761,8	124,2	495,3	16 434,2
5,4	31,3	634,0	201,2	43,4	297,1	285,0	761,8	88,8	494,2	16 103,5
7,4	138,5	612,6	178,9	59,7	313,0	285,0	761,5	—	492,6	16 802,2
4,1	22,0	623,7	172,1	40,4	332,3	285,0	761,5	43,9	492,0	16 738,7
10,8	24,0	627,3	181,9	44,7	336,5	285,0	761,5	87,5	489,1	16 185,6

unter Kontrolle der Hohen Kommission. — ²⁾ Abgesetzt sind hier die vom Zentralbanksystem an öffentliche Stellen mit Rücknahme-

IV. Halbmonatliche¹⁾ Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)

Kreditvolumen und Einlagen *)

Repräsentativerhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 480 Kreditinstituten des Bundesgebiets
in Mio DM

a) Kreditvolumen (nur kurzfristige Kredite)

Stand	Kurzfristige Kredite an Nichtbanken												kurzfristige Kredite an Kreditinstitute insgesamt
	insgesamt	davon			Wirtschaft und Private	Spalte 1 gliedert sich in kurzfristige Kredite an							
		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselkredite, Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen		davon			Öffentl. rechtl. Körperschaften	davon			
		insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate	Wechselkredite	Debitoren		Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen	Wechselkredite		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1952													
31. 12.	13 417,5	6 863,7	983,4	6 553,8	12 619,6	6 709,9	983,4	5 909,7	797,9	153,8	619,3	24,8	1 929,6
1953													
31. 1.	13 769,9	7 234,6	972,8	6 535,3	12 934,0	7 137,9	972,8	5 796,1	835,9	96,7	714,8	24,4	1 992,1
28. 2.	13 994,2	7 412,1	944,1	6 582,1	13 105,9	7 318,9	944,1	5 787,0	888,3	93,2	769,0	26,1	2 029,7
31. 3.	14 011,7	7 299,7	860,8	6 712,0	13 156,1	7 198,7	860,8	5 957,4	855,6	101,0	724,5	30,1	2 167,9
30. 4.	14 151,1	7 306,3	835,3	6 844,8	13 199,9	7 204,8	835,3	5 995,1	951,2	101,5	813,9	35,8	2 174,4
31. 5.	14 291,9	7 342,9	775,5	6 949,0	13 254,0	7 256,5	775,5	5 997,5	1 037,9	86,4	910,6	40,9	2 202,6
30. 6.	14 445,5	7 350,0	722,9	7 095,5	13 303,1	7 261,4	722,9	6 041,7	1 142,4	88,6	1 008,6	45,2	2 248,5
31. 7.	14 539,5	7 303,3	713,2	7 236,2	13 336,9	7 212,7	713,2	6 124,2	1 202,6	90,6	1 067,7	44,3	2 168,7
31. 8.	14 735,6	7 465,8	738,9	7 269,8	13 448,3	7 376,8	738,9	6 071,5	1 287,3	89,0	1 158,1	40,2	2 122,6
30. 9.	15 038,7	7 885,2	786,6	7 153,5	13 787,0	7 783,4	786,6	6 003,6	1 251,7	101,8	1 109,1	40,8	2 183,1
31. 10.	14 833,1	7 897,4	800,5	6 935,7	13 764,9	7 792,2	800,5	5 972,7	1 068,2	105,2	928,6	34,4	1 978,7
30. 11.	14 893,7	7 998,4	806,0	6 895,3	13 854,7	7 903,5	806,0	5 951,2	1 039,0	94,9	914,7	29,4	1 972,5
31. 12.	15 121,9	7 823,8	821,4	7 298,1	14 242,5	7 721,7	821,4	6 520,8	879,4	102,1	750,5	26,8	2 016,3
1954													
15. 1.	15 464,5	8 226,2	816,7	7 238,3	14 371,7	8 122,8	816,7	6 248,9	1 092,8	103,4	960,2	29,2	1 983,6
31. 1.	15 442,4	8 125,6	831,5	7 316,8	14 290,9	8 022,5	831,5	6 268,4	1 151,5	103,1	1 018,7	29,7	1 959,3
15. 2.	15 391,7	8 206,3	813,2	7 185,4	14 277,6	8 100,0	813,2	6 177,6	1 114,1	106,3	976,6	31,2	1 918,1

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Bis Juli 1953 wurde die Erhebung wöchentlich durchgeführt.

b) Einlagen

Stand	Einlagen von Nichtbanken insgesamt	davon			Einlagen von Kreditinstituten insgesamt
		Sicht- und Termineinlagen		Spar-einlagen	
		von Wirtschaft und Privaten	von Öffentl. rechtl. Körperschaften		
		1	2	3	
1952					
31. 12.	17 717,5	9 974,7	3 864,8	3 878,0	3 940,4
1953					
31. 1.	17 997,9	9 925,2	3 999,7	4 073,0	4 052,9
28. 2.	18 368,9	9 958,5	4 201,7	4 208,7	4 468,6
31. 3.	18 660,2	9 982,9	4 349,9	4 327,4	4 507,0
30. 4.	19 389,2	10 592,6	4 333,0	4 463,6	4 831,2
31. 5.	19 912,6	10 735,4	4 602,2	4 575,0	5 083,0
30. 6.	20 223,8	10 567,3	4 951,4	4 705,1	4 963,0
31. 7.	20 769,9	11 013,0	4 938,3	4 818,6	5 092,1
31. 8.	21 047,7	11 096,1	5 000,7	4 950,9	5 212,6
30. 9.	21 319,0	11 153,4	5 092,8	5 072,8	4 985,9
31. 10.	21 269,5	11 426,2	4 580,8	5 262,5	5 133,7
30. 11.	21 557,7	11 381,4	4 736,1	5 440,2	5 491,1
31. 12.	22 408,4	11 493,8	4 923,9	5 990,7	5 173,8
1954					
15. 1.	22 499,0	11 123,0	5 168,2	6 207,8	5 323,9
31. 1.	22 724,3	11 273,6	5 078,7	6 371,9	5 767,8
15. 2.	23 042,2	11 289,7	5 168,2	6 584,3	5 541,2

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Bis Juli 1953 wurde die Erhebung wöchentlich durchgeführt.

(Bilanzstatistik)

Bundesgebiets
Bundesgebiet

und der Landeszentralbanken bei den Kreditinstituten des Bundesgebiets

Mio DM

Aktiva

papiere sortial- lungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva 8) 16)	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand 5)	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung ⁶⁾	ins- gesamt 7)	Wirt- schaft und Private	Öffent- lich- recht- liche Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	darunter						
									gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
325,2	56,8	5 707,3	6 000,4	13 335,8	11 494,1	673,1	1 168,6	11 162,3	6 396,1	2 246,6	2 267,1	229,3	776,0	1 340,8	1952 Dez.
548,0	54,8	5 718,2	.	13 918,4	12 130,9	622,6	1 164,9	11 409,4	6 586,0	2 287,9	2 338,9	235,7	797,8	1 137,9	1953 Jan.
539,0	58,5	5 732,4	.	14 253,7	12 443,6	621,6	1 188,5	11 669,0	6 720,7	2 383,7	2 370,4	239,6	810,1	1 173,8	Febr.
540,5	62,9	5 729,9	5 988,5	14 463,5	12 438,4	659,4	1 365,7	12 010,3	6 756,1	2 436,9	2 404,5	280,0	819,4	1 294,0	März
626,3	65,8	5 747,7	.	14 619,1	12 590,8	665,9	1 362,4	12 360,3	6 934,2	2 520,9	2 445,7	280,5	828,3	1 344,7	April
668,5	68,4	5 760,1	.	14 869,2	12 804,1	625,8	1 439,3	12 743,5	7 100,2	2 597,2	2 494,2	282,8	841,0	1 369,2	Mai ¹⁵⁾
700,2	66,6	5 759,5	6 002,6	15 112,9	12 956,7	607,6	1 548,6	13 102,6	7 270,9	2 684,5	2 566,1	286,0	852,3	1 350,5	Juni
728,5	65,0	5 754,0	.	15 361,1	13 043,8	614,4	1 702,9	13 575,3	7 519,3	2 801,2	2 560,5	288,5	868,3	1 374,9	Juli
784,8	70,3	5 757,7	.	15 320,5	13 269,8	634,8	1 415,9	14 199,9	7 794,4	2 902,2	2 644,4	291,0	881,1	1 358,2	Aug.
803,2	68,7	5 763,5	6 004,4	16 177,2	13 987,1	683,9	1 506,2	14 690,5	8 068,3	2 978,7	2 750,8	297,2	895,1	1 457,7	Sept.
787,9	75,4	5 772,6	.	16 494,4	14 136,9	750,5	1 607,0	15 163,0	8 343,5	3 070,3	2 867,4	299,0	911,2	1 469,0	Okt.
786,7	77,3	5 772,9	.	16 666,1	14 402,8	798,1	1 465,2	15 589,8	8 642,9	3 137,4	2 970,4	307,2	925,6	1 450,7	Nov.
772,7	64,7	5 788,3	6 015,1	16 592,4	14 260,2	770,8	1 561,4	16 164,6	9 003,8	3 250,5	3 096,4	334,5	950,9	1 742,6	Dez.
801,7	1954 Jan. P)

Passiva

eigene Akzente im Umlauf	eigene Schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	aufge- nommene lang- fristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Grund- oder Stammkapital bzw. Geschäfts- guthaben einschl. Rücklagen § 11 KWG		sonstige Passiva 12)	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) 13)				Verbind- lichkeiten aus Bürg- schaften u. a.	eigene Zie- hungen im Umlauf	Indossa- ments- verbind- lich- keiten	Stand am Mo- nats- ende
				ins- gesamt	darunter von neuge- grün- deten Instituten 11)		Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Kredit- institute (ohne Sp. 52)	Öffent- lich- recht- liche Körper- schaften	sonstige				
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
654,2	2 993,0	6 492,4	2 267,1	1 959,8	311,4	3 588,1	2 397,6	2 156,8	4 066,4	830,5	2 532,5	68,6	4 957,3	1952 Dez.
541,0	3 113,1	6 541,3	2 338,9	1 982,0	312,4	3 580,9	2 424,1	2 206,1	4 142,7	894,6	2 677,0	66,4	4 460,6	1953 Jan.
484,4	3 213,0	6 655,3	2 370,4	2 008,5	314,2	3 618,7	2 456,6	2 241,4	4 222,0	905,7	2 752,7	63,9	4 419,5	Febr.
435,8	3 328,8	6 827,2	2 404,5	2 089,0	351,8	3 623,6	2 492,4	2 310,2	4 369,9	911,3	2 830,8	66,3	4 395,2	März
413,0	3 442,3	7 029,5	2 445,7	2 143,2	352,4	3 778,9	2 519,9	2 372,5	4 526,7	944,0	2 874,2	65,7	3 937,9	April
373,6	3 540,5	7 146,0	2 494,2	2 268,2	354,4	3 824,2	2 566,1	2 438,5	4 527,5	1 002,7	2 898,0	66,7	3 779,6	Mai ¹⁵⁾
383,3	3 641,3	7 286,5	2 566,1	2 314,2	364,7	3 713,6	2 585,8	2 535,5	4 611,6	1 037,6	2 943,2	63,3	3 825,7	Juni
361,5	3 755,6	7 663,3	2 560,5	2 351,3	370,4	3 786,8	2 643,1	2 628,2	4 664,1	1 214,8	2 974,4	63,3	3 385,1	Juli
406,5	3 863,6	7 894,4	2 644,4	2 383,5	374,5	3 897,4	2 682,8	2 699,0	4 815,6	1 226,8	2 991,5	61,5	3 575,2	Aug.
456,2	3 974,7	8 047,0	2 750,8	2 401,8	374,5	3 926,8	2 720,8	2 768,2	4 983,2	1 252,7	2 995,4	57,5	3 653,5	Sept.
454,6	4 144,0	8 231,6	2 867,4	2 420,6	376,8	4 033,3	2 747,9	2 846,5	5 144,0	1 275,3	3 110,3	62,4	3 408,0	Okt.
463,8	4 319,1	8 355,8	2 970,4	2 446,6	379,5	4 123,1	2 756,2	2 939,8	5 307,3	1 271,4	3 145,5	60,6	3 402,1	Nov.
513,9	4 642,6	8 650,4	3 096,4	2 502,2	385,9	4 002,5	2 741,6	3 023,5	5 481,1	1 498,8	3 283,3	60,0	4 060,5	Dez.
...	4 846,7	1954 Jan. P)

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mio RM betrug. Der Anteil der nicht einbezogenen Kreditinstitute an der in den Tabellen ausgewiesenen Gesamt-Bilanzsumme ist sehr gering. — „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut ⁸⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁴⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁵⁾ Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichs- aus der RM-Zeit. — ⁶⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber ¹¹⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ¹²⁾ Einschließlich „Sonstige“ sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene, noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — ¹³⁾ Rückgang verursacht durch Verringerung der Zahl der denen Positionen statistisch bedingten Zuwachs durch Fortschritt der Umstellungsarbeiten (Bilanzsumme + 45 Mio DM). — ¹⁴⁾ Ab September 1952 ein- P) Vorläufig.

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-gut-haben	Guthaben bei Kreditinstituten 4)		Wäh-rungs- und DM-Gut-haben bei der BdL für ge-stellte Akkre-ditive	fällige Zins- und Di-viden-den-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unver-zinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili-
			ins-gesamt 3)	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	Handels-wechsel	Bank-akzente		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken															
1953															
Aug.	9	10 989,0	743,6	664,4	13,1	525,1	484,4	51,8	2,4	202,2	2 769,1	2 609,0	12,5	99,4	550,9
Sept.	9	10 997,4	659,4	577,6	12,7	484,5	444,4	65,3	2,0	172,2	2 605,6	2 544,3	3,8	83,1	572,1
Okt.	9	11 519,3	757,9	680,6	14,7	566,9	480,2	55,3	3,4	190,9	2 850,8	2 780,2	16,4	134,6	577,0
Nov.	9	11 609,1	697,2	607,4	12,4	733,2	574,3	45,8	2,1	214,7	2 735,8	2 664,8	13,4	110,3	606,0
Dez.	9	11 765,5	1 034,8	964,5	26,8	716,8	638,6	53,3	2,7	212,9	2 653,5	2 569,9	22,1	51,9	601,4
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
Aug.	80	7 219,3	401,3	341,2	10,4	550,4	459,9	15,7	0,4	57,0	1 171,3	1 087,5	30,8	92,2	327,6
Sept.	80	7 425,9	356,9	294,7	10,2	577,5	491,2	22,3	0,5	50,9	1 240,4	1 155,0	30,8	90,7	331,3
Okt.	80	7 477,6	354,3	297,4	10,1	557,0	478,0	17,3	0,6	50,3	1 263,8	1 179,2	29,7	72,1	328,9
Nov.	80	7 604,2	376,3	309,6	11,2	574,7	497,5	11,9	1,1	54,0	1 221,6	1 134,9	32,2	86,5	346,0
Dez.	80	7 982,0	604,0	528,8	25,2	561,6	483,7	14,4	7,4	90,8	1 358,8	1 250,4	60,9	77,2	350,2
Privatbankiers															
Aug.	209	2 082,2	113,4	100,1	2,6	123,0	114,9	25,2	0,1	15,9	353,6	330,0	5,9	5,7	136,6
Sept.	207	2 157,6	100,1	87,7	2,8	118,3	107,7	41,8	0,2	14,9	361,0	335,9	6,6	5,3	132,5
Okt.	205	2 226,0	118,0	105,5	2,6	160,7	147,8	31,1	0,3	15,2	368,1	344,7	5,3	6,2	130,7
Nov.	205	2 251,1	123,6	110,0	3,5	166,4	147,9	34,9	0,6	17,7	353,6	329,8	5,6	6,9	143,6
Dez.	205	2 377,5	176,9	161,9	4,8	212,3	195,0	33,6	0,2	25,0	395,4	370,6	7,6	9,3	148,4
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
Aug.	8	404,9	8,0	7,3	1,0	26,6	24,3	0,0	0,0	14,2	85,2	51,2	6,2	0,3	12,6
Sept.	8	416,0	7,4	6,6	1,1	24,0	20,7	0,1	0,1	13,2	88,0	54,9	7,5	0,0	13,6
Okt.	8	433,7	7,4	6,7	1,2	34,0	30,7	0,0	0,0	12,2	93,0	59,0	8,0	0,0	14,1
Nov.	8	442,7	10,0	9,2	0,7	28,2	26,9	0,1	0,0	13,8	97,3	62,5	8,8	0,1	14,1
Dez.	8	451,6	30,0	28,1	1,5	24,2	23,9	0,0	0,1	13,4	97,3	60,9	9,0	—	16,3
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
Aug.	738	2 558,4	177,2	133,1	7,1	236,4	215,5	0,0	0,0	24,2	192,1	166,8	—	2,1	26,4
Sept.	737	2 603,1	179,6	138,1	7,5	224,8	203,5	0,0	0,1	23,4	191,4	166,4	0,0	2,0	26,8
Okt.	737	2 653,8	164,6	124,4	8,3	231,5	203,9	—	0,0	24,2	193,0	164,7	0,0	2,0	27,9
Nov.	735	2 732,1	174,0	128,9	8,3	237,5	210,2	—	0,0	25,4	198,4	169,5	—	1,8	29,3
Dez.	734	2 761,3	201,2	152,1	11,5	215,4	191,2	—	0,1	29,5	212,1	186,4	0,5	1,8	31,8
Ländliche Zentralkassen															
Aug.	16	889,3	66,4	62,2	1,6	17,9	17,9	0,0	0,0	6,6	108,2	97,7	3,1	—	13,7
Sept.	16	946,3	67,9	63,2	1,5	21,4	18,9	—	0,0	6,2	103,1	95,1	1,5	—	14,2
Okt.	16	965,4	67,9	63,5	1,6	48,4	45,9	—	0,0	7,1	131,5	124,2	1,7	—	14,0
Nov.	16	998,1	92,9	88,1	1,8	32,0	29,5	0,0	0,0	7,4	149,1	142,8	2,1	0,0	14,5
Dez.	16	1 015,5	137,3	131,8	5,5	15,1	12,6	0,0	0,0	10,3	123,2	119,0	1,8	0,0	16,0
Ländliche Kreditgenossenschaften (Teilerhebung) 9)															
Aug.	1 631	1 487,1	62,0	31,1	6,0	147,0	147,0	—	—	12,2	52,7	48,9	0,1	—	5,4
Sept.	1 631	1 521,1	63,0	32,7	5,9	157,0	157,0	—	—	11,9	52,7	48,9	0,1	—	5,8
Okt.	1 631	1 560,0	61,9	31,5	6,4	170,3	170,3	—	—	12,9	54,6	51,0	0,1	—	5,9
Nov.	1 631	1 585,9	63,0	31,8	6,2	171,3	171,3	—	—	12,8	54,3	50,7	0,1	—	6,1
Dez.	1 631	1 623,2	70,6	35,8	8,4	168,7	168,7	—	—	13,1	57,2	52,7	0,3	—	6,1

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Zentrale. Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten. Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — forderungen. — 6) Der Bestand an Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsrechnung fällt nur zum Quartalsultimo an. — 7) Kurz- und mittelfristige Aus-niederlassungen außerhalb des Landes. — 8) Angaben für alle ländlichen Kreditgenossenschaften s. Tabelle V 2. — 9) Ab September 1952 einschließlich

Bankengruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Kreditinstituten des Bundesgebiets

Mio DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ^{8) 10)}	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung ⁶⁾	ins- gesamt	Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	darunter						
									gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
darunter Anleihen und ver- zinsliche Schatzan- weisungen des Bundes und der Länder															
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken															
1953															
122,9	—	784,5	.	3 993,6	3 775,5	22,1	196,0	754,1	22,3	6,5	107,1	47,4	198,1	146,6	Aug.
130,0	—	784,3	808,5	4 246,4	4 029,9	22,6	193,9	787,9	20,5	6,4	114,5	48,5	199,0	159,9	Sept.
117,5	—	784,9	.	4 251,1	4 026,3	23,6	201,2	820,0	20,9	6,3	120,3	49,9	200,3	141,3	Okt.
122,1	—	783,6	.	4 307,0	4 083,2	26,2	197,6	841,2	21,6	6,4	122,8	53,8	201,6	141,6	Nov.
129,1	—	780,0	803,8	4 261,2	3 998,1	22,5	240,6	842,5	7,2	6,2	123,2	57,2	205,0	142,3	Dez.
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
131,4	16,9	548,6	.	2 549,9	2 390,3	59,2	100,4	1 030,6	537,9	53,2	112,0	55,3	128,9	150,8	Aug.
130,7	14,7	548,8	575,4	2 651,4	2 499,4	46,6	105,4	1 069,2	556,3	53,6	117,2	58,8	130,2	154,9	Sept.
116,6	18,2	549,6	.	2 689,0	2 535,9	47,2	105,9	1 091,3	572,4	56,2	121,3	58,8	133,1	161,9	Okt.
116,1	18,1	548,8	.	2 752,6	2 546,4	81,9	124,3	1 109,8	589,0	57,3	120,9	62,7	134,6	173,4	Nov.
113,4	11,4	549,1	573,9	2 683,8	2 462,5	97,2	124,1	1 162,2	632,1	57,3	118,0	63,2	134,0	170,7	Dez.
Privatbankiers															
37,4	—	69,5	.	927,0	899,7	0,3	27,0	116,4	9,4	2,1	74,1	34,9	33,8	50,4	Aug.
35,4	—	69,8	73,1	986,1	954,6	0,3	31,2	118,1	9,9	2,1	82,9	35,8	34,6	53,4	Sept.
33,6	—	70,2	.	979,2	951,4	0,3	27,5	144,5	8,5	2,1	74,2	37,7	36,2	51,1	Okt.
33,4	—	69,1	.	989,4	961,1	0,3	28,0	141,8	8,6	2,1	73,0	37,9	36,7	52,4	Nov.
34,3	—	68,7	72,5	950,2	918,2	0,3	31,7	142,3	8,5	2,1	75,1	38,9	38,4	58,0	Dez.
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
7,5	—	7,4	.	148,0	20,6	—	127,4	55,0	9,9	0,5	3,2	2,0	2,6	38,8	Aug.
8,1	—	7,4	7,5	158,7	21,3	0,2	137,2	56,4	9,6	0,5	3,3	2,0	2,6	38,1	Sept.
8,0	—	7,4	.	154,3	22,5	0,2	131,6	58,1	10,0	0,7	3,3	2,0	2,7	44,0	Okt.
8,0	—	7,4	.	160,4	24,6	0,1	135,7	59,2	10,5	0,5	3,4	2,0	2,7	43,3	Nov.
4,9	—	7,4	7,5	157,8	23,3	0,1	134,4	59,8	11,2	0,5	3,8	2,1	3,1	34,8	Dez.
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
6,8	—	376,3	.	1 136,0	1 122,5	5,7	7,8	132,8	76,9	8,8	86,2	10,3	64,8	86,5	Aug.
6,6	—	376,3	386,2	1 175,7	1 162,8	5,4	7,5	139,6	81,9	9,2	89,3	10,6	65,7	90,3	Sept.
7,2	—	376,3	.	1 209,4	1 195,7	6,1	7,6	147,5	86,7	9,4	94,1	10,5	67,1	97,4	Okt.
6,6	—	376,5	.	1 248,6	1 234,9	5,8	7,9	152,6	91,2	9,7	98,7	10,5	68,5	102,0	Nov.
7,8	—	376,7	386,0	1 222,9	1 209,4	6,0	7,5	159,7	96,4	10,2	102,9	11,4	70,5	113,8	Dez.
Ländliche Zentralkassen															
4,8	—	55,3	.	434,7	221,5	—	213,2	122,4	15,0	2,7	5,7	4,4	19,1	33,3	Aug.
4,3	—	55,3	49,3	480,4	276,6	0,1	203,7	125,4	15,6	2,9	6,2	4,4	19,7	40,6	Sept.
4,3	—	55,4	.	444,3	244,7	0,1	199,5	128,1	16,3	2,9	6,6	4,4	20,4	35,7	Okt.
4,8	—	55,5	.	445,9	255,3	0,2	190,4	128,4	16,9	3,0	7,8	4,4	20,6	37,8	Nov.
5,0	—	53,1	49,3	451,7	267,2	0,2	184,3	129,3	15,9	2,7	8,6	4,5	21,8	39,1	Dez.
Ländliche Kreditgenossenschaften (Teilerhebung)⁹⁾															
2,2	—	367,5	.	597,0	596,7	—	0,3	92,7	—	—	31,2	17,2	42,5	53,7	Aug.
2,1	—	367,5	379,5	611,3	610,7	—	0,6	95,2	—	—	32,9	17,4	43,7	56,8	Sept.
1,9	—	368,0	.	624,5	623,2	—	1,3	98,3	—	—	34,3	17,4	45,3	60,2	Okt.
1,5	—	367,7	.	637,6	637,3	—	0,3	100,2	—	—	34,9	17,6	46,4	67,8	Nov.
1,9	—	368,1	379,8	643,0	642,5	—	0,5	104,6	—	—	36,3	18,2	48,0	80,9	Dez.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mio RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁴⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁵⁾ Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichsleihen (bis zu 4 Jahren). — ⁸⁾ Einschließlich Kapitalwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Deckungsforderungen gemäß § 11 WAG und ab November 1953 auch einschließlich Deckungsforderungen nach § 19 des Altsparkengesetzes.

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 3)								aufgenommene Gelder 4)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:						Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter	
					Sicht- und Termineinlagen			Spareinlagen					für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 5)
					insgesamt	davon		insgesamt	darunter steuerbegünstigte Spareinlagen					
						Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften							
31.	32.	33.	34.	35.	36.	37.	38.	39.	40.	41.	42.	43.	44.	
Kreditbanken, Aufgliederung:														
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken														
1953														
Aug.	9	10 989,0	8 810,4	7 239,8	6 541,5	5 840,5	5,6	701,0	698,3	281,4	1 570,6	338,8	25,0	33,5
Sept.	9	10 997,4	8 822,7	7 335,6	6 625,3	5 943,1	.	682,2	710,3	282,5	1 487,1	334,5	28,1	44,7
Okt.	9	11 519,3	9 258,8	7 640,5	6 911,7	6 151,5	.	760,2	728,8	286,5	1 618,3	343,7	17,0	42,2
Nov.	9	11 609,1	9 320,2	7 623,7	6 878,2	6 115,2	5,5	763,0	745,5	292,6	1 696,5	355,1	14,2	35,3
Dez.	9	11 765,5	9 565,0	7 707,1	6 799,3	6 015,5	.	783,8	907,8	430,8	1 857,9	315,5	14,2	37,2
Staats-, Regional- und Lokalbanken														
Aug.	80	7 219,3	5 012,8	4 063,0	3 561,9	2 441,6	12,9	1 120,3	501,1	96,1	949,8	246,1	95,1	5,0
Sept.	80	7 425,9	5 122,9	4 132,9	3 617,5	2 478,4	.	1 139,1	515,4	98,1	990,0	275,7	108,2	4,7
Okt.	80	7 477,6	5 153,1	4 102,8	3 566,7	2 526,4	.	1 040,3	536,1	98,8	1 050,3	256,0	108,7	5,0
Nov.	80	7 604,2	5 194,2	4 118,8	3 564,1	2 503,7	12,6	1 060,4	554,7	101,7	1 075,4	277,5	109,3	7,6
Dez.	80	7 982,0	5 489,6	4 413,8	3 785,1	2 659,6	.	1 125,5	628,7	152,5	1 075,8	306,8	113,9	9,2
Privatbankiers														
Aug.	209	2 082,2	1 367,4	1 159,3	1 069,9	1 035,8	3,4	34,1	89,4	30,2	208,1	124,6	7,5	7,1
Sept.	207	2 157,6	1 389,4	1 183,8	1 093,1	1 058,2	.	34,9	90,7	29,6	205,6	140,7	8,0	5,9
Okt.	205	2 226,0	1 465,5	1 243,9	1 151,0	1 114,6	.	36,4	92,9	30,1	221,6	139,0	8,9	10,6
Nov.	205	2 251,1	1 478,0	1 234,9	1 138,8	1 100,7	3,3	38,1	96,1	30,4	243,1	141,7	9,1	9,3
Dez.	205	2 377,5	1 611,4	1 320,6	1 204,5	1 165,9	.	38,6	116,1	45,8	290,8	142,6	10,7	11,0
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:														
Gewerbliche Zentralkassen														
Aug.	8	404,9	280,0	60,5	60,3	54,5	0,1	5,8	0,2	0,0	219,5	22,0	0,9	—
Sept.	8	416,0	275,6	61,4	61,2	55,5	.	5,7	0,2	0,0	214,2	37,1	1,0	—
Okt.	8	433,7	298,0	59,7	59,5	53,4	.	6,1	0,2	0,0	238,3	25,1	0,9	—
Nov.	8	442,7	305,8	65,5	65,3	55,9	0,2	9,4	0,2	0,1	240,3	25,5	1,3	—
Dez.	8	451,6	291,4	77,0	75,8	66,6	.	9,2	1,2	0,1	214,4	62,7	1,1	—
Gewerbliche Kreditgenossenschaften														
Aug.	738	2 558,4	1 849,5	1 805,0	1 052,1	981,2	22,5	70,9	752,9	93,8	44,5	160,3	34,8	—
Sept.	737	2 603,1	1 867,1	1 822,1	1 047,3	980,6	.	66,7	774,8	94,8	45,0	173,3	34,9	—
Okt.	737	2 653,8	1 897,2	1 849,2	1 050,2	977,2	.	73,0	799,0	98,2	48,0	166,5	35,2	—
Nov.	735	2 732,1	1 944,7	1 894,4	1 072,3	993,5	22,0	78,8	822,1	100,7	50,3	184,9	37,0	—
Dez.	734	2 761,3	1 970,8	1 919,3	1 039,1	962,0	.	77,1	880,2	137,1	51,5	177,2	46,7	—
Ländliche Zentralkassen														
Aug.	16	889,3	447,6	151,2	130,5	107,0	1,3	23,5	20,7	1,7	296,4	137,9	30,2	—
Sept.	16	946,3	466,3	142,9	121,8	98,3	.	23,5	21,1	1,7	323,4	145,4	31,5	—
Okt.	16	965,4	500,0	142,3	120,1	95,9	.	24,2	22,2	1,8	357,7	123,1	31,2	—
Nov.	16	998,1	523,5	144,7	121,7	96,2	1,2	25,5	23,0	1,8	378,8	127,0	32,6	—
Dez.	16	1 015,5	553,0	162,3	138,7	111,1	.	27,6	23,6	2,2	390,7	115,3	27,9	—
Ländliche Kreditgenossenschaften (Teilerhebung) 6)														
Aug.	1 631	1 487,1	1 158,0	1 154,4	516,3	516,3	25,6	—	638,1	38,1	3,6	99,5	—	—
Sept.	1 631	1 521,1	1 189,4	1 185,5	529,8	529,8	.	—	655,7	37,6	3,9	100,1	—	—
Okt.	1 631	1 560,0	1 227,7	1 223,6	537,9	537,9	.	—	685,7	39,8	4,1	97,2	—	—
Nov.	1 631	1 585,9	1 251,9	1 247,9	539,8	539,8	25,7	—	708,1	41,3	4,0	97,7	—	—
Dez.	1 631	1 623,2	1 279,9	1 276,2	518,7	518,7	.	—	757,5	55,9	3,7	96,9	—	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Zentrale. Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — schließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — 5) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 6) Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsberichtigungen und Bilanzgleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — 8) Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthal-

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Kreditinstituten des Bundesgebiets

Mio DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Grund- oder Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben einschl. Rücklagen § 11 KWG		sonstige Passiva ⁷⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ⁸⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter von neu gegründeten Instituten ⁹⁾		Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
Kreditbanken, Aufgliederung:														
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken														
19,5	—	568,1	107,1	399,0	—	746,1	455,4	178,7	54,3	14,2	1 231,6	2,4	561,1	Aug.
22,4	—	577,3	114,5	399,0	—	727,0	467,1	187,2	54,6	15,1	1 209,4	2,1	690,2	Sept.
27,2	—	595,7	120,3	399,0	—	774,6	473,2	191,6	54,4	15,1	1 222,4	1,6	465,1	Okt.
18,5	—	599,8	122,8	399,0	—	793,7	475,0	192,4	54,0	16,2	1 207,7	0,9	569,8	Nov.
30,3	—	605,6	123,2	399,0	—	726,9	470,2	196,3	52,7	24,5	1 259,4	0,7	1 027,2	Dez.
Staats-, Regional- und Lokalbanken														
103,9	519,3	527,5	112,0	241,1	33,3	456,6	285,2	206,0	138,6	107,1	419,1	2,6	523,4	Aug.
102,3	535,6	543,1	117,2	247,5	33,3	481,6	286,0	207,6	165,0	114,2	406,4	2,0	443,4	Sept.
94,2	558,6	559,5	121,3	257,7	35,5	477,2	288,7	213,1	171,2	121,9	426,1	1,6	417,4	Okt.
108,2	585,6	564,5	120,9	262,8	36,5	490,5	286,3	220,4	176,3	118,9	454,0	2,2	445,9	Nov.
135,9	626,5	579,6	118,0	274,0	36,6	451,6	283,4	228,0	182,3	122,6	458,2	2,4	509,3	Dez.
Privatbankiers														
138,3	—	85,6	74,1	120,9	3,7	171,3	43,6	69,7	17,3	37,0	243,3	1,6	423,7	Aug.
162,7	—	85,9	82,9	121,3	3,7	174,7	43,4	68,4	18,5	46,7	243,4	1,7	418,3	Sept.
154,8	—	87,6	74,2	123,0	3,8	181,9	42,6	74,8	18,4	35,2	272,9	2,9	399,7	Okt.
157,4	—	88,5	73,0	129,6	3,8	182,9	42,8	76,6	18,6	32,9	294,7	3,3	424,2	Nov.
146,5	—	88,6	75,1	138,3	3,8	175,0	41,3	76,9	19,7	36,6	285,7	2,9	477,1	Dez.
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:														
Gewerbliche Zentralkassen														
0,1	—	56,7	3,2	13,0	—	29,9	5,0	55,1	0,6	0,5	56,1	0,3	122,9	Aug.
0,2	—	57,9	3,3	13,0	—	28,9	5,0	56,6	0,7	0,4	57,0	0,1	120,7	Sept.
0,2	—	59,4	3,3	13,2	—	34,5	5,0	57,8	1,1	0,5	56,9	0,0	119,4	Okt.
0,2	—	60,2	3,4	13,9	—	33,7	5,1	59,1	1,2	0,5	57,5	0,1	108,9	Nov.
—	—	61,0	3,8	12,1	—	20,6	4,9	60,8	1,2	0,7	58,9	0,3	113,6	Dez.
Gewerbliche Kreditgenossenschaften														
21,1	7,4	103,9	86,2	184,7	1,5	145,3	5,1	147,7	16,5	56,7	79,6	33,7	247,7	Aug.
23,3	7,4	106,3	89,3	187,0	1,6	149,4	5,2	152,4	15,5	58,2	81,5	31,6	252,0	Sept.
25,1	7,8	109,1	94,1	189,0	1,6	165,0	5,4	158,9	17,3	57,8	79,7	32,1	263,1	Okt.
24,8	8,2	111,3	98,7	192,5	1,6	167,0	5,3	166,7	17,7	58,1	78,2	33,0	258,6	Nov.
30,4	8,5	111,8	102,9	198,9	1,7	160,8	5,3	171,0	18,2	67,7	81,1	35,8	253,7	Dez.
Ländliche Zentralkassen														
61,1	0,4	110,6	5,7	66,8	—	59,2	2,3	127,3	6,6	10,5	123,8	5,4	199,0	Aug.
86,0	0,4	112,0	6,2	66,9	—	63,1	2,4	129,9	6,7	10,8	145,6	5,3	182,7	Sept.
91,7	0,4	114,5	6,6	67,3	—	61,8	2,4	131,2	6,6	12,3	164,6	5,3	149,0	Okt.
88,5	0,4	116,1	7,8	67,8	—	67,0	2,5	134,7	7,6	12,1	173,1	3,2	126,3	Nov.
87,3	0,4	117,1	8,6	68,4	—	65,4	2,2	132,8	8,0	10,9	177,3	6,3	153,4	Dez.
Ländliche Kreditgenossenschaften (Teilerhebung) ⁹⁾														
16,7	—	42,3	31,2	86,0	0,1	53,4	11,8	3,5	44,3	Aug.
13,6	—	43,4	32,9	87,7	0,1	54,0	11,6	2,9	39,0	Sept.
11,5	—	44,8	34,3	89,5	0,1	55,0	11,7	3,1	36,6	Okt.
11,2	—	43,9	34,9	90,9	0,1	55,4	10,9	3,4	34,8	Nov.
11,1	—	45,4	36,3	94,7	0,1	58,9	11,6	4,6	35,5	Dez.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mio RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige. — ³⁾ Auch die Einlagen auf Festkonto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 41 mit enthalten. — ⁴⁾ Einrichtungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ⁷⁾ Einschließlich „Sonstiger Rücklagen, Rückstellungen und Wertene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — ⁹⁾ Angaben für alle ländlichen Kreditgenossenschaften siehe Tabelle V 2.

noch: 1. Kreditinstitute des Bundesgebiets
Monatliche Bankenstatistik *)¹⁾; Gesamterhebung der Bank deutscher Länder
und der Landeszentralbanken bei den Kreditinstituten des Bundesgebiets
in Mio DM

**b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet
(ohne Spareinlagen)**

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)						die Spalten 4 und 6 ²⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von: ³⁾							
	insgesamt	davon					1 Monat und weniger als 3 Monaten bzw. 30 bis 89 Tagen		3 Monaten und weniger als 6 Monaten bzw. 90 bis 179 Tagen		6 Monaten und weniger als 12 Monaten bzw. 180 bis 359 Tagen		12 Monaten und darüber bzw. 360 Tagen und darüber (einschl. Anlagekonten)	
		Sichteinlagen ⁴⁾		befristete Einlagen			Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften
		Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	insgesamt								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1952														
Aug.	17 652,1	8 988,7	1 470,8	4 367,9	243,1	2 824,7	1 533,5	1 016,4	1 315,3	727,8	757,6	586,2	746,8	494,3
Sept.	17 872,1	8 977,6	1 504,1	4 408,7	.	2 981,7
Okt.	18 192,5	9 179,0	1 370,8	4 593,4	.	3 049,3
Nov.	18 402,9	9 216,7	1 432,7	4 598,6	235,8	3 154,9	1 558,2	1 066,8	1 490,8	879,9	725,1	650,1	808,9	558,1
Dez.	18 792,6	9 458,5	1 586,2	4 593,2	.	3 154,7
1953														
Jan.	18 747,6	8 888,7	1 447,7	5 002,4	.	3 408,8
Febr.	19 061,7	8 826,3	1 509,7	5 117,6	225,6	3 608,1	1 658,1	1 205,8	1 667,1	975,4	914,8	794,0	858,8	632,9
März	19 268,2	8 874,8	1 552,7	5 126,7	.	3 714,0
April	19 995,8	9 332,0	1 463,4	5 436,1	.	3 764,3
Mal	20 596,2	9 556,5	1 574,5	5 485,7	222,0	3 979,5	1 577,4	1 183,3	1 864,7	1 046,1	1 098,0	1 083,7	926,6	666,4
Juni	20 753,9	9 577,1	1 743,9	5 272,7	.	4 160,2
Juli	21 239,9	9 711,9	1 580,1	5 674,9	.	4 273,0
Aug.	21 613,8	9 835,6	1 605,5	5 775,5	220,4	4 397,2	1 491,8	1 074,6	1 775,4	1 093,5	1 480,2	1 371,5	1 009,3	857,6
Sept.	21 796,3	9 883,0	1 656,1	5 838,4	.	4 418,8
Okt.	21 559,6	10 082,2	1 333,1	5 971,3	.	4 173,0
Nov.	21 797,3	10 208,2	1 528,6	5 830,9	216,1	4 229,6	1 314,3	1 039,5	1 581,9	1 013,4	1 708,5	1 196,2	1 207,6	980,5
Dez.	21 896,4	10 388,6	1 578,3	5 572,8	.	4 356,7
1954														
Januar p)	21 694,0	10 047,6	1 358,0	5 605,8	.	4 682,6

¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ²⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter sind nicht einbezogen (abgesehen von geringfügigen Ausnahmen) die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mio RM betrug. Der Anteil der nicht einbezogenen Kreditinstitute an der in den Tabellen ausgewiesenen Gesamt-Bilanzsumme ist sehr gering. — ³⁾ Ohne die in den Spalten 1 und 4 enthaltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 14 nicht vorliegt. — ⁴⁾ Die Aufgliederung der befristeten Einlagen (Sp. 7 bis 14) fällt nur in Vierteljahresabständen an. — ⁵⁾ Als Sichteinlagen gelten täglich fällige und solche Einlagen, für die eine Kündigungsfrist von weniger als einem Monat oder eine Laufzeit von weniger als 30 Tagen vereinbart ist. — p) Vorläufig.

c) Gliederung der Einlagen nach Ländern¹⁾*)

Stand: Ende Dezember 1953

Land ²⁾	Einlagen (einschließlich Anlagekonten) ³⁾												
	mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen (Sp. 1) gliedern sich in:										
			Wirtschaft und Private			Öffentlich-rechtliche Körperschaften			Kreditinstitute			Spareinlagen	
			insgesamt	Sichteinlagen	befristete Einlagen	insgesamt	Sichteinlagen	befristete Einlagen	insgesamt	Sichteinlagen	befristete Einlagen	insgesamt	darunter steuerbegünstigte Spareinlagen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Baden-Württemberg	5 598,9	4 837,5	2 080,9	1 447,6	633,3	1 041,0	187,0	854,0	761,4	264,6	496,8	1 715,6	188,7
Bayern	6 045,1	5 049,6	2 321,7	1 537,3	784,4	885,3	248,6	636,7	995,5	395,2	600,3	1 842,6	165,8
Bremen	813,1	640,7	379,6	265,2	114,4	92,7	28,0	64,7	172,4	60,2	112,2	168,4	43,8
Hamburg	3 174,8	2 542,8	1 650,7	947,9	702,8	411,3	33,5	377,8	632,0	305,0	327,0	480,8	151,0
Hessen	4 123,3	3 190,7	1 685,1	1 002,5	682,6	593,5	133,9	459,6	932,6	417,9	514,7	912,1	115,0
Niedersachsen	3 379,8	2 990,4	1 280,9	973,9	307,0	446,8	123,6	323,2	389,4	149,9	239,5	1 262,7	147,3
Nordrhein-Westfalen	12 578,7	10 790,2	5 458,6	3 411,2	2 047,4	1 995,8	618,0	1 377,8	1 788,5	820,1	968,4	3 335,8	596,3
Rheinland-Pfalz	1 565,9	1 390,4	548,0	387,0	161,0	225,1	66,7	158,4	175,5	77,3	98,2	617,3	56,6
Schleswig-Holstein	954,9	876,1	394,9	308,6	86,3	144,5	65,3	79,2	78,8	45,0	33,8	336,7	50,2
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben	487,1	260,6	160,9	107,3	53,6	99,0	73,6	25,4	226,5	186,1	40,4	0,7	0,6
Bundesgebiet	38 721,6	32 569,1	15 961,4	10 388,6	5 572,8	5 935,0	1 578,3	4 356,7	6 152,5	2 721,2	3 431,3	10 672,7	1 515,2

¹⁾ Siehe die entsprechende Anmerkung der vorstehenden Tabelle b). — ²⁾ Bei der Aufgliederung nach Ländern sind die Einlagen der in den einzelnen Ländern gelegenen Großbankfilialen in die regionalen Ergebnisse einbezogen. — ³⁾ Auch die Einlagen auf Festkonto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 1–12 mit enthalten.

noch: 1. Kreditinstitute des Bundesgebiets
 Monatliche Bankenstatistik *)¹⁾; Gesamterhebung der Bank deutscher Länder
 und der Landeszentralbanken bei den Kreditinstituten des Bundesgebiets
 in Mio DM

V. Monatliche Bankenstatistik
 (Bilanzstatistik)

d) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Kreditinstituten (Postsparkasse s. Tabelle V 4 b)

Stand	Spar- einlagen- bestand am Monats- anfang	Gutschriften				Last- schriften 2)	Saldo der Gut- und Last- schriften 3)	Zinsen	Sonstige Verände- rungen (z. B. Um- stellung, Um- buchung, Zu- bzw. Abgang von Instituten usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende			
		insgesamt	darunter		insgesamt					darunter			
			Entschä- digungs- gutschrif- ten für Alt- sparer- Guthaben	Aus- gleichs- gutschrif- ten für Spar- guthaben Ver- triebener						steuer- begün- stigte Sparein- lagen	Entschä- digungs- guthaben von Alt- sparern	Ausgleichs- guthaben für Spargut- haben Ver- triebener	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
1952													
Aug.	5 866,5	427,1	—	—	286,0	+ 141,1	0,1	+ 0,7	6 008,5	628,9	—	—	
Sept.	6 008,5	456,9	—	0,7	297,2	+ 159,7	0,2	+ 0,9	6 169,3	637,4	—	0,9	
Okt.	6 169,3	533,3	—	2,4	317,8	+ 215,5	0,3	+ 11,6 ⁴⁾	6 396,7	646,6	—	4,7	
Nov.	6 396,7	460,9	—	5,5	290,6	+ 170,3	0,9	+ 4,6 ⁵⁾	6 572,5	666,1	—	10,4	
Dez.	6 572,5	884,0	—	22,1	508,2	+ 375,8	122,2	+ 6,0	7 076,5	964,8	—	32,1	
1953													
Jan.	7 076,5	674,3	—	13,2	416,0	+ 258,3	38,6	+ 2,0	7 375,4	945,4	—	45,7	
Febr.	7 375,4	518,1	—	17,5	295,7	+ 222,4	11,3	+ 0,6	7 609,7	950,8	—	63,6	
März	7 609,7	585,6	—	30,5	395,1	+ 190,5	3,7	+ 1,0	7 804,9	950,9	—	94,4	
April	7 804,9	632,0	—	59,3	399,5	+ 232,5	1,8	+ 0,8	8 040,0	970,1	—	142,7	
Mai	8 040,0	598,1	—	43,9	403,5	+ 194,6	1,6	+ 0,2	8 236,4	987,3	—	142,6	
Juni	8 236,4	654,0	—	28,4	436,1	+ 217,9	1,3	— 0,9	8 454,7	1 020,1	—	154,9	
Juli	8 454,7	674,2	—	20,4	475,8	+ 198,4	0,9	+ 0,0	8 654,0	1 006,9	—	169,8	
Aug.	8 654,0	629,9	—	21,7	399,8	+ 230,1	0,6	+ 2,4	8 887,1	1 020,6	—	153,6	
Sept.	8 887,1	665,1	—	17,3	448,4	+ 216,7	0,6	+ 2,1	9 106,5	1 035,2	—	133,9	
Okt.	9 106,5	782,3	17,2	18,0	442,5	+ 339,8	0,8	+ 2,4	9 449,5	1 062,2	21,3	136,3	
Nov.	9 449,5	773,4	58,1	26,8	460,3	+ 313,1	2,2	+ 0,9	9 765,7	1 094,3	80,5	78,0	
Dez.	9 765,7	1 581,2	229,9	17,0	860,3	+ 720,9	189,4	— 3,3	10 672,7	1 515,2	322,5	11,2	
1954													
Jan. p)	10 672,7	1 199,9	157,6	10,0	547,9	+ 652,0	11 399,5	1 539,8	469,7	11,7	

*)¹⁾ Siehe die entsprechenden Anmerkungen der nebenstehenden Tabelle b). — ²⁾ Einschl. der nicht gesondert erfaßbaren Lastschriften auf Konten von Vertriebenen- und Altsparenern. — ³⁾ Der Saldo der echten Sparkapitalneubildung läßt sich nicht exakt ermitteln; zwar können die Gutschriften für Vertriebenen- und Altsparguthaben von der Gesamtsumme der Gutschriften abgesetzt werden, nicht jedoch die entsprechenden Lastschriften von der Gesamtsumme aller Abhebungen. — ⁴⁾ Enthält 10 Mio DM Umbuchung eines Instituts. — ⁵⁾ Darin enthalten 3 Mio DM Umbuchung einer Sparkasse. — p) Vorläufig.

2. Ländliche Kreditgenossenschaften im Bundesgebiet (Gesamterhebung)¹⁾

in Mio DM

Stand	Zahl der Institute ²⁾	Kredite				Einlagen		
		insgesamt	Debitoren ³⁾	Wechsel- kredite	langfr. Kredite	insgesamt	Sicht- und Termin- einlagen	Spar- einlagen
1950 30. 6.	11 205	603,6	460,6	65,8	77,2	1 147,3	497,8	649,5
30. 9.	11 210	651,0	490,6	69,3	91,1	1 171,7	531,8	639,9
31. 12.	11 214	654,9	479,8	71,7	103,4	1 199,0	536,8	662,2
1951 31. 3.	11 214	690,9	508,3	68,5	114,1	1 141,4	501,6	639,8
30. 6.	11 211	698,2	530,6	73,1	94,5	1 170,6	552,9	617,7
30. 9.	11 207	682,9	522,6	66,0	94,3	1 312,8	664,3	648,5
31. 12.	11 199	685,4	532,7	64,8	87,9	1 403,4	695,3	708,1
1952 31. 3.	11 195	803,2	624,7	88,5	90,0	1 473,7	699,0	774,7
30. 6.	11 185	910,5	709,9	103,6	97,0	1 515,8	706,7	809,1
30. 9.	11 178	945,5	728,8	103,8	112,9	1 664,0	787,5	876,5
31. 12.	11 154	980,9	760,0	101,0	119,9	1 779,7	794,8	984,9
1953 31. 3.	11 146	1 143,6	890,7	123,7	129,2	1 852,7	778,5	1 074,2
30. 6.	11 117	1 300,7	1 015,4	146,2	139,1	1 897,1	777,8	1 119,3
30. 9.	11 112	1 346,6	1 057,7	141,1	147,8	2 065,8	852,8	1 213,0
31. 12.	11 074	1 404,1	1 105,8	139,5	158,8	2 258,8	862,2	1 396,6

¹⁾ Quelle: Deutscher Raiffeisenverband eV, Bonn. Die Zahlen umfassen das Geschäft aller Spar- und Darlehenskassen, während in der monatlichen Erhebung des Zentralbanksystems nur rd. 1 600 Institute erfaßt sind (vgl. Tabellen V.1 a) und VII 3 d). Die Angaben für Juni und Dezember basieren auf einer Gesamterhebung, die März- und September-Ergebnisse sind geschätzt auf Grund einer Repräsentativerhebung des Deutschen Raiffeisenverbandes. — ²⁾ Ohne die drei dem Deutschen Raiffeisenverband angeschlossenen Kreditbanken (Hannoversche Landwirtschaftsbank AG, Hannover, Landkreditbank Schleswig-Holstein AG, Kiel, Württembergische Landwirtschaftsbank GmbH, Stuttgart), die in der monatlichen Erhebung des Zentralbanksystems in der Gruppe Staats-, Regional- und Lokalbanken enthalten sind. — ³⁾ Forderungen in laufender Rechnung einschließlich Warenforderungen.

6. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet *)

Beträge in Mio DM

a) Aktiva und Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Bilanzsumme	Aktiva						Passiva										
			Barreserve	Post-scheckgut-haben	Gut-haben bei Kredit-instituten	Wechsel	Debitoren	sonstige Aktiva ²⁾	Einlagen von		Verpflichtungen aus noch im Umlauf befindlichen Zahlungs-anweisungen	aufgenommene Gelder	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	Grund-oder Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben einschl. Rücklagen § 11 KWG	sonstige Passiva ²⁾	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Zielungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	
									Wirtschaft und Privaten	Kreditinstituten									9
1952																			
Mai	83	329,0	1,7	0,7	4,0	132,9	174,7	15,0	26,7	2,7	19,4	173,5	0,3	20,7	85,7	1,0	14,4	99,8	
Juni	84	340,5	1,6	0,7	3,6	141,4	177,3	15,9	28,6	2,7	14,0	184,1	0,3	21,4	89,4	1,0	14,7	104,6	
Juli	85	357,2	2,6	0,6	7,0	151,5	178,7	16,8	28,3	2,9	12,0	199,3	0,3	22,2	92,2	1,0	17,5	111,6	
Aug.	86	369,3	1,7	1,0	4,9	164,3	177,2	20,2	32,0	1,1	9,6	194,7	9,3	25,4	97,2	1,0	15,1	121,0	
Sept.	88	380,3	2,4	0,7	6,1	169,3	181,1	20,7	33,3	1,1	12,2	196,7	10,2	26,9	99,9	1,1	19,9	125,5	
Okt.	89	405,8	2,1	0,7	8,1	175,0	198,1	21,8	33,7	1,2	19,2	208,5	9,6	27,3	106,3	1,1	22,1	122,8	
Nov.	91	425,2	2,5	0,6	5,8	176,4	217,3	22,6	34,4	2,8	21,8	219,5	9,1	27,6	110,0	1,4	24,2	122,3	
Dez.	92	495,8	3,9	1,7	8,1	163,2	297,1	21,8	39,7	2,8	22,7	273,9	15,7	28,2	112,8	1,5	27,1	112,7	
1953																			
Jan.	93	466,6	1,8	0,8	6,8	141,1	295,6	20,5	43,7	4,7	9,2	257,6	14,3	29,6	107,5	1,5	25,4	124,7	
Febr.	94	456,5	3,2	1,1	7,2	140,0	283,5	21,5	46,4	5,5	8,1	243,7	14,0	30,1	108,7	2,3	27,3	125,0	
März	96	469,0	2,8	1,0	9,8	152,4	280,8	22,2	47,2	5,1	16,9	247,4	8,2	30,2	114,0	2,3	23,2	128,8	
April	97	481,0	3,7	1,0	7,3	158,6	287,9	22,5	52,9	4,4	18,4	247,7	8,9	31,2	117,5	2,6	19,4	137,6	
Mai	98	508,5	3,8	0,9	6,9	173,0	299,5	24,4	53,5	4,1	19,9	264,8	9,3	32,1	124,8	2,7	17,1	141,2	
Juni	98	524,4	3,6	0,9	7,3	182,4	304,5	25,7	54,6	3,9	14,1	281,3	10,6	32,3	127,6	3,8	15,6	144,1	
Juli	98	540,9	3,7	0,8	7,0	192,4	309,1	27,9	55,9	4,2	13,2	293,9	10,2	33,6	129,9	3,9	19,2	147,9	
Aug.	100	547,9	3,7	1,0	6,6	198,5	309,8	28,3	57,3	7,6	10,4	292,8	10,4	35,5	133,9	3,8	16,6	150,8	
Sept.	100	560,1	5,1	0,8	7,7	202,3	314,1	30,1	56,2	10,6	11,6	297,0	9,2	36,7	138,8	3,8	19,0	148,3	
Okt.	101	581,5	5,0	1,0	9,6	205,4	329,7	30,8	54,9	15,3	16,9	303,7	8,7	39,8	142,2	1,3	19,6	148,5	
Nov.	101	609,2	6,6	1,1	10,1	205,1	357,8	28,5	57,3	20,0	20,2	312,0	15,9	40,2	143,6	3,5	21,2	146,5	
Dez.	102	678,4	9,5	2,3	9,2	210,7	414,1	32,6	59,6	20,8	17,9	377,1	17,2	41,8	144,0	3,5	25,0	137,7	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten bzw. Zugang neu berichtender Institute. — ²⁾ Nicht identisch mit der gleichnamigen Bilanzposition. Einbezogen sind alle diejenigen Positionen des Ausweises, die in der Tabelle nicht gesondert aufgeführt sind.

b) Kreditvolumen

Stand am Monatsende	Kreditvolumen insgesamt ¹⁾	davon				
		kurzfristige Kredite (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)			mittelfr. Kred. einschl. mittelfrist. durchlauf. Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	langfr. Kredite einschl. langfr. durchlaufender Kredite (Laufzeit 4 Jahre und mehr)
		insgesamt	davon			
			Debitoren	Wechselkredite	5	6
1952						
Mai	422,3	330,1	82,9	247,2	91,9	0,3
Juni	438,5	342,9	82,2	260,7	95,3	0,3
Juli	459,9	360,9	80,2	280,7	98,7	0,3
August	479,6	378,4	76,5	301,9	100,9	0,3
September	497,7	391,7	75,6	316,1	105,7	0,3
Oktober	519,9	407,9	86,8	321,1	111,5	0,5
November	542,2	418,3	94,1	324,2	123,3	0,6
Dezember	602,6	441,4	137,8	303,6	159,5	1,7
1953						
Januar	588,6	420,1 ²⁾	129,0	291,1	166,8	1,7
Februar	577,2	411,4	119,6	291,8	164,1	1,7
März	587,7	420,1	115,1	305,0	165,9	1,7
April	608,0	432,6	116,4	316,2	173,6	1,8
Mai	636,6	454,8	122,7	332,1	179,1	2,7
Juni	652,8	462,0	119,1	342,9	187,9	2,9
Juli	676,4	478,4	117,9	360,5	194,2	3,8
August	683,7	481,3	114,2	367,1	198,5	3,9
September	692,1	483,3	112,5	370,8	204,9	3,9
Oktober	712,3	491,7	116,8	374,9	216,7	3,9
November	736,8	501,6	127,1	374,5	231,3	3,9
Dezember	793,8	527,0	151,9	375,1	262,5	4,3

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Die Zahlen enthalten auch die Einkaufskredite an Händler und geringe Beträge „sonstige Kredite“. — ²⁾ Rückgang erklärt sich zum Teil durch Verlagerung zu den mittelfristigen Krediten.

VII. Kreditvolumen

1. Kredite des Zentralbanksystems an Bund, Länder und sonstige Nichtbanken *)

in Mio DM

Stand am Monatsende	Kredite und Wertpapierankäufe des Zentralbanksystems										
	insgesamt	Bund und Bundesverwaltungen					Länder			Sonstige ¹⁾	
		insgesamt	davon				insgesamt	davon		insgesamt	darunter: von Versicher. u. Bausparkassen angekaufte Ausgleichsford.
			Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen	Kassenvorschüsse	Kredit wegen Währungs-fonds und Weltbank	angekaufte Wertpapiere		Schatzwechsel	Kassenvorschüsse		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1952 Mai	487,1	267,4	144,5	122,9	—	—	63,5	22,3	41,2	156,2	43,8
Juni	442,9	246,3	230,2	—	—	16,1	42,6	18,3	24,3	154,0	44,6
Juli	248,2	50,1	50,1	—	—	—	44,8	17,0	27,8	153,3	44,4
Aug.	505,9	296,6	113,8	—	182,8	—	55,3	14,5	40,8	154,0	44,1
Sept.	486,0	303,3	120,5	—	182,8	—	26,9	11,3	15,6	155,8	43,6
Okt.	394,5	183,7	0,9	—	182,8	—	47,9	11,2	36,7	162,9	41,1
Nov.	499,5	266,9	84,1	—	182,8	—	64,6	11,2	53,4	168,0	42,1
Dez.	787,9	538,2	355,2	—	183,0	—	61,9	11,5	50,4	187,8	41,8
1953 Jan.	440,3	234,5	51,4	—	183,1	—	20,2	11,0	9,2	185,6	42,2
Febr.	484,5	265,6	82,5	—	183,1	—	29,0	11,0	18,0	189,9	41,4
März	424,6	218,8	35,7	—	183,1	—	12,3	11,0	1,3	193,5	41,8
April	382,5	185,1	2,0	—	183,1	—	15,4	11,0	4,4	182,0	41,7
Mai	372,6	183,1	—	—	183,1	—	21,4	11,0	10,4	168,1	41,8
Juni	414,8	236,9	—	—	183,1	53,8	14,7	11,0	3,7	163,2	41,8
Juli	411,1	234,3	14,5	—	183,1	36,7	15,2	4,7	10,5	161,6	39,2
Aug.	526,6	350,9	130,5	—	183,1	37,3	13,0	4,2	8,8	162,7	39,3
Sept.	399,2	221,5	16,0	—	183,1	22,4	9,1	3,7	5,4	168,6	34,4
Okt.	368,1	198,0	2,5	—	183,0	12,5	7,6	3,7	3,9	162,5	32,0
Nov.	380,1	199,3	13,0	—	183,0	3,3	10,9	3,7	7,2	169,9	32,3
Dez.	662,0	422,1	194,8	—	183,0	44,3	45,3	3,7	41,6	194,6	25,4
1954 Jan.	421,9	225,5	3,0	—	183,0	39,5	10,9	3,2	7,7	185,5	24,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Darin sind enthalten — außer Spalte 11 — Direktkredite an Wirtschaft und Private (nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone), Lombardkredite gegen Ausgleichsforderungen an Versicherungen und Bausparkassen, Kassenkredite an sonstige öffentliche Körperschaften und Wertpapiere, soweit diese nicht in Spalte 6 erfaßt sind.

2. Kredite des Zentralbanksystems an Kreditinstitute, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Berliner Zentralbank*)

in Mio DM

Stand am Monatsende	Kreditinstitute des Bundesgebietes (ohne KfW)				Kreditanstalt für Wiederaufbau	Berliner Zentralbank ²⁾
	insgesamt ¹⁾	davon				
		Wechselkredite ¹⁾	Lombardkredite	angekaufte fremde Ausgleichsforderungen		
1	2	3	4	5	6	
1952 Mai	3 277,9	2 825,8	112,9	339,2	393,5	40,2
Juni	3 662,8	3 153,7	173,6	335,5	398,9	14,6
Juli	3 122,4	2 679,3	131,9	311,2	407,9	15,4
August	3 025,1	2 614,8	107,0	303,3	424,3	16,3
September	3 125,2	2 633,9 ³⁾	192,4	298,9	424,3	14,9
Oktober	2 741,6	2 352,4	107,7	281,5	423,3	17,4
November	2 774,4	2 382,9	116,4	275,1	461,8	18,4
Dezember	3 867,8	3 359,1	250,7	258,0	468,3 ⁴⁾	21,7
1953 Januar	3 078,0	2 737,2	102,1	238,7	452,5	22,1
Februar	2 968,7	2 612,0	127,2	229,5	420,1	25,7
März	2 839,2	2 458,2	159,1	221,9	399,1	25,6
April	2 423,8	2 096,1	116,6	211,1	383,8	24,7
Mai	2 272,8	1 942,0	125,8	205,0	314,3	24,8
Juni	2 463,2	2 076,2	186,3	200,7	283,3	20,7
Juli	2 056,8	1 750,6	115,5	190,7	278,5	19,0
August	2 259,8	1 968,4	106,3	185,1	262,5	18,7
September	2 517,9	2 177,3	160,6	180,0	243,5	17,6
Oktober	2 245,0	1 966,8	104,7	173,5	230,0	16,5
November	2 304,1	2 012,4	123,5	168,2	189,3	16,7
Dezember	3 215,4	2 808,6	237,7	169,1	225,6	15,9
1954 Januar	2 104,4	1 906,4	86,5	111,5	200,6	14,7

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Einschließlich angekaufte Auslandswechsel und Exporttratten. — ²⁾ Die Kredite an die BZB umfassen angekaufte Inlands- und Auslandswechsel sowie Exporttratten und lombardierte Ausgleichsforderungen. — ³⁾ Ab September 1952 einschließlich der Einfuhr- und Vorratsstellenwechsel im Bestand der BdL. — ⁴⁾ Ab Dezember 1952 zum Teil in 5 1/2% Schuldverschreibungen der KfW umgewandelt; entsprechend erhöhte sich der Wertpapierbestand der BdL.

3. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Kreditinstitute

VII. Kreditvolumen

a) Bundesgebiet

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Kreditinstituten des Bundesgebiets
in Mio DM

Stand am Monatsende	Kredite an Nichtbanken													
	insgesamt						von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	Wirtschaft und Private							
		Debitoren		Wechselkredite, Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen			kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	
insgesamt	darunter Akzeptkredite	insgesamt	Debitoren		Wechselkredite	insgesamt		durchlaufende Kredite						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1952 Nov.	18 982,5	10 379,2	1 181,7	8 603,3	1 952,0	10 954,3	17 739,4	10 081,9	1 181,7	7 657,5	1 661,5	1 537,4	124,1	9 295,7
Dez.	19 423,8	10 246,3	1 215,8	9 177,5	2 084,6	11 535,4	18 332,3	9 890,5	1 215,8	8 441,8	1 764,1	1 606,3	157,8	9 792,8
1953 Jan.	19 883,5	10 748,4	1 195,4	9 135,1	2 151,8	11 823,5	18 789,1	10 478,9	1 195,4	8 310,2	1 795,5	1 653,6	141,9	10 025,3
Febr.	20 290,5	11 015,4	1 172,7	9 275,1	2 240,0	12 033,0	19 145,3	10 749,4	1 172,7	8 395,9	1 877,4	1 694,8	182,6	10 170,3
März	20 386,3	10 950,4	1 083,9	9 435,9	2 343,7	12 325,0	19 234,2	10 648,9	1 083,9	8 585,3	1 982,5	1 790,8	191,7	10 446,9
April	20 621,4	11 009,6	1 059,3	9 611,8	2 440,0	12 674,2	19 377,1	10 711,8	1 059,3	8 665,3	2 068,7	1 879,6	189,1	10 723,7
Mai	20 789,7 ⁴⁾	11 111,1 ⁵⁾	997,4	9 678,6	2 512,5	13 069,6	19 505,1 ⁵⁾	10 861,7 ⁵⁾	997,4	8 643,4	2 133,2	1 942,7	190,5	11 073,3
Juni	21 023,8	11 154,4	935,4	9 869,4	2 610,6	13 435,0	19 679,2	10 956,7	935,4	8 722,5	2 198,1	2 001,4	196,7	11 382,2
Juli	21 162,6	11 127,1	924,4	10 035,5	2 736,3	13 823,7	19 768,5	10 934,1	924,4	8 834,4	2 312,3	2 110,7	201,6	11 691,4
Aug.	21 364,5	11 324,9	947,6	10 039,6	2 782,7	14 446,6	19 875,4	11 118,7	947,6	8 756,7	2 351,6	2 151,3	200,3	12 073,3
Sept.	21 855,6	11 975,0	1 019,9	9 880,6	2 910,6	14 957,0	20 345,6	11 704,9	1 019,9	8 640,7	2 494,4	2 282,8	211,6	12 522,4
Okt.	21 746,9	12 051,3	1 041,7	9 695,6	3 044,0	15 482,2	20 390,9	11 741,4	1 041,7	8 649,5	2 601,0	2 396,8	204,2	12 966,6
Nov.	21 874,7	12 226,1	1 051,9	9 648,6	3 173,7	15 951,0	20 542,4	11 911,5	1 051,9	8 630,9	2 687,9	2 491,6	196,3	13 369,6
Dez.	22 094,7	11 908,4	1 077,2	10 186,3	3 318,1	16 539,9	20 975,3	11 639,6	1 077,2	9 335,7	2 813,8	2 621,1	192,7	13 854,6
1954 Jan. P)	22 559,1	...	1 071,8	...	3 283,6	16 959,6	21 144,7	...	1 071,8	...	2 779,0	2 589,3	189,7	14 146,3

Stand am Monatsende	noch: Kredite an Nichtbanken								Kredite an Kreditinstitute						
	von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:								kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	
	Öffentlich-rechtliche Körperschaften									Debitoren		Wechselkredite			
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite		insgesamt	darunter Akzeptkredite		insgesamt	darunt. Debitoren	
Debitoren		Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen	Wechselkredite	Debitoren		durchlaufende Kredite	insgesamt		darunt. Debitoren						
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
1952 Nov.	1 243,1	297,3	916,1	29,7	290,5	287,3	3,2	1 658,6	2 452,4	787,7	11,4	1 664,7	346,2	336,2	1 656,3
Dez.	1 091,5	355,8	703,5	32,2	320,5	317,3	3,2	1 742,6	2 470,7	817,2	10,3	1 653,5	358,6	348,7	1 723,1
1953 Jan.	1 094,4	269,5	794,6	30,3	356,3	353,1	3,2	1 798,2	2 581,4	837,2	10,1	1 744,2	336,3	326,1	1 769,5
Febr.	1 145,2	266,0	841,4	37,8	362,6	355,6	7,0	1 862,7	2 684,4	897,5	10,4	1 786,9	299,6	290,4	1 807,6
März	1 152,1	301,5	802,9	47,7	361,2	357,9	3,3	1 878,1	2 886,9	1 050,2	9,3	1 836,7	322,7	314,2	1 886,3
April	1 244,3	297,8	893,1	53,4	371,3	368,1	3,2	1 950,5	2 815,1	1 043,7	9,8	1 771,4	328,6	318,1	1 929,0
Mai	1 284,6	249,4	978,3	56,9	379,3	376,4	2,9	1 996,3	2 852,1 ⁵⁾	1 126,8 ⁵⁾	7,6	1 725,3	323,4	312,2	1 963,5
Juni	1 344,6	197,7	1 087,7	59,2	412,5	409,9	2,6	2 052,8	2 878,6	1 228,6	9,6	1 650,0	330,2	318,6	2 022,8
Juli	1 394,1	193,0	1 140,1	61,0	424,0	421,4	2,6	2 132,3	2 942,6	1 357,7	12,3	1 584,9	355,3	344,2	2 096,8
Aug.	1 489,1	206,2	1 225,9	57,0	431,1	428,6	2,5	2 373,3	2 683,4	1 082,0	11,5	1 601,4	347,1	333,7	2 181,5
Sept.	1 510,0	270,1	1 181,5	58,4	416,2	413,8	2,4	2 434,6	2 745,1	1 180,6	12,3	1 564,5	341,9	325,0	2 253,4
Okt.	1 356,0	309,9	994,7	51,4	443,0	440,6	2,4	2 515,6	2 754,6	1 278,7	15,5	1 475,9	357,4	327,0	2 311,2
Nov.	1 332,3	314,6	973,4	44,3	485,8	483,5	2,3	2 581,4	2 592,7	1 095,4	20,8	1 497,3	377,0	369,5	2 403,1
Dez.	1 119,4	268,8	809,2	41,4	504,3	502,0	2,3	2 685,3	2 650,7	1 186,3	24,6	1 464,4	381,4	374,6	2 519,3
1954 Jan. P)	1 414,4	...	1 077,0	...	504,6	503,8	0,8	2 813,3

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter sind nicht einbezogen (abgesehen von geringfügigen Ausnahmen), die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mio RM betrug. Der Anteil der nicht einbezogenen Kreditinstitute an der in den Tabellen ausgewiesenen Gesamt-Bilanzsumme ist sehr gering. — 2) Einschließlich mittelfristiger „durchlaufender Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunalanleihen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — 4) Enthält statistisch bedingte Zunahme von rd. 36 Mio DM (Umstellungszuwachs). — 5) Hierin enthalten statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 5 Mio DM durch Umstellungszuwachs. — P) Vorläufig.

Stand am Monatsende	Kredite an von den Spalten 1													
	insgesamt						Wirtschaft und Private							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)
		Debitoren		Wechselkredite Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen				Debitoren		Wechselkredite		Debitoren	durchlaufende Kredite	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					insgesamt	darunter Akzeptkredite					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1953 Bundesgebiet														
Aug.	21 364,5	11 324,9	947,6	10 039,6	2 782,7	14 446,6	19 875,4	11 118,7	947,6	8 756,7	2 351,6	2 151,3	200,3	12 073,3
Sept.	21 855,6	11 975,0	1 019,9	9 880,6	2 910,6	14 957,0	20 345,6	11 704,9	1 019,9	8 640,7	2 494,4	2 282,8	211,6	12 522,4
Okt.	21 746,9	12 051,3	1 041,7	9 695,6	3 044,0	15 482,2	20 390,9	11 741,4	1 041,7	8 649,5	2 601,0	2 396,8	204,2	12 966,6
Nov.	21 874,7	12 226,1	1 051,9	9 648,6	3 173,7	15 951,0	20 542,4	11 911,5	1 051,9	8 630,9	2 687,9	2 491,6	196,3	13 369,6
Dez.	22 094,7	11 908,4	1 077,2	10 186,3	3 318,1	16 539,9	20 975,3	11 639,6	1 077,2	9 335,7	2 813,8	2 621,1	192,7	13 854,6
Baden-Württemberg														
Aug.	3 007,4	1 806,2	160,7	1 201,2	517,5	2 419,1	2 896,2	1 770,0	160,7	1 126,2	370,9	362,4	8,5	2 090,5
Sept.	3 051,0	1 850,6	161,6	1 200,4	534,6	2 500,1	2 931,9	1 810,7	161,6	1 121,2	385,2	376,7	8,5	2 158,3
Okt.	3 083,2	1 872,8	165,6	1 210,4	560,2	2 591,9	2 963,3	1 831,6	165,6	1 131,7	392,0	384,2	7,8	2 236,1
Nov.	3 095,3	1 884,6	163,9	1 210,7	570,8	2 670,1	2 987,1	1 844,0	163,9	1 143,1	400,5	392,3	8,2	2 307,8
Dez.	3 110,6	1 834,9	159,8	1 275,7	600,7	2 756,3	3 002,9	1 791,9	159,8	1 211,0	427,0	419,1	7,9	2 385,2
Bayern														
Aug.	3 185,2	1 943,5	129,8	1 241,7	357,7	2 681,2	3 030,2	1 925,0	129,8	1 105,2	331,7	314,8	16,9	2 278,4
Sept.	3 295,5	2 050,2	153,7	1 245,3	361,8	2 777,6	3 137,4	2 032,9	153,7	1 104,5	348,8	332,9	15,9	2 366,9
Okt.	3 343,9	2 091,8	158,9	1 252,1	365,3	2 891,1	3 205,0	2 074,8	158,9	1 130,2	349,4	329,8	19,6	2 460,9
Nov.	3 370,5	2 118,5	147,3	1 252,0	419,8	2 980,5	3 219,5	2 100,5	147,3	1 119,0	370,9	353,7	17,2	2 538,6
Dez.	3 402,5	2 116,9	136,4	1 285,6	436,2	3 081,7	3 270,5	2 093,2	136,4	1 177,3	378,6	361,6	17,0	2 633,1
Bremen														
Aug.	522,0	310,7	47,0	211,3	15,6	593,3	502,8	305,1	47,0	197,7	15,6	12,7	2,9	545,7
Sept.	534,7	320,8	50,6	213,9	16,5	609,9	512,7	315,3	50,6	197,4	16,5	13,0	3,5	561,0
Okt.	539,3	327,4	55,6	211,9	22,2	623,1	516,7	322,4	55,6	194,3	21,8	17,9	3,9	573,0
Nov.	542,5	334,0	61,0	208,5	23,7	635,7	522,0	329,0	61,0	193,0	23,2	18,3	4,9	584,5
Dez.	551,1	329,2	66,6	221,9	27,5	666,9	530,6	324,2	66,6	206,4	27,0	22,0	5,0	614,7
Hamburg														
Aug.	1 903,2	1 089,4	220,2	813,8	200,0	624,8	1 881,5	1 084,8	220,2	796,7	167,3	161,6	5,7	597,0
Sept.	1 921,1	1 155,8	242,2	765,3	200,8	642,7	1 897,8	1 151,3	242,2	746,5	168,0	161,4	6,6	614,9
Okt.	1 934,6	1 176,5	227,6	758,1	207,7	652,9	1 908,9	1 169,6	227,6	739,3	175,5	171,9	3,6	625,4
Nov.	2 019,0	1 239,8	231,3	779,2	211,7	673,1	1 996,1	1 235,7	231,3	760,4	176,0	172,4	3,6	644,0
Dez.	2 028,6	1 127,5	244,5	901,1	220,0	687,7	2 009,1	1 126,8	244,5	882,3	183,6	180,5	3,1	657,9
Hessen														
Aug.	1 888,3	966,4	68,6	921,9	353,5	811,5	1 732,9	952,2	68,6	780,7	290,5	267,9	22,6	620,4
Sept.	1 892,0	1 008,5	73,2	883,5	365,5	846,1	1 747,3	984,7	73,2	762,6	301,8	279,1	22,7	647,7
Okt.	1 887,9	1 015,0	74,3	872,9	392,1	874,9	1 743,8	992,9	74,3	750,9	323,0	300,1	22,9	668,8
Nov.	1 878,9	1 020,7	76,1	858,2	397,2	899,9	1 725,8	1 000,6	76,1	725,2	326,4	302,7	23,7	683,8
Dez.	1 906,0	1 007,7	77,9	898,3	385,9	936,0	1 767,2	989,9	77,9	777,3	318,1	302,5	15,6	702,7
Niedersachsen														
Aug.	1 883,7	1 134,5	48,7	749,2	102,4	1 585,4	1 783,9	1 114,5	48,7	669,4	97,9	93,8	4,1	1 328,0
Sept.	1 933,0	1 205,9	58,1	727,1	107,0	1 636,6	1 822,3	1 181,7	58,1	640,6	103,1	99,1	4,0	1 373,1
Okt.	1 933,0	1 201,2	57,9	731,8	117,4	1 712,3	1 822,4	1 175,4	57,9	647,0	113,4	109,6	3,8	1 442,0
Nov.	1 945,3	1 213,8	60,1	731,5	124,6	1 774,4	1 836,4	1 192,2	60,1	644,2	120,7	116,9	3,8	1 497,9
Dez.	1 975,0	1 194,2	54,8	780,8	140,4	1 852,4	1 872,9	1 166,5	54,8	706,4	135,9	132,6	3,3	1 566,0

*) Bei der Aufgliederung nach Ländern sind die Kredite der in den einzelnen Ländern gelegenen Großbankfilialen in die regionalen Ergebnisse einbezogen. — deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mio RM betrug. — ²⁾ Einschließlich mittelfristiger „durchlaufender Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen

und der Landeszentralbanken bei den Kreditinstituten des Bundesgebiets

Mio DM

Nichtbanken								Kredite an Kreditinstitute								Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:																
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)			
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)		Debitoren		Wechselkredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite	
	Debitoren	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	Wechselkredite		Debitoren	durchlaufende Kredite			insgesamt	darunter Debitoren						
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29		
Bundesgebiet															1953	
1 489,1	206,2	1 225,9	57,0	431,1	428,6	2,5	2 373,3	2 683,4	1 082,0	11,5	1 601,4	347,1	333,7	2 181,5	Aug.	
1 510,0	270,1	1 181,5	58,4	416,2	413,8	2,4	2 434,6	2 745,1	1 180,6	12,3	1 564,5	341,9	325,0	2 253,4	Sept.	
1 356,0	309,9	994,7	51,4	443,0	440,6	2,4	2 515,6	2 754,6	1 278,7	15,5	1 475,9	357,4	327,0	2 311,2	Okt.	
1 332,3	314,6	973,4	44,3	485,8	483,5	2,3	2 581,4	2 592,7	1 095,4	20,8	1 497,3	377,0	369,5	2 403,1	Nov.	
1 119,4	268,8	809,2	41,4	504,3	502,0	2,3	2 685,3	2 650,7	1 186,3	24,6	1 464,4	381,4	374,6	2 519,3	Dez.	
Baden-Württemberg																
111,2	36,2	66,1	8,9	146,6	145,1	1,5	328,6	281,5	119,7	2,2	161,8	40,4	40,4	106,5	Aug.	
119,1	39,9	71,4	7,8	149,4	147,9	1,5	341,8	301,9	133,3	2,1	168,6	38,2	38,2	106,9	Sept.	
119,9	41,2	71,5	7,2	168,2	166,7	1,5	355,8	302,3	131,0	2,0	171,3	39,1	39,1	109,8	Okt.	
108,2	40,6	62,1	5,5	170,3	168,8	1,5	362,3	293,6	119,8	2,8	173,8	37,9	37,9	113,0	Nov.	
107,7	43,0	59,9	4,8	173,7	172,2	1,5	371,1	296,7	122,7	3,0	174,0	40,8	40,8	117,5	Dez.	
Bayern																
155,0	18,5	114,7	21,8	26,0	25,1	0,9	402,8	368,6	182,9	0,0	185,7	25,1	25,1	145,2	Aug.	
158,1	17,3	122,6	18,2	13,0	12,2	0,8	410,7	360,4	188,4	0,2	172,0	26,1	26,1	158,2	Sept.	
138,9	17,0	107,6	14,3	15,9	15,1	0,8	430,2	364,4	194,3	0,2	170,1	27,2	27,2	156,3	Okt.	
151,0	18,0	121,4	11,6	48,9	48,1	0,8	441,9	347,3	184,1	1,0	163,2	27,5	27,5	165,4	Nov.	
132,0	23,7	98,2	10,1	57,6	56,8	0,8	448,6	378,8	205,1	1,5	173,7	34,2	34,2	174,8	Dez.	
Bremen																
19,2	5,6	13,5	0,1	—	—	—	47,6	92,7	59,7	—	33,0	—	—	13,5	Aug.	
22,0	5,5	16,5	0,0	—	—	—	48,9	104,4	71,6	0,1	32,8	—	—	14,8	Sept.	
22,6	5,0	17,5	0,1	0,4	0,4	—	50,1	100,1	67,4	0,4	32,7	—	—	17,2	Okt.	
20,5	5,0	15,5	0,0	0,5	0,5	—	51,2	93,8	63,0	0,4	30,8	—	—	18,5	Nov.	
20,5	5,0	15,5	0,0	0,5	0,5	—	52,2	91,9	55,2	0,3	36,7	—	—	19,8	Dez.	
Hamburg																
21,7	4,6	17,1	0,0	32,7	32,7	—	27,8	93,8	48,2	4,1	45,6	15,0	13,4	81,9	Aug.	
23,3	4,5	18,8	0,0	32,8	32,8	—	27,8	99,7	52,2	4,2	47,5	15,2	13,7	85,3	Sept.	
25,7	6,9	18,8	0,0	32,2	32,2	—	27,5	99,7	47,2	5,4	52,5	14,7	13,1	91,2	Okt.	
22,9	4,1	18,8	0,0	35,7	35,7	—	29,1	105,8	51,8	6,7	54,0	17,7	16,1	88,3	Nov.	
19,5	0,7	18,8	0,0	36,4	36,4	—	29,8	148,9	89,9	6,5	59,0	17,7	16,1	91,3	Dez.	
Hessen																
155,4	14,2	140,1	1,1	63,0	63,0	0,0	191,1	285,3	119,2	0,1	166,1	30,7	30,7	54,0	Aug.	
144,7	23,8	119,6	1,3	63,7	63,7	0,0	198,4	278,4	119,3	0,2	159,1	30,7	30,7	58,4	Sept.	
144,1	22,1	120,8	1,2	69,1	69,1	0,0	206,1	281,2	121,4	0,2	159,8	33,3	33,3	67,8	Okt.	
153,1	20,1	131,8	1,2	70,8	70,8	0,0	216,1	291,7	119,6	0,4	172,1	37,1	37,1	69,4	Nov.	
138,8	17,8	119,7	1,3	67,8	67,8	0,0	233,3	271,0	91,2	0,6	179,8	51,0	51,0	74,6	Dez.	
Niedersachsen																
99,8	20,0	69,3	10,5	4,5	4,5	0,0	257,4	186,9	54,2	—	132,7	6,2	6,2	153,5	Aug.	
110,7	24,2	71,5	15,0	3,9	3,9	0,0	263,5	170,3	65,2	0,0	105,1	6,4	6,4	156,6	Sept.	
110,6	25,8	71,1	13,7	4,0	4,0	0,0	270,3	158,9	59,0	0,0	99,9	6,5	6,5	159,7	Okt.	
108,9	21,6	74,8	12,5	3,9	3,9	0,0	276,5	174,7	58,9	0,0	115,8	5,9	5,9	164,9	Nov.	
102,1	27,7	62,6	11,8	4,5	4,5	0,0	286,4	195,8	69,3	0,0	126,5	6,3	6,3	175,1	Dez.	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als und langfristige durchlaufende Kredite.

Stand am Monatsende	Kredite an von den Spalten 1													
	insgesamt						Wirtschaft und Private							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ¹⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ²⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾
		Debitoren		Wechselkredite, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen				Debitoren		Wechselkredite		Debitoren	durchlaufende Kredite	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					insgesamt	darunter Akzeptkredite					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1953 Nordrhein-Westfalen														
Aug.	6 631,8	3 013,6	202,4	3 618,2	833,5	3 303,2	5 848,7	2 996,5	202,4	2 852,2	691,7	615,0	76,7	2 545,4
Sept.	6 772,3	3 194,2	202,3	3 578,1	911,3	3 442,7	6 042,5	3 175,7	202,3	2 866,8	772,1	687,2	84,9	2 666,5
Okt.	6 459,3	3 125,2	214,3	3 334,1	945,4	3 561,7	5 906,1	3 107,4	214,3	2 798,7	805,7	731,0	74,7	2 760,8
Nov.	6 436,5	3 140,9	218,7	3 295,6	972,3	3 643,1	5 918,5	3 127,6	218,7	2 790,9	829,8	755,7	74,1	2 828,9
Dez.	6 604,0	3 117,6	238,6	3 486,4	1 022,4	3 810,3	6 201,0	3 103,9	238,6	3 097,1	875,4	797,8	77,6	2 946,4
Rheinland-Pfalz														
Aug.	846,0	510,8	28,7	335,2	99,9	405,2	821,0	508,9	28,7	312,1	93,2	89,2	4,0	346,1
Sept.	874,6	531,5	26,0	343,1	101,0	424,9	844,7	529,5	26,0	315,2	94,6	90,6	4,0	359,8
Okt.	905,8	542,4	29,7	363,4	104,6	436,2	873,0	540,1	29,7	332,9	98,0	93,9	4,1	369,3
Nov.	921,0	555,0	34,3	366,0	109,3	447,4	890,7	552,9	34,3	337,8	102,6	98,5	4,1	379,5
Dez.	940,6	558,7	36,7	381,9	113,8	462,4	910,6	555,7	36,7	354,9	106,8	104,8	2,0	393,7
Schleswig-Holstein														
Aug.	630,4	374,6	39,3	255,8	125,8	559,0	620,1	365,6	39,3	254,5	118,5	59,6	58,9	479,8
Sept.	647,3	390,2	42,6	257,1	115,4	580,0	635,9	381,7	42,6	254,2	110,3	48,7	61,6	498,1
Okt.	654,0	407,4	44,9	246,6	119,0	589,2	643,7	398,8	44,9	244,9	114,0	50,2	63,8	506,8
Nov.	649,6	411,2	45,4	238,4	120,0	610,2	640,6	403,2	45,4	237,4	114,9	58,2	56,7	525,5
Dez.	647,5	398,2	44,7	249,3	127,9	619,7	638,1	389,7	44,7	248,4	120,6	59,3	61,3	534,7
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
Aug.	866,5	175,1	2,2	691,4	176,8	1 463,9	758,2	96,1	2,2	662,1	174,3	174,3	—	1 242,1
Sept.	934,0	267,2	9,6	666,8	196,6	1 496,5	773,2	141,3	9,6	631,9	193,9	193,9	—	1 276,0
Okt.	1 005,9	291,6	13,1	714,3	210,1	1 548,9	808,0	128,4	13,1	679,6	208,4	208,4	—	1 323,7
Nov.	1 016,3	307,7	13,7	708,6	224,4	1 616,5	805,9	125,9	13,7	680,0	222,9	222,9	—	1 379,0
Dez.	928,7	223,6	17,2	705,1	243,4	1 666,8	772,6	98,1	17,2	674,5	240,9	240,9	—	1 420,4

¹⁾ Bei der Aufgliederung nach Ländern sind die Kredite der in den einzelnen Ländern gelegenen Großbankfilialen in die regionalen Ergebnisse ein-
²⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstituten 2 Mio RM betrug. — ³⁾ Einschließlich mittelfristiger „durchlaufender Kredite“. — ⁴⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen

c) West-Beträge

Stand am Monatsende	Kredite an von den Spalten 1													
	insgesamt						Wirtschaft und Private ⁴⁾							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ¹⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ²⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾
		Debitoren		Wechselkredite, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen, Berliner Schuldverschreibungen				Debitoren		Wechselkredite		Debitoren	durchlaufende Kredite	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					insgesamt	darunter Akzeptkredite					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1953														
Mai	660,0	361,5	76,9	298,5	40,5	662,1	654,2	360,6	76,9	293,6	33,0	31,1	1,9	622,5
Juni	670,8	366,5	68,4	304,3	46,5	680,2	659,6	365,6	68,4	294,0	38,3	37,1	1,2	638,4
Juli	656,2	361,6	63,9	294,6	65,8	708,1	647,8	360,6	63,9	287,2	51,6	49,9	1,7	649,9
Aug.	677,3	374,2	63,2	303,1	74,5	726,9	668,2	372,4	63,2	295,8	59,4	57,6	1,8	665,2
Sept.	677,2	375,6	57,6	301,6	79,8	723,2	664,1	373,8	57,6	290,3	63,8	61,6	2,2	675,4
Okt.	675,2	363,0	55,6	312,2	85,8	744,3	661,7	361,2	55,6	300,5	68,9	66,6	2,3	693,6
Nov.	680,4	373,4	54,9	307,0	91,1	768,4	669,1	371,3	54,9	297,8	72,7	70,3	2,4	710,4
Dez.	666,6	366,7	51,8	299,9	108,2	780,3	657,5	364,6	51,8	292,9	88,8	80,8	8,0	713,7

¹⁾ Ohne Postscheckamt, aber einschließlich Berliner Industriebank AG, Berlin. — ²⁾ und ³⁾ siehe die entsprechenden Anmerkungen der vorstehenden gegebenen langfristigen Kredite werden unter „Wirtschaft und Private“ mit erfaßt.

Kredite der Kreditinstitute

und der Landeszentralbanken bei den Kreditinstituten des Bundesgebiets
Mio DM

Nichtbanken								Kredite an Kreditinstitute							Stand am Monatsende	
bis 6 entfallen auf:								kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾		
Öffentlich-rechtliche Körperschaften									Debitoren		Wechselkredite	insgesamt	darunter Debitoren			
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾		insgesamt	darunter Akzeptkredite						insgesamt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29		
Nordrhein-Westfalen																1953
783,1	17,1	764,1	1,9	141,8	141,8	—	757,8	858,6	234,7	3,2	623,9	40,2	38,7	242,0	Aug.	
729,8	18,5	709,9	1,4	139,2	139,2	—	776,2	914,0	272,4	2,9	641,6	39,7	38,2	244,4	Sept.	
553,2	17,8	534,0	1,4	139,7	139,7	—	800,9	776,9	228,4	2,7	548,5	46,0	44,5	246,3	Okt.	
518,0	13,3	503,4	1,3	142,5	142,5	—	814,2	780,5	222,1	2,5	558,4	47,6	46,1	237,6	Nov.	
403,0	13,7	388,1	1,2	147,0	147,0	—	863,9	709,9	223,5	2,5	486,4	45,7	44,4	246,4	Dez.	
Rheinland-Pfalz																
25,0	1,9	18,6	4,5	6,7	6,7	—	59,1	133,0	56,8	—	76,2	3,0	3,0	42,5	Aug.	
29,9	2,0	24,4	3,5	6,4	6,4	—	65,1	131,2	55,5	—	75,7	3,7	3,7	42,9	Sept.	
32,8	2,3	26,9	3,6	6,6	6,6	—	66,9	133,9	54,3	—	79,6	3,7	3,7	43,2	Okt.	
30,3	2,1	24,9	3,3	6,7	6,7	—	67,9	139,0	55,7	—	83,3	3,5	3,5	42,7	Nov.	
30,0	3,0	23,8	3,2	7,0	7,0	—	68,7	138,5	56,5	—	82,0	3,5	3,5	42,7	Dez.	
Schleswig-Holstein																
10,3	9,0	0,3	1,0	7,3	7,2	0,1	79,2	70,5	30,8	0,9	39,7	13,0	4,2	53,6	Aug.	
11,4	8,5	0,6	2,3	5,1	5,0	0,1	81,9	59,7	27,8	0,9	31,9	13,5	4,7	53,6	Sept.	
10,3	8,6	0,3	1,4	5,0	4,9	0,1	82,4	53,0	27,2	1,5	25,8	13,4	4,7	54,3	Okt.	
9,0	8,0	0,3	0,7	5,1	5,1	—	84,7	44,3	21,6	2,1	22,7	13,4	12,5	54,5	Nov.	
9,4	8,5	0,2	0,7	7,3	7,3	—	85,0	47,7	23,9	3,0	23,8	13,1	12,2	54,4	Dez.	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																
108,3	79,0	22,1	7,2	2,5	2,5	—	221,8	312,6	175,8	1,1	136,8	173,7	172,1	1 288,7	Aug.	
160,8	125,9	26,2	8,7	2,7	2,7	—	220,5	325,0	194,8	1,7	130,2	168,4	163,4	1 332,3	Sept.	
197,9	163,2	26,2	8,5	1,7	1,7	—	225,2	484,2	348,5	3,0	135,7	173,7	155,0	1 365,2	Okt.	
210,4	181,8	20,5	8,1	1,5	1,5	—	237,5	322,0	198,8	4,8	123,2	186,2	182,8	1 448,8	Nov.	
156,1	125,5	22,3	8,3	2,5	2,5	—	246,4	371,4	249,0	7,2	122,4	169,1	166,1	1 522,6	Dez.	

bezogen. — *) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — tute. Weiter sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger gen und langfristige durchlaufende Kredite.

Berlin¹⁾

in Mio DM

Nichtbanken								Kredite an Kreditinstitute							Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:								kurzfristige Kredite (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	
Öffentlich-rechtliche Körperschaften									Debitoren		Wechselkredite	insgesamt	darunter Debitoren		
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾		insgesamt	darunter Akzeptkredite					
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
1953															
5,8	0,9	4,9	—	7,5	2,3	5,2	39,6	18,3	3,6	—	14,7	0,0	0,0	18,1	Mai
11,2	0,9	10,3	—	8,2	2,3	5,9	41,8	9,8	3,2	—	6,6	0,0	0,0	17,9	Juni
8,4	1,0	7,4	—	14,2	7,6	6,6	58,2	8,1	5,0	0,0	3,1	0,2	0,2	18,1	Juli
9,1	1,8	7,3	—	15,1	7,9	7,2	61,7	8,8	5,1	0,1	3,7	0,3	0,3	18,2	Aug.
13,1	1,8	11,3	—	16,0	8,4	7,6	47,8	8,7	4,6	0,0	4,1	0,3	0,3	18,0	Sept.
13,5	1,8	11,7	—	16,9	9,0	7,9	50,7	10,4	5,9	0,0	4,5	0,4	0,4	20,6	Okt.
11,3	2,1	9,2	—	18,4	10,3	8,1	58,0	10,8	6,4	—	4,4	0,4	0,4	20,7	Nov.
9,1	2,1	7,0	—	19,4	10,8	8,6	66,6	20,4	12,0	—	8,4	0,4	0,4	20,3	Dez.

Tabelle b). — *) Die von der Berliner Industriebank AG an ruhende (nicht berichtspflichtige) Hypothekenbanken zur Weiterleitung an Nichtbanken

Stand am Monatsende	Kredite an von den Spalten 1															
	insgesamt						Wirtschaft und Private									
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾		
		Debitoren		Wechselkredite Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen				insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselkredite		Debitoren			insgesamt	darunter Akzeptkredite
		insgesamt	darunter Akzeptkredite									insgesamt	darunter Akzeptkredite			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			
Kreditbanken, Aufgliederung																
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken																
1953																
Aug.	6 915,2	3 580,3	394,3	3 334,9	224,6	806,8	6 807,3	3 572,6	394,3	3 234,7	208,7	202,9	5,8	802,1		
Sept.	7 065,8	3 767,8	394,4	3 298,0	292,2	847,5	6 973,5	3 759,4	394,4	3 214,1	276,5	270,5	6,0	842,8		
Okt.	7 067,1	3 750,1	409,0	3 317,0	307,2	874,2	6 923,2	3 741,8	409,0	3 181,4	290,4	284,5	5,9	869,5		
Nov.	7 075,8	3 783,4	417,4	3 292,4	334,2	900,2	6 955,0	3 773,8	417,4	3 181,2	316,1	309,4	6,7	895,5		
Dez.	7 260,6	3 672,1	440,4	3 588,5	353,7	900,9	7 202,5	3 666,9	440,4	3 535,6	334,9	331,2	3,7	896,2		
Staats-, Regional- und Lokalbanken																
Aug.	3 696,6	2 057,2	199,2	1 639,4	403,7	1 128,7	3 576,9	2 035,3	199,2	1 541,6	366,4	355,0	11,4	1 068,0		
Sept.	3 790,0	2 162,4	209,6	1 627,6	394,3	1 173,4	3 667,9	2 140,9	209,6	1 527,0	369,2	358,5	10,7	1 110,1		
Okt.	3 805,9	2 175,3	209,7	1 630,6	418,3	1 199,8	3 702,2	2 153,4	209,7	1 548,8	393,0	382,5	10,5	1 132,3		
Nov.	3 796,1	2 176,9	209,0	1 619,2	461,5	1 207,8	3 677,2	2 153,5	209,0	1 523,7	403,0	392,9	10,1	1 137,9		
Dez.	3 868,5	2 091,1	203,5	1 777,4	471,2	1 262,5	3 753,7	2 062,0	203,5	1 691,7	403,1	400,5	2,6	1 190,3		
Privatbankiers																
Aug.	1 615,3	861,4	184,3	753,9	92,7	131,1	1 609,3	861,1	184,3	748,2	91,8	38,6	53,2	130,8		
Sept.	1 673,8	916,1	209,1	757,7	101,3	136,3	1 668,2	915,9	209,1	752,3	100,4	38,7	61,7	136,0		
Okt.	1 660,2	910,9	202,1	749,3	94,2	163,0	1 653,8	910,7	202,1	743,1	93,3	40,7	52,6	162,7		
Nov.	1 680,7	921,9	202,5	758,8	91,1	160,9	1 673,5	921,6	202,5	751,9	90,3	39,5	50,8	160,6		
Dez.	1 732,8	885,3	196,8	847,5	86,1	161,6	1 723,3	885,1	196,8	838,2	85,2	33,1	52,1	161,3		
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:																
Gewerbliche Zentralkassen																
Aug.	31,2	20,5	0,1	10,7	0,1	1,4	30,9	20,5	0,1	10,4	0,1	0,1	—	1,4		
Sept.	32,0	21,4	0,2	10,6	0,1	1,4	31,8	21,2	0,2	10,6	0,1	0,1	—	1,4		
Okt.	36,3	22,6	0,3	13,7	0,1	1,4	36,1	22,4	0,3	13,7	0,1	0,1	—	1,4		
Nov.	34,6	22,6	0,2	12,0	2,1	1,3	34,4	22,5	0,2	11,9	2,1	2,1	—	1,3		
Dez.	28,0	17,6	0,2	10,4	5,8	1,4	27,9	17,5	0,2	10,4	5,8	5,8	—	1,4		
Gewerbliche Kreditgenossenschaften																
Aug.	1 453,3	981,3	26,3	472,0	150,8	214,2	1 449,8	980,2	26,3	469,6	146,2	142,3	3,9	211,9		
Sept.	1 491,4	1 018,1	27,8	473,3	154,1	224,1	1 487,7	1 016,7	27,8	471,0	150,1	146,1	4,0	221,6		
Okt.	1 532,3	1 047,7	29,9	484,6	157,8	237,0	1 528,7	1 046,4	29,9	482,3	153,0	149,3	3,7	234,4		
Nov.	1 565,7	1 080,4	28,6	485,3	164,6	246,2	1 562,3	1 079,2	28,6	483,1	160,0	155,7	4,3	242,8		
Dez.	1 549,8	1 052,4	34,0	497,4	167,2	257,6	1 546,2	1 051,1	34,0	495,1	162,5	158,3	4,2	254,1		
Ländliche Zentralkassen																
Aug.	417,9	210,9	68,3	207,0	10,6	57,6	417,9	210,9	68,3	207,0	10,6	10,6	0,0	57,5		
Sept.	462,8	265,8	95,2	197,0	10,9	59,1	462,8	265,8	95,2	197,0	10,8	10,8	0,0	59,0		
Okt.	430,3	233,6	99,9	196,7	11,2	60,6	430,3	233,6	99,9	196,7	11,1	11,1	0,0	60,5		
Nov.	439,6	242,7	101,2	196,9	12,8	63,2	439,5	242,6	101,2	196,9	12,7	12,7	0,0	63,1		
Dez.	449,6	252,9	100,4	196,7	14,5	63,6	449,6	252,9	100,4	196,7	14,3	14,3	0,0	63,5		
Ländliche Kreditgenossenschaften (Teilerhebung ⁴⁾)																
Aug.	606,9	505,8	1,5	101,1	94,5	120,6	606,9	505,8	1,5	101,1	94,5	91,2	3,3	120,6		
Sept.	613,0	517,7	1,7	95,3	97,1	124,6	613,0	517,7	1,7	95,3	97,1	93,6	3,5	124,6		
Okt.	623,1	527,9	1,5	95,2	100,2	129,0	623,1	527,9	1,5	95,2	100,2	96,6	3,6	129,0		
Nov.	632,1	538,6	1,3	93,5	102,3	131,8	632,1	538,6	1,3	93,5	102,3	99,0	3,3	131,8		
Dez.	638,8	540,8	1,5	98,0	105,7	137,4	638,8	540,8	1,5	98,0	105,7	102,2	3,5	137,4		

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als und langfristige durchlaufende Kredite. — 4) Angaben für alle ländlichen Kreditgenossenschaften siehe Tabelle V 2.

Kredite der Kreditinstitute

gruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Kreditinstituten des Bundesgebiets

Mio DM

Nichtbanken								Kredite an Kreditinstitute							Stand am Monats- ende	
bis 6 entfallen auf:								kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ²⁾)		
Öffentlich-rechtliche Körperschaften									ins- gesamt	Debitoren		Wechsel- kredite	ins- gesamt			dar- unter Debi- toren
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)			ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite					
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29		
Kreditbanken, Aufgliederung																
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken																
107,9	7,7	99,4	0,8	15,9	14,4	1,5	4,7	451,7	176,0	4,4	275,7	20,9	20,0	46,2	Aug.	
92,3	8,4	83,1	0,8	15,7	14,2	1,5	4,7	425,8	174,3	3,0	251,5	20,5	19,6	46,5	Sept.	
143,9	8,3	134,6	1,0	16,8	15,3	1,5	4,7	494,0	178,0	4,1	316,0	24,1	23,2	57,8	Okt.	
120,8	9,6	110,3	0,9	18,1	16,6	1,5	4,7	481,7	169,4	6,2	312,3	29,2	28,2	54,6	Nov.	
58,1	5,2	51,9	1,0	18,8	17,3	1,5	4,7	449,2	198,4	7,0	250,8	42,9	42,2	58,9	Dez.	
Staats-, Regional- und Lokalbanken																
119,7	21,9	92,2	5,6	37,3	37,3	—	60,7	255,5	77,8	0,9	177,7	22,6	22,6	2,5	Aug.	
122,1	21,5	90,7	9,9	25,1	25,1	—	63,3	258,1	84,4	1,2	173,7	21,0	21,0	2,3	Sept.	
103,7	21,9	72,1	9,7	25,3	25,3	—	67,5	227,2	76,3	1,3	150,9	29,6	29,6	2,3	Okt.	
118,9	23,4	86,5	9,0	58,5	58,5	—	69,9	250,7	94,3	2,2	156,4	30,0	30,0	12,8	Nov.	
114,8	29,1	77,2	8,5	68,1	68,1	—	72,2	280,0	95,6	2,0	184,4	28,5	28,5	15,1	Dez.	
Privatbankiers																
6,0	0,3	5,7	0,0	0,9	0,0	0,9	0,3	59,6	25,7	1,5	33,9	2,9	1,3	3,7	Aug.	
5,6	0,2	5,3	0,1	0,9	0,1	0,8	0,3	62,4	29,9	2,3	32,5	2,8	1,3	0,7	Sept.	
6,4	0,2	6,2	0,0	0,9	0,1	0,8	0,3	57,0	26,2	2,2	30,8	2,8	1,3	0,8	Okt.	
7,2	0,3	6,9	0,0	0,8	0,0	0,8	0,3	56,3	24,5	1,7	31,8	5,0	3,5	0,8	Nov.	
9,5	0,2	9,3	0,0	0,9	0,1	0,8	0,3	70,0	30,2	1,6	39,8	3,1	1,5	1,3	Dez.	
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:																
Gewerbliche Zentralkassen																
0,3	—	0,3	—	—	—	—	—	324,9	125,4	—	199,5	2,0	2,0	56,8	Aug.	
0,2	0,2	0,0	—	—	—	—	—	335,1	135,1	—	200,0	2,1	2,1	58,3	Sept.	
0,2	0,2	0,0	—	—	—	—	—	330,1	129,5	—	200,6	2,1	2,1	60,0	Okt.	
0,2	0,1	0,1	—	—	—	—	—	330,6	133,5	—	197,1	2,2	2,2	61,3	Nov.	
0,1	0,1	—	—	—	—	—	—	334,2	130,8	—	203,4	3,6	3,6	62,2	Dez.	
Gewerbliche Kreditgenossenschaften																
3,5	1,1	2,1	0,3	4,6	4,6	—	2,3	10,7	3,5	—	7,2	4,9	4,3	0,3	Aug.	
3,7	1,4	2,0	0,3	4,0	4,0	—	2,5	10,7	3,3	—	7,4	4,8	4,2	0,2	Sept.	
3,6	1,3	2,0	0,3	4,8	4,8	—	2,6	12,7	3,5	—	9,2	4,7	4,1	0,3	Okt.	
3,4	1,2	1,8	0,4	4,6	4,6	—	3,4	14,2	4,0	—	10,2	4,5	3,9	0,2	Nov.	
3,6	1,3	1,8	0,5	4,7	4,7	—	3,5	13,0	3,7	—	9,3	4,4	3,8	0,2	Dez.	
Ländliche Zentralkassen																
—	—	—	—	—	—	—	0,1	295,7	189,1	1,0	106,6	24,1	24,1	70,5	Aug.	
0,0	0,0	—	—	0,1	0,1	—	0,1	274,6	179,2	1,1	95,4	24,5	24,5	72,5	Sept.	
0,0	0,0	—	—	0,1	0,1	—	0,1	264,0	173,9	1,6	90,1	25,6	25,6	74,1	Okt.	
0,1	0,1	0,0	—	0,1	0,1	—	0,1	250,0	167,1	2,2	82,9	23,3	23,3	73,0	Nov.	
0,0	—	0,0	—	0,2	0,2	—	0,1	246,9	160,0	3,1	86,9	24,3	24,3	74,3	Dez.	
Ländliche Kreditgenossenschaften (Teilerhebung) ⁴⁾																
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Aug.	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Sept.	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Okt.	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Nov.	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez.	

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mio RM betrug. — ²⁾ Einschließlich mittelfristiger „durchlaufender Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen

4. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierung-Aktiengesellschaft

in Mio DM

Stand am Monatsende	Mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken			Kredite an Kreditinstitute
	inagesamt	davon an		
		Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	
1952				
April	1 577,7	1 515,0	62,7	2 169,7
Mai	1 583,9	1 521,2	62,7	2 187,4
Juni	1 591,7	1 529,0	62,7	2 221,5
Juli	1 617,5	1 548,1	69,4	2 244,8
August	1 635,9	1 561,8	74,1	2 275,0
September	1 658,7	1 581,9	76,8	2 336,9
Oktober	1 701,4	1 620,6	80,8	2 381,5
November	1 776,0	1 692,5	83,5	2 420,7
Dezember	1 850,7	1 762,2	88,5	2 446,8
1953				
Januar	1 923,9	1 829,5	94,4	2 465,2
Februar	1 968,1	1 841,2	126,9	2 508,5
März	2 006,1	1 873,7	132,4	2 538,4
April	2 095,4	1 947,3	148,1	2 581,5
Mai	2 133,4	1 977,0	156,4	2 619,6
Juni	2 161,2	2 004,8	156,4	2 651,4
Juli	2 185,3	2 027,9	157,4	2 684,5
August	2 209,3	2 051,9	157,4	2 736,3
September	2 226,4	2 069,1	157,3	2 782,5
Oktober	2 212,7	2 055,6	157,1	2 813,9
November	2 201,7	2 044,6	157,1	2 827,5
Dezember	2 216,0	2 058,9	157,1	2 827,6
1954				
Januar	2 254,4	2 097,4	157,0	2 809,2

5. Kurz-, mittel- und langfristige Bankkredite ¹⁾

(ohne Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen)

in Mio DM

Stand Ende	Kredite an Nichtbanken insgesamt	davon																			
		darunter											Wohnungsbau	Versorgungsbetriebe	Handel	Zentrale Einfuhr- und Vorratsstellen	Land-Forst- und Wasserwirtschaft ³⁾	sonstige öffentliche Kreditnehmer ⁴⁾	übrige Wirtschaftszweige und Kreditnehmer ⁵⁾	Kredite der Teilzahlungsinstitute	nicht aufgliederbare Kredite ⁶⁾
		Industrie und Handwerk	Bergbau	Eisen und Metall schaffende Industrie, Gießerei	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	chemische und pharmazeutische Industrie	Nahrungs- und Genussmittelindustrie	Textil-, Leder-, Schuhindustrie; Bekleidungs-gewerbe	für die Bauwirtschaft arbeitende Industriezweige ²⁾											
Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende																					
Kurzfristige Kredite (ohne Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen)																					
1949 Dez.	9 679	4 753	196	291	542	304	426	857	732	435	129	94	2 956	104	207	254	855	.	327		
1950 .	13 573	6 739	140	439	825	366	412	1 329	1 378	645	209	95	4 403	197	302	190	1 052	203	183		
1951 .	15 783	8 131	158	514	1 161	555	574	1 331	1 768	670	141	109	4 740	626	244	230	1 048	294	220		
1952 .	19 161	9 800	320	742	1 522	650	647	1 481	1 738	896	154	103	5 787	829	355	217	1 185	441	290		
1953 März	20 001	10 448	346	740	1 670	645	758	1 495	1 872	1 017	165	83	6 094	723	401	157	1 261	417 ⁷⁾	252		
Juni	20 395	10 631	310	775	1 717	663	713	1 403	2 002	1 081	181	89	6 191	722	452	171	1 210	459	289		
Sept.	21 155	10 900	327	780	1 691	678	625	1 380	2 262	1 113	202	91	6 646	559	474	182	1 328	481	292		
Dez.	21 810	11 196	430	772	1 717	720	676	1 576	2 092	1 136	225	109	6 844	511	496	163	1 440	524	302		
Mittel- und langfristige Kredite																					
1949 Dez.	2 608	500	227	12	59	44	9	38	37	21	673	248	59	—	63	155	158	.	752		
1950 .	7 263	1 771	435	138	300	138	106	140	168	106	2 246	724	183	—	335	578	588	46	792		
1951 .	11 355	2 930	587	272	476	248	193	250	306	167	3 635	978	360	—	606	1 050	898	76	822		
1952 .	15 979	4 092	784	534	654	284	253	346	396	219	5 307	1 205	548	—	935	1 749	1 215	161	767		
1953 März	17 219	4 464	855	639	701	313	285	358	420	241	5 668	1 284	620	—	996	1 924	1 350	168	745		
Juni	18 820	4 920	902	779	748	343	334	395	446	269	6 150	1 355	667	—	1 071	2 211	1 508	190	748		
Sept.	20 717	5 398	980	898	813	368	370	418	479	288	6 814	1 436	740	5	1 136	2 544	1 703	208	733		
Dez.	22 754	5 853	1 075	1 016	847	382	369	479	509	318	7 701	1 437	847	11	1 270	2 781	1 894	266	694		

¹⁾ Kredite aller zur Bankenstatistik der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken berichtenden Kreditinstitute, Teilzahlungsinstitute, KfW, Finag, Postscheck- und Postsparkassenämter; nicht erfasst sind ca. 9 500 kleine ländliche Kreditgenossenschaften mit etwa 500 Mio DM Kreditvolumen Ende Juni 1953. Die Angaben über die kurzfristigen Kredite (mit Ausnahme der Angaben der Teilzahlungsinstitute) sind geschätzt auf Grund der Ergebnisse einer Teilerhebung bei rd. 760 Instituten. — ²⁾ Steine und Erden, Flachglas, Sägerei und Holzbearbeitung, Baugewerbe, Baueingewerbe. — ³⁾ Die Kredite der nichterfaßten ländlichen Kreditgenossenschaften (vgl. Anm. ¹⁾) dürften zu einem relativ großen Teil Kredite an die Landwirtschaft darstellen. — ⁴⁾ Hierunter fallen alle Kredite an öffentlich-rechtliche Körperschaften, soweit sie nicht unter den einzelnen Wirtschafts- bzw. Industriezweigen ausgewiesen sind, sowie die in der Kreditnehmerstatistik zum Teil gesondert ausgewiesenen Kredite für Bau und Unterhaltung von Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen. — ⁵⁾ Kredite an Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Fremdenverkehr und „sonstige private Kreditnehmer“ sowie Frachtstundungskredite. — ⁶⁾ Kurzfristige Kredite: Nichtaufgliederbare Kredite von Hypothekenbanken, sonstigen und überregionalen Instituten; Ende 1949 außerdem 126 Mio DM nichtaufgegliederte umgestellte RM-Kredite. Mittel- und langfristige Kredite: Ausleihungen der Geschäftsbanken vor der Währungsreform. — ⁷⁾ Rückgang der kurzfristigen Kredite der Teilzahlungsinstitute erklärt sich zum Teil durch Verlagerung zu den mittelfristigen Krediten.

6. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds ¹⁾

VII. Kreditvolumen

in Mio DM

Freigaben	Stand					
	1949	1950	1951	1952	1953 ²⁾	1954
	31. Dezember					Januar
Summe der Freigaben	470,0	2 640,5	3 654,2	4 079,2	4 343,5	4 351,6
davon in Anspruch genommen:						
insgesamt	452,5	2 412,7	3 349,9	3 924,1	4 278,4	4 292,8
davon über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für:						
Energie (Elektrizitätswirtschaft)	110,0	541,5	777,4	824,2	837,9	839,9
Kohlenbergbau	185,0	417,9	512,0	560,6	591,8	592,5
Sonstige Industrie	35,0	389,4	464,3	496,8	550,2	554,7
Landwirtschaft	5,0	182,7	255,8	337,7	368,1	368,8
Wohnungsbau	0,0	175,1	293,0	402,5	461,5	461,8
Seeschifffahrt	—	85,5	135,1	160,7	179,0	179,2
Gas und Wasser	—	65,5	71,0	85,1	89,3	90,1
Straßenbahnen	—	12,8	17,3	17,3	17,3	17,3
Fischdampfer	—	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Eisen und Stahl	—	67,8	150,3	167,5	178,8	178,8
Fremdenverkehr	—	11,0	21,5	22,2	22,9	22,9
Kleininvestitionen, Flüchtlingsbetriebe	—	70,5	70,5	76,9	80,6	82,5
Binnenschifffahrt	—	4,7	9,4	9,4	9,4	9,4
Binnenhäfen	—	4,7	10,0	10,0	10,0	10,0
Privatbahnen	—	2,2	6,8	6,8	6,8	6,8
Seehäfen	—	2,9	4,7	4,7	4,7	4,7
Verkehrsgewerbe	—	0,3	0,6	0,7	1,4	1,4
Waggonbau	—	—	—	19,1	45,0	45,0
Bundespost	—	20,0	20,0	20,0	24,5	24,8
Bundesbahn	—	—	—	—	—	40,0
Investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollar- raum	—	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Exportintensive Industrie	—	—	12,1	42,3	45,1	45,1
Forschung	—	—	0,2	0,4	0,5	0,5
Bewag (Berlin)	44,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Besatzungswohnungsbau	30,1	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Kredite über						
Vertriebenenbank AG	—	—	10,0	25,0	28,5	29,5
Finanzierungs-AG für:						
Südwestdeutsche Eisenbahnen	30,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie						
(Elektrizitätswirtschaft)	13,0	14,0	— ³⁾	—	—	—
Gaswirtschaft	0,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Bundeshauptkasse Bonn für:						
Zuschüsse für die						
Landwirtschaft	—	20,0	33,6	87,8	111,1	112,1
Forschung	—	11,6	16,0	26,3	30,4	30,9
Exportförderung	—	—	1,0	2,6	2,6	2,6
Wohnungsbau	—	—	0,3	0,3	0,3	0,3
Invest. zur Förderung des Absatzes im Dollarraum	—	—	—	2,6	3,1	3,1
Produktivitätsprogramm	—	—	—	—	3,4	3,4
Verschiedene Zwecke	—	—	9,2	11,9	13,2	13,7
Industriekreditbank AG	—	—	18,1	33,4	40,1	40,1
Industriebank AG Berlin für:						
Verschiedene Zwecke	—	175,4	292,5	332,2	343,7	343,7
Noch nicht in Anspruch ge- nommen	17,5	227,8	304,3	155,1	65,1	58,8

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Berichtigung: ohne 360 Mio DM, die die Bundesbahn aus GARIOA-Mitteln zur Bezahlung von Waggon-Einfuhren erhalten hat, sowie ohne 100 Mio DM, die Berlin im Mai 1951 aus GARIOA-Mitteln für Investitionskredite zur Verfügung gestellt wurden. — ²⁾ Ab August 1951 in den über die Kreditanstalt für Wiederaufbau weitergeleiteten Beträgen enthalten. — ³⁾ Ab März 1953 einschließlich MSA-Mittel.

Sollzinsen	Baden- Württemberg ²⁾		Bayern ²⁾		Bremen ²⁾		Hamburg ²⁾	
	Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 11. 6. 1953							
Diskontsatz	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
Lombardsatz	4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2	
	Kreditkosten, gültig ab:							
	11. 6. 1953		11. 6. 1953		11. 6. 1953		11. 6. 1953	
	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung ¹⁾								
a) zugesagte Kredite	Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz	
Zinsen	+ 1/2 0/0		+ 1/2 0/0 ⁶⁾		+ 1/2 0/0		+ 1/2 0/0	
Kreditprovision	1/4 0/0 p. M.	8	1/4 0/0 p. M. ⁶⁾	8	1/4 0/0 p. M.	8	1/4 0/0 p. M.	8
b) Kontoüberziehungen	Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz	
Zinsen	+ 1/2 0/0		+ 1 1/2 0/0		+ 1/2 0/0		+ 1/2 0/0	
Überziehungsprovision	1/8 0/00 p. T.	9 1/2	1/8 0/00 p. T.	10 1/2	1/8 0/00 p. T.	9 1/2	1/8 0/00 p. T.	9 1/2
2. Akzeptkredite (Normal- konditionen)	Diskontsatz		Diskontsatz		Diskontsatz		Diskontsatz	
Zinsen	+ 1/2 0/0		+ 1/2 0/0		+ 1/2 0/0		+ 1/2 0/0	
Akzeptprovision	1/4 0/0 p. M.	7	1/4 0/0 p. M.	7 ⁶⁾	1/4 0/0 p. M.	7	1/4 0/0 p. M.	7
3. Kosten für Wechselkredite								
a) Abschnitte von DM 20 000 und höher	Diskontsatz		Diskontsatz		Diskontsatz		Diskontsatz	
Zinsen	+ 1/2 0/0		+ 1 1/2 0/0		+ 1/2 0/0 - 1 0/0		+ 1 0/0	
Diskontprovision	1/8 0/0 p. M.	5 1/2	1 0/00 p. M.	6 1/5	1/8 0/0 p. M.	5 1/2 - 6	1/8 0/0 p. M.	6
b) Abschnitte von DM 5 000 bis unter 20 000	Diskontsatz		Diskontsatz		Diskontsatz		Diskontsatz	
Zinsen	+ 1/2 0/0		+ 1 1/2 0/0		+ 1/2 0/0 - 1 0/0		+ 1 0/0	
Diskontprovision	1/8 0/0 p. M.	5 1/2	1 0/00 p. M.	6 1/5	1/8 0/0 p. M.	5 1/2 - 6	1/8 0/0 p. M.	6
c) Abschnitte von DM 1 000 bis unter 5 000	Diskontsatz		Diskontsatz		Diskontsatz		Diskontsatz	
Zinsen	+ 1 0/0		+ 1 1/2 0/0		+ 1/2 0/0 - 1 0/0		+ 1 0/0	
Diskontprovision	1/8 0/0 p. M.	6	1/8 0/0 p. M.	6 1/2	1/8 0/0 p. M.	6 - 6 1/2	1/8 0/0 p. M.	6 1/2
d) Abschnitte unter DM 1 000	Diskontsatz		Diskontsatz		Diskontsatz		Diskontsatz	
Zinsen	+ 1 0/0		+ 1 1/2 0/0		+ 1/2 0/0 - 1 0/0		+ 1 0/0	
Diskontprovision	1/8 0/0 p. M.	6 1/2	1/8 0/0 p. M.	7	1/4 0/0 p. M.	7 - 7 1/2	1/4 0/0 p. M.	7 1/2
4. Ziehungen auf Kundschaft								
Zinsen	keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Kreditprovision								
Umsatzprovision	keine Angabe		1/8 0/0 pro Semester, mindest. vom 3fachen des Höchst- Soll-Saldos		1/2 0/00 d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2 0/0 pro Semest. a. Kreditbetrag		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatz- provision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen.	
Minstdiskontspesen	DM 2,—		DM 2,—		DM 2,—		DM 2,—	
Domizilprovision	1/2 0/00 mind. DM -,50		nicht festgesetzt		1/2 0/00		nicht festgesetzt	

1) Zusammengestellt nach Angaben der Landeszentralbanken auf Grund der Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Zentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind der Bankaufsichtsbehörde zulässig. — 2) Höchstsätze. — 3) Richtsätze. — 4) Wenn die festgesetzten Sollzinssätze für Kredite in laufender Rechnung gültig ab 1. Oktober 1953. — 5) Bei Abschnitten unter DM 1 000,— ist unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch

geltende Zinskonditionen 1)

in Prozenten jährlich

IX. Sonstige Geld- und Kreditstatistik

Hessen ²⁾		Niedersachsen ²⁾		Nordrhein-Westfalen ²⁾		Rheinland-Pfalz ²⁾		Schleswig-Holstein ²⁾	
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 11. 6. 1953									
3 1/2 4 1/2		3 1/2 4 1/2		3 1/2 4 1/2		3 1/2 4 1/2		3 1/2 4 1/2	
Kreditkosten, gültig ab:									
11. 6. 1953		11. 6. 1953		11. 6. 1953		11. 6. 1953		11. 6. 1953	
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	8	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	8	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	8	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	8	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	8
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	9 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	9 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	9 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	9 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	9 1/2
Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	7	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	7	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	7	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	7	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	7
Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	5 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	5 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	5 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	5 1/2	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	6
Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	6	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	6	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	6	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ -1/12 ⁰ /0 p. M.	5 1/2-6	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	6
Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	6 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	6 1/2
Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	6 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	7	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	6 1/2 ⁷⁾	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	6 1/2 ⁷⁾	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	7 1/2 ⁸⁾
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	8	keine Festsetzung		keine Festsetzung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	8	keine Festsetzung	
1/8 ⁰ /0 mindestens aus doppeltem Kredit- betrag pro Quartal		keine Festsetzung		1/8 ⁰ /0 pro Semester		1/8 ⁰ /0 v. d. größ. Seite, mindest. a. d. zweifache Höchstschild pro Quartal		Die Berechnung der Um- satzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Soll- zinsabkommens in Verbin- dung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debi- torischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.	
DM 2,— 1/2 ⁰ /00 mind. DM -,50		DM 2,— 1/2 ⁰ /00 mind. DM -,50		DM 2,— 1/2 ⁰ /00 mind. DM -,50		DM 2,— 1/2 ⁰ /00 mind. DM -,50		DM 2,— nicht festgesetzt	

Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionssätzen. Diskont- und Lombardsatz sind aus den aufgeführten Zinssätzen der Landeszen- sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ²⁾ Normalsätze, Überschreitungen in begründeten Fällen mit Genehmigung der zu- Rechnung durch eine Senkung des Lombardsatzes unter 5⁰/0 p. a. fallen würden, kann gleichwohl ein Satz bis zu 5⁰/0 p. a. berechnet werden. — eine Bearbeitungsgebühr von DM 1,— bis DM 2,— in Ansatz zu bringen. — ⁸⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze.

Habenzinsen	Baden- Württemberg	Bayern	Bremen	Hamburg
gültig ab:	1. 7. 1953	1. 7. 1953	1. 7. 1953	1. 7. 1953
1. für täglich fällige Gelder				
a) in provisionsfreier Rechnung	$\frac{3}{4}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{3}{4}$ ¹⁾
b) in provisionspflichtiger Rechnung	$1\frac{1}{4}$	$1\frac{1}{4}$	$1\frac{1}{4}$	$1\frac{1}{4}$
gültig ab:	27. 10. 1950	1. 11. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
2. Spareinlagen				
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3	3	3	3
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist				
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	$3\frac{1}{2}$	$3\frac{1}{2}$	$3\frac{1}{2}$	$3\frac{1}{2}$
gültig ab:	1. 2. 1953	1. 2. 1953	1. 2. 1953	1. 2. 1953
2) von 12 Monaten und darüber	$4\frac{1}{4}$	$4\frac{1}{4}$	$4\frac{1}{4}$	$4\frac{1}{4}$
gültig ab:	1. 7. 1953	1. 11. 1953	1. 7. 1953	1. 7. 1953
3. für Kündigungsgelder				
a) 1 und weniger als 3 Monate	$2\frac{1}{4}$	$2\frac{1}{4}$	$2\frac{1}{4}$	$2\frac{1}{4}$
b) 3 und weniger als 6 Monate	$2\frac{5}{8}$	$2\frac{5}{8}$	$2\frac{5}{8}$	$2\frac{5}{8}$
c) 6 und weniger als 12 Monate	$3\frac{1}{8}$	$3\frac{1}{8}$	$3\frac{1}{8}$	$3\frac{1}{8}$
d) 12 Monate und darüber	$3\frac{1}{2}$	$3\frac{1}{2}$	$3\frac{1}{2}$	$3\frac{1}{2}$
4. Festgelder				
a) 30 bis 89 Tage	$2\frac{1}{4}$	$2\frac{1}{4}$	$2\frac{1}{4}$	$2\frac{1}{4}$
b) 90 bis 179 Tage	$2\frac{5}{8}$	$2\frac{5}{8}$	$2\frac{5}{8}$	$2\frac{5}{8}$
c) 180 bis 359 Tage	3	3	3	3
d) 360 Tage und darüber	$3\frac{3}{8}$	$3\frac{3}{8}$	$3\frac{3}{8}$	$3\frac{3}{8}$
Zinsvoraus bei Genossen- schaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsauf- sichtsamtes für das Kredi- twesen für die Gewäh- rung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 in der Fassung vom 4. 3. 1941.	Grundsätze des Reichsauf- sichtsamtes für das Kredi- twesen für die Gewäh- rung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Ände- rungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	$\frac{1}{4}$ höchstens	Der Zinsvoraus darf mit höchstens $\frac{1}{4}\%$ von den- jenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren ge- samte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindest- reserven der Landeszentral- bank der Hansestadt Ham- burg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1000000.— nicht überschritten haben.

¹⁾ Zusammengestellt nach Angaben der Landeszentralbanken auf Grund der Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Länderschaft im Sinne des § 3 des Mantelvertrages vom 22. 12. 1936 gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — schaft $1\frac{1}{2}\%$.

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

IX. Sonstige Geld- und Kreditstatistik

Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein
1. 7. 1953	1. 7. 1953	1. 7. 1953	1. 7. 1953	1. 7. 1953
3/4	3/4	3/4	3/4 ³⁾	3/4
1 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4 ⁴⁾	1 1/4
1. 12. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950	1. 11. 1950	1. 1. 1951
3	3	3	3	3
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
1. 2. 1953	1. 2. 1953	1. 2. 1953	1. 2. 1953	1. 2. 1953
4 1/4	4 1/4	4 1/4	4 1/4	4 1/4
1. 7. 1953	1. 7. 1953	1. 7. 1953	1. 7. 1953	1. 7. 1953
ab DM 50 000 Einlage- betrag	ab DM 50 000 Einlage- betrag	ab DM 50 000 Einlage- betrag	ab DM 50 000 Einlage- betrag	ab DM 50 000 Einlage- betrag
2 1/4 2 1/2	2 1/4 2 1/2	2 1/4 2 1/2	2 1/4 2 1/2	2 1/4 2 1/2
2 5/8 2 7/8	2 5/8 2 7/8	2 5/8 2 7/8	2 5/8 2 7/8	2 5/8 2 7/8
3 1/8 3 3/8	3 1/8 3 3/8	3 1/8 3 3/8	3 1/8 3 3/8	3 1/8 3 3/8
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
2 1/4 2 1/2	2 1/4 2 1/2	2 1/4 2 1/2	2 1/4 2 1/2	2 1/4 2 1/2
2 5/8 2 7/8	2 5/8 2 7/8	2 5/8 2 7/8	2 5/8 2 7/8	2 5/8 2 7/8
3 3 1/4	3 3 1/4	3 3 1/4	3 3 1/4	3 3 1/4
3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8
1/4 höchstens	Ein Zinsvoraus von 1/4% darf von den Kreditgenossenschaften (mit Ausnahme der Zentralkassen) und den kleineren und mittleren Banken (mit einer Bilanzsumme bis zu 20 000 000,— DM) für täglich fällige Gelder, für Kündigungs- und Festgelder sowie Spareinlagen gewährt werden. Maßgebend für die Feststellung der Bilanzsumme ist der letzte Jahresabschluß. Privatbankfirmen dürfen die für täglich fällige Gelder, Kündigungs- und Festgelder vorgesehenen Höchstzinssätze bis um 1/2%, die für Spareinlagen vorgesehenen Höchstzinssätze bis um 1/4% überschreiten.	1/4	Zinsvoraus darf gewährt werden nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamts für das Kreditwesen v. 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen v. 23. 12. 1936, mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein über Mindestreserven vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1948 den Betrag von DM 1 000 000,— nicht überschritten haben.

der über die Festsetzung von Zins- und Provisionsätzen. Diese Höchstsätze gelten gegenüber der Nichtbankierkundschaft. Als Nichtbankier-
²⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 0/0. — ³⁾ Der Bankierkundschaft 1 0/0. — ⁴⁾ Der Bankierkund-

4. Girale Verfügungen von Nichtbanken
bei den Kreditinstituten und den Postscheckkämtern *) 1) (in Mio DM)

Zeit	Girale Verfügungen	Zeit	Girale Verfügungen
1952 Mai	38 525,6	März	43 922,3
Juni	40 028,0	April	42 707,9
Juli	40 893,2	Mai	41 581,6
August	40 585,3	Juni	45 827,4
September	43 671,0	Juli	45 920,7
Oktober	44 329,7	August	44 013,5
November	41 884,7	September	47 396,8
Dezember	49 555,9	Oktober	48 387,6
1953 Januar	42 653,1	November	45 777,0
Februar	38 270,5	Dezember	55 111,5

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne ländliche Kreditgenossenschaften.

5. Auflegung und Absatz von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien (Bundesgebiet, in Mio DM)

Zeit	Langfristige Schuldverschreibungen						Aktien		Langfristige Schuldverschreibungen und Aktien seit der Währungsreform	
	davon					insgesamt		jährlich bzw. monatlich		seit der Währungsreform
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Anleihen der öffentlichen Hand	jährlich bzw. monatlich	seit der Währungsreform			
Auflegung										
1948 (21. 6. — 31. 12.)	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	0,5	0,5	47,0
1949	352,5	128,5	300,7	160,0 ²⁾	420,4 ¹⁾	1 362,1	1 408,6	41,6	42,1	1 450,7
1950	244,5	190,1	153,5	8,0	217,1 ³⁾	813,2	2 221,8	55,4	97,5	2 319,3
1951	505,0	57,0	100,2	—	73,0	735,2	2 957,0	173,8	271,3	3 228,3
1952	754,4	208,0	94,1	—	799,9	1 856,4	4 813,4	288,9	560,2	5 373,6
1953	1 365,5	828,7	330,5	100,0	425,9	3 050,6	7 864,0	287,0	847,2	8 711,2
1953 Januar	115,0	40,0	—	—	2,5	157,5	4 970,9	24,0	584,2	5 555,1
Februar	20,0	25,0	10,0	—	25,5	80,5	5 051,4	9,2	593,4	5 644,8
März	114,0	70,0	—	—	43,5	227,5	5 278,9	61,0	654,4	5 933,3
April	30,0	22,0	—	—	78,5	130,5	5 409,4	1,9	656,3	6 065,7
Mai	107,0	—	20,0	—	25,0	152,0	5 561,4	31,9	688,2	6 249,6
Juni	5,0	128,5	14,0	50,0	20,0	217,5	5 778,9	51,0	739,2	6 518,1
Juli	200,0	40,0	30,0	—	26,5	296,5	6 075,4	5,1	744,3	6 819,7
August	159,0	60,0	55,0	—	67,0	341,0	6 416,4	9,7	754,0	7 170,4
September	26,0	35,0	6,0	50,0	57,3	174,3	6 590,7	21,4	775,4	7 366,1
Oktober	216,0	70,0	60,0	—	24,0	370,0	6 960,7	36,3	811,7	7 772,4
November	190,0	81,6	60,5	—	8,3	340,4	7 301,1	6,0	817,7	8 118,8
Dezember	183,5	256,6	75,0	—	47,8	562,9	7 864,0	29,5	847,2	8 711,2
1954 Januar	57,8	57,0	115,4	—	36,0	266,2	8 130,2	31,4	878,6	9 008,8
Seit der Währungsreform bis einschl. Januar 1954	3 312,2	1 473,3	1 104,4 ⁴⁾	268,0	1 972,3 ⁵⁾	8 130,2	8 130,2	878,6	878,6	9 008,8
Absatz										
1948 (21. 6. — 31. 12.)	6,3	2,3	10,0	—	—	18,6	18,6	0,5	0,5	19,1
1949	201,1	33,0	95,7	19,9	420,4 ¹⁾	770,1	788,7	41,3	41,8	830,5
1950	210,7	99,3	53,2	96,2 ³⁾	217,1 ³⁾	676,5	1 465,2	51,2	93,0	1 558,2
1951	468,0	158,9	61,7	1,9	56,9	747,4	2 212,6	164,7	257,7	2 470,3
1952	628,3	161,3	130,3	19,6	418,2	1 357,7	3 570,3	259,3	517,0	4 087,3
1953	1 073,5	429,5	429,9	129,5	786,5	2 848,9	6 419,2	268,7	785,7	7 204,9
1953 Januar	80,9	32,0	0,0	5,9	355,0	473,8	4 044,1	23,5	540,5	4 584,6
Februar	56,2	24,0	4,5	6,7	16,9	108,3	4 152,4	9,0	549,5	4 701,9
März	80,9	25,9	11,4	0,4	52,1	170,7	4 323,1	61,0	610,5	4 933,6
April	79,9	30,1	0,0	0,7	73,3	184,0	4 507,1	4,2	614,7	5 121,8
Mai	80,9	16,0	20,0	0,2	63,0	180,1	4 687,2	16,2	630,9	5 318,1
Juni	44,3	41,9	3,2	3,5	20,0	112,9	4 800,1	51,7	682,6	5 482,7
Juli	58,5	27,1	40,2	57,6	26,6	210,0	5 010,1	6,5	689,1	5 699,2
August	69,8	32,1	56,9	2,5	67,0	228,3	5 238,4	9,7	698,8	5 937,2
September	78,4	19,6	62,0	0,8	57,3	218,1	5 456,5	21,0	719,8	6 176,3
Oktober	118,2	39,6	70,3	43,7	24,0	295,8	5 752,3	31,2	751,0	6 503,3
November	115,2	38,9	40,8	7,4	8,5	210,8	5 963,1	6,0	757,0	6 720,1
Dezember	210,3	102,3	120,6	0,1	22,8	456,1	6 419,2	28,7	785,7	7 204,9
1954 Januar	134,3	93,5	173,2	0,2	25,4	426,6	6 845,8	16,1	801,8	7 647,6
Seit der Währungsreform bis einschl. Januar 1954	2 722,2	977,8	954,0	267,3	1 924,5 ⁶⁾	6 845,8	6 845,8 ⁷⁾	801,8	801,8	7 647,6

1) Davon 310 Mio DM Großzeichner. — 2) Davon 60 Mio DM Großzeichner. — 3) Davon 160 Mio DM Großzeichner. — 4) Davon 115,1 Mio DM Wandelschuldverschreibungen. — 5) Davon 263,8 Mio DM verzinsliche Schatzanweisungen von Bundesländern. — 6) Einschließlich derjenigen Beträge der Bundesbahnleihe, die vorübergehend gegen Sonderschatzanweisungen der Bundesbahn umgetauscht worden sind. — 7) Darunter 208,8 Mio DM an Investitionshilfe-Gläubiger.

6. Die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen IX. Sonstige Geld- und Kreditstatistik
in Mio DM

a) nach Gläubigergruppen und Typen

Gläubigergruppe	Gesamtsumme	Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsgesetzgebung ¹⁾	davon					unverzinsliche Schuldverschreibungen ⁷⁾	3 1/2 %ige Rentenausgleichsforderungen ⁸⁾
			3 %ige Ausgleichsforderungen ²⁾	3 1/2 %ige Ausgleichsforderungen ³⁾	4 1/2 %ige Ausgleichsforderungen ⁴⁾	unverzinsliche Ausgleichsforderungen ⁵⁾	3 %ige Sonderausgleichsforderungen ⁶⁾		
I. Bundesgebiet									
A. Geldinstitute									
Bank deutscher Länder	6 092	5 470	5 470	—	—	—	—	622	
Landeszentralbanken	2 551	2 551	2 551	—	—	—	—	—	
Postscheckämter und Postsparkassen	318	318	318 ⁹⁾	—	—	—	—	—	
Kreditinstitute	6 365	6 365	5 722	—	439	76	128	—	
Zwischensumme	15 326	14 704	14 061	—	439	76	128	622	
B. Versicherungsunternehmen	4 318	2 874 ¹⁰⁾	—	2 775	—	20	79	—	1 444
C. Bausparkassen	62	62	—	61	—	—	1	—	—
D. Insgesamt	19 706 ¹¹⁾	17 640	14 061	2 836	439	96	208	622	1 444
II. West-Berlin									
A. Geldinstitute	507	507	507	—	—	—	—	—	—
B. Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	239	121	—	111	—	—	10	—	118
C. Insgesamt	746 ¹²⁾	628	507	111	—	—	10	—	118

¹⁾ Die Ausgleichsforderungen laut Umstellungsgesetzgebung wurden nach den bestätigten vorläufigen Abschlüssen der Umstellungsrechnungen oder — soweit eine Bestätigung noch nicht vorlag — nach den Übersichten zusammengestellt, die von den Instituten für den Zweck der Zinsberechnung nach dem Stande vom 30. 4. 1953 einzureichen waren. — ²⁾ Normaltyp für Kreditinstitute (Bundesgebiet: § 11 UG, Westberlin: Umstellungs-Ergänzungs-VO vom 20. 3. 1949). — ³⁾ Normaltyp für Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (Bundesgebiet: § 11 der 23. DVO/UG, § 3 der 33. DVO/UG; Westberlin: Art. 11 der DB Nr. 3 zur Umst.Erg.-VO vom 20. 3. 1949, Art. 5 der DB Nr. 7 zur Umst.Erg.-VO vom 20. 3. 1949). — ⁴⁾ Zur Deckung von Schuldverschreibungen u. ä. der Emissionsinstitute (§ 22 UG). — ⁵⁾ Für aufgestockte Zinsverbindlichkeiten der Kreditinstitute (§ 2 der 27. DVO/UG) bzw. für gewisse Rückstellungen der Versicherungsunternehmen (§ 15 der 43. DVO/UG). — ⁶⁾ Für Umstellungskosten (Bundesgebiet: § 2 der 45. DVO/UG; Westberlin: Art. 2 der DB Nr. 10 zur Umst. Erg.-VO vom 20. 3. 1949). Inzwischen getilgt 90 Mio DM; Restbetrag für Bundesgebiet demgemäß 118 Mio DM. — ⁷⁾ Wegen Geldausstattung der Gebietskörperschaft Berlin gem. Mil.Reg.Ges. Nr. 67 (Stand lt. Ausweis der Bdl. vom 31. 12. 1953). — ⁸⁾ Gem. § 5 des Rentenaufbesserungsges. vom 11. 6. 1951 (Betrag lt. Angaben der Bundesschuldenverwaltung auf den 31. 12. 1953). — ⁹⁾ Einstweilen nicht zu verzinsen. — ¹⁰⁾ Die Ausgleichsforderungen einer größeren Zahl von Kleinversicherungsunternehmen (im Einzelfalle kaum mehr als 1 000.— DM) konnten wegen fehlender Meldungen nicht erfaßt werden. Die Gesamtsumme wird dadurch nicht wesentlich beeinflußt. — ¹¹⁾ Die Abweichung der Gesamtsumme der Ausgleichsforderungen aller Gläubigergruppen (19 706 Mio DM) von der Gesamtsumme der Ausgleichslasten von Bund und Ländern lt. Tabelle b (19 824 Mio DM) erklärt sich dadurch, daß die Rentenausgleichsforderungen der West-Berliner Versicherungsunternehmen in den Verpflichtungen des Bundes enthalten sind (am 31. 12. 1953 = 118 Mio DM). — ¹²⁾ Vgl. Anmerkung ¹¹⁾.

b) nach Schuldner¹⁾

Schuldner	Gläubigerinstitute insgesamt	Zentralbankensystem	Postscheckämter und Postsparkassen	Kreditinstitute	Versicherungsunternehmen	Bausparkassen
I. Bund						
Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsgesetzgebung ²⁾	5 672	5 470	202	—	—	—
Unverzinsliche Schuldverschreibungen ³⁾	622	622	—	—	—	—
Rentenausgleichsforderungen ⁴⁾	1 562	—	—	—	1 562	—
Bund insgesamt	7 856	6 092	202	—	1 562	—
II. Länder						
Baden-Württemberg	1 997	385	16	1 088	471	37
Bayern	2 292	451	23	1 277	539	2
Bremen	227	71	—	143	12	1
Hamburg	1 058	197	17	368	475	1
Hessen	1 112	246	12	638	211	5
Niedersachsen	1 348	305	14	755	269	5
Nordrhein-Westfalen	2 968	631	30	1 484	815	8
Rheinland-Pfalz	534	139	4	353	36	2
Schleswig-Holstein	432	126	—	259	46	1
Länder insgesamt	11 968	2 551	116	6 365	2 874	62
III. Bund und Länder	19 824 ⁵⁾	8 643	318	6 365	4 436	62
IV. Gebietskörperschaft Groß-Berlin⁶⁾	628 ⁷⁾	—	26	481	116	5

¹⁾ Die Ausgleichsforderungen sind im Regelfall dem Land zugeordnet, in dem sich der Sitz des Instituts befindet. Die Aufstellung läßt also weitgehend unberücksichtigt die Aufteilung der Ausgleichslast auf mehrere Länder gemäß

a) § 10 Abs. 5 der 2. DVO/UG (gegenüber Kreditinstituten mit Niederlassungen in mehreren Ländern),

b) § 8 der 35. DVO/UG (gegenüber verlagerten Geldinstituten),

c) § 6 Abs. 2 der 46. DVO/UG (gegenüber Postscheckämtern),

außerdem die interne Aufteilung der Ausgleichslast gegenüber Versicherungsunternehmen und Bausparkassen gemäß § 10 der 23. DVO/UG und § 3 der 33. DVO/UG. — ²⁾ Vgl. Anmerkung ¹⁾ zur vorstehenden Tabelle a). — ³⁾ Vgl. Anmerkung ⁷⁾ zur vorstehenden Tabelle a); der Bund erhält gem. Art. 4 des Mil.Reg.Ges. Nr. 67 eine Schuldverschreibung der Gebietskörperschaft Berlin über denselben Betrag. — ⁴⁾ Vgl. Anmerkung ³⁾ zur vorstehenden Tabelle a). — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ¹¹⁾ zur vorstehenden Tabelle a). — ⁶⁾ Betrag ausschließlich der in Anmerkung ³⁾ erwähnten Schuldverschreibung zu Gunsten des Bundes. — ⁷⁾ Vgl. Anmerkung ¹¹⁾ zur vorstehenden Tabelle a).

X. Öffentliche Finanzen

1. Die inländische Neuverschuldung des Bundes¹⁾ (in Mio DM)

Stand am Monatsende	Kreditmarktverschuldung					Verschuldung bei öffentl. Stellen				Ver- schuldung insgesamt
	Gesamt	davon				Gesamt	davon			
		Kassen- kredite	Schatz- wechsel	Unverzinsl. Schatzan- weisungen ²⁾	Prämienschatz anweisungen u. Anleihe von 1952		ERP Son- derver- mögen	Renten- versiche- rungen ⁵⁾	Arbeits- losenver- sicherung	
1952 März	1 288,5	184,1	461,6	606,9	35,9	—	—	—	—	1 288,5
April	1 551,0 ³⁾	271,7	544,2	699,0	36,0	—	—	—	—	1 551,0 ³⁾
Mai	1 575,6	122,9	598,4	818,0	36,3	—	—	—	—	1 575,6
Juni	1 387,5	—	533,2	817,7	36,6	—	—	—	—	1 387,5
Juli	1 336,7	—	480,8	819,2	36,7	—	—	—	—	1 336,7
August	1 341,2	—	471,8	832,5	36,9	—	—	—	—	1 341,2
September	1 255,1	—	394,8	823,4	36,9	—	—	—	—	1 255,1
Oktober	1 183,2	—	316,1	830,1	37,0	—	—	—	—	1 183,2
November	1 065,1	—	232,9	795,1	37,1	—	—	—	—	1 065,1
Dezember	1 045,2	—	110,6	751,0	183,6 ⁴⁾	—	—	—	—	1 045,2
1953 Januar	1 470,5	—	102,7	830,4	537,4	—	—	—	—	1 470,5
Februar	1 480,9	—	101,5	841,9	537,5	—	—	—	—	1 480,9
März	1 488,2	—	86,7	863,9	537,6	—	—	—	—	1 488,2
April	1 437,9	—	65,7	834,6	537,6	59,8	—	46,1	13,7	1 497,7
Mai	1 442,5	—	69,9	835,0	537,6	120,4	—	90,6	29,8	1 562,9
Juni	1 492,5	—	69,8	885,0	537,7	179,9	—	134,9	45,0	1 672,4
Juli	1 492,7	—	70,0	885,0	537,7	239,3	—	179,3	60,0	1 732,0
August	1 544,5	—	132,3	874,4	537,8	350,2	51,0	224,2	75,0	1 894,7
September	1 416,0	—	129,2	749,0	537,8	411,6	51,0	270,6	90,0	1 827,6
Oktober	1 348,8	—	96,3	714,6	537,9	513,2	91,8	316,4	105,0	1 862,0
November	1 295,6	—	82,0	675,7	537,9	574,4	91,8	362,7	120,0	1 870,0
Dezember	1 291,6	—	78,7	674,9	538,0	763,2	219,4	408,8	135,0	2 054,8
1954 Januar	1 227,5	—	64,7	624,8	538,0	824,7	219,4	455,3	150,0	2 052,2

¹⁾ Nur inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform, ohne Ausgleichsforderungen und ohne zinsloses Darlehn der Bank deutscher Länder für die Subskriptionszahlungen der Bundesrepublik an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. —
²⁾ Einschließlich der an die Länder für Finanzausgleichszahlungen weitergegebenen unverzinslichen Schatzanweisungen; ab Ende Januar 1953: 105,4 Mio DM, ab Ende März 1953: 145 Mio DM. — ³⁾ Differenz durch Abrunden. — ⁴⁾ Betrag der bis dahin untergebrachten Bundesanleihe geschätzt. — ⁵⁾ Ohne Berücksichtigung der auf Grund des Gesetzes zum Ausgleich der von den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherungen für das Rechnungsjahr 1952 zu tragenden Mehraufwendungen für Rentenzulagen vom 29. 9. 1953 nachträglich entstandenen Schuldverpflichtungen des Bundes, die der Höhe nach noch nicht feststehen.

2. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts (in Mio DM)

Zeit	Kassen- einnah- men ¹⁾	Kassen- aus- gaben ²⁾	Über- schuß (+) Fehlbe- trag (-)	Zeit	Kassen- einnah- men ¹⁾	Kassen- aus- gaben ²⁾	Über- schuß (+) Fehlbe- trag (-)
1950 April	.	.	- 372	1952 April	1 420	1 688	+ 268
Mai	.	.	- 484	Mai	1 425	1 446	- 21
Juni	.	.	- 109	Juni	1 826	1 397	+ 429
Juli	.	.	- 104	Juli	1 600	1 516	+ 84
August	.	.	+ 59	August	1 621	1 680	- 59
September	.	.	+ 32	September	2 072	1 488	+ 584
Oktober	.	.	+ 51	Oktober	1 725	1 613	+ 112
November	.	.	- 24	November	1 623	1 655	+ 32
Dezember	.	.	+ 80	Dezember	2 236	2 046	+ 190
1951 Januar	.	.	+ 285	1953 Januar	1 843	1 761	+ 82
Februar	.	.	- 33	Februar	1 511	1 515	- 4
März	.	.	+ 13	März	1 833	1 891	- 58
Rechnungsjahr 1950/51	.	.	- 606	Rechnungsjahr 1952/53	20 735	19 696	+ 1 039
1951 April	1 044	1 198	- 154	1953 April	1 657	1 974	- 317
Mai	1 100	1 189	- 89	Mai	1 639	1 684	- 45
Juni	1 126	1 260	- 134	Juni	1 908	1 804	+ 104
Juli	1 176	1 394	- 218	Juli	1 841	1 634	+ 207
August	1 245	1 370	- 125	August	1 727 ³⁾	1 450	+ 277
September	1 480	1 248	+ 232	September	2 103	1 598	+ 505
Oktober	1 452	1 437	+ 15	Oktober	1 833 ³⁾	1 548	+ 285
November	1 365	1 275	+ 90	November	1 637	1 534	+ 103
Dezember	1 770	1 604	+ 166	Dezember	2 209 ³⁾	1 728	+ 481
1952 Januar	1 620	1 397	+ 223	1954 Januar	1 914	1 510	+ 404
Februar	1 349	1 450	- 101				
März	1 647	1 947	- 300				
Rechnungsjahr 1951/52	16 374	16 769	- 395				

¹⁾ Eingänge auf den bei der Bank deutscher Länder unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Eingänge aus Schuldaufnahmen mit Ausnahme der in Anm. ²⁾ genannten Beträge. — ²⁾ Ausgänge aus den bei der Bank deutscher Länder unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Aufwendungen für Schuldentilgung. — ³⁾ Einschl. der beim ERP-Sondervermögen aufgenommenen Kredite; August 50 Mio DM; Oktober 41 Mio DM; Dezember 125 Mio DM. — Quelle: Bank deutscher Länder.

3. Umlauf von verzinslichen Schatzanweisungen und öffentlichen Anleihen im Bundesgebiet *) X. Öffentliche Finanzen
in Mio DM

Stand am Monatsende	Bund		Länder		Gemeinden	Deutsche Bundesbahn		Deutsche Bundespost	Insgesamt
	Prämien-Schatzanweisungen	Anleihen	Verzinsl. Schatzanweisungen	Anleihen	Anleihen	Verzinsl. Schatzanweisungen	Anleihen	Verzinsl. Schatzanweisungen	
1950 Dez.	—	—	—	—	—	77,1	500,4	60,0	637,5
1951 Dez.	33,8	—	15,0	—	—	100,1	451,5 ¹⁾	60,0	660,4
1952 März	35,9	—	19,3	—	—	103,3	165,4	60,0	383,9
Juni	36,6	—	195,5	—	—	108,5	165,4	60,0	566,0
Juli	36,7	—	197,5	—	—	108,5	165,4	60,0	568,1
Aug.	36,9	—	210,8	—	—	105,9	165,4	60,0	579,0
Sept.	36,9	—	214,8	—	—	105,9	165,4	60,0	583,0
Okt.	37,0	—	220,0 ²⁾	—	—	105,9	165,4	60,0	588,3
Nov.	37,1	—	219,3	—	—	118,1	165,4	60,0	609,9
Dez.	37,2	146,0 ³⁾	229,3	5,8	—	114,8	165,4	60,0	758,5
1953 Jan.	37,2	500,2	229,8	24,0	—	114,9	165,4	60,0	1 131,5
Febr.	37,3	500,2	230,3	33,7	—	114,4	165,4	60,0	1 141,3
März	37,4	500,2	240,3	72,3	—	117,8	165,4	60,0	1 193,4
April	37,4	500,2	239,1	142,0	—	119,2	165,4	60,0	1 263,3
Mai	37,4	500,2	239,1	205,0	—	114,7	165,4	60,0	1 321,8
Juni	37,5	500,2	239,1	225,0	—	114,7	239,9	60,0	1 416,4
Juli	37,5	500,2	239,1	228,0	20,0	118,2	272,6	60,0	1 475,6
Aug.	37,6	500,2	239,1	283,0	32,0	118,2	307,2	60,0	1 577,3
Sept.	37,6	500,2	241,6	283,0	32,0	119,5	311,1	60,0	1 585,0
Okt.	37,7	500,2	255,0	293,0	32,0	99,0	311,1	60,0	1 588,0
Nov.	37,7	500,2	255,0	293,0	32,4	107,0	363,1	60,0	1 648,4
Dez.	37,8	500,2	255,0	313,0	32,4	104,7	402,4	60,0	1 705,5
1954 Jan.	37,8	500,2	255,3	338,0	32,4	79,7	402,4	60,0	1 705,8

*) Abweichungen gegenüber den in der Tabelle IX, Nr. 5 „Auflegung und Absatz von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien“ mitgeteilten Zahlen ergeben sich einmal daraus, daß es sich dort um eine Absatzstatistik handelt, in der Tilgungen (insgesamt rd. 69 Mio DM bis Ende Januar 1954) nicht berücksichtigt werden. Zum anderen wird in jener Aufstellung die Anleihe der Bundesbahn von 1949 mit dem vollen Emissionsbetrag (500,4 Mio DM) ausgewiesen, während in der obigen Tabelle der Anleihebetrag um die vorübergehend in Sonderschatzanweisungen umgewandelten Beträge reduziert wurde, die ihrerseits in der Tabelle X, Nr. 4 „Umlauf von unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechseln im Bundesgebiet“ nachgewiesen werden. — ¹⁾ Vgl. Anmerkung *). — ²⁾ Geschätzt.

4. Umlauf von unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechseln im Bundesgebiet
in Mio DM

Stand am Monatsende	Bund		Länder ¹⁾		Deutsche Bundesbahn			Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen		Deutsche Bundespost	Insgesamt (Umlauf am Monatsende) ²⁾
	Unverzinsl. Schatzanweisungen	Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen	Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen	Unverzinsl. Schatzanweisungen Sonderreihe S	Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen	Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen	
1950 Dez.	—	498,7	2,8	250,2	89,4	—	537,6	57,7	33,9	—	1 470,3
1951 Dez.	697,8	608,2	44,9	132,8	151,1	48,9	642,1	4,5	—	—	2 330,3
1952 März	606,9	461,6	103,7	110,6	179,6	335,0	565,1	1,5	+	62,6	2 426,6
Juni	817,7	533,2	73,0	115,3	262,8	335,0	526,1	—	—	110,1	2 773,2
Juli	819,2	480,8	76,8	110,5	319,1	335,0	468,3	—	—	149,4	2 759,1
Aug.	832,5	471,7	84,5	111,8	327,8	335,0	429,0	—	—	150,0	2 742,3
Sept.	823,4	394,8	81,7	78,0	331,2	335,0	398,1	—	—	150,0	2 592,2
Okt.	830,1	316,1	84,6	74,3	335,6	335,0	376,8	—	—	150,0	2 502,5
Nov.	795,2	232,9	123,3	70,8	339,3	335,0	385,4	—	—	150,0	2 431,9
Dez.	751,0	110,6	102,4	66,3	265,4	335,0	528,3	—	—	150,0	2 308,9
1953 Jan.	830,4	102,7	103,7	71,6	261,8	335,0	490,3	—	—	150,0	2 345,5
Febr.	841,9	101,5	134,3	72,0	269,0	335,0	439,3	—	—	150,0	2 343,0
März	863,9	86,7	129,2	67,2	297,7	335,0	424,7	—	—	150,0	2 354,5
April	834,6	65,7	130,0	36,4	310,3	335,0	357,5	—	—	200,0	2 269,4
Mai	835,0	69,9	130,5	35,4	308,4	335,0	377,8	—	—	200,0	2 291,9
Juni	885,0	69,8	132,9	35,7	405,4	260,5 r)	387,5	—	+	199,9	2 376,7 r)
Juli	885,0	70,0	131,0	33,5	411,2	227,8 r)	414,4	—	—	220,0	2 392,9 r)
Aug.	874,4	132,3	128,2	28,7	426,3	193,2 r)	438,9	—	—	251,5	2 473,5 r)
Sept.	749,0	129,2	128,4	27,8	438,4	189,3 r)	424,4	—	—	236,6	2 323,1 r)
Okt.	714,6	96,3	143,4 r)	27,4	447,6	189,3	444,2	—	—	272,1	2 334,9 r)
Nov.	675,7	82,0	132,5 r)	27,3	482,7	189,3	391,3	—	—	284,1	2 264,9 r)
Dez.	674,9	78,7	128,3 r)	24,3	490,0	150,0	519,6	—	—	295,8	2 361,6 r)
1954 Jan.	624,8	64,7	123,0	23,7	512,6	150,0	506,9	—	—	310,0	2 315,7

¹⁾ Frühere Angaben infolge nachträglicher Meldungen einzelner Länder berichtigt. — ²⁾ Differenz durch Aufrunden. — r) Berichtigt.

5. Die Hauptposten der Verschuldung der Länder
in Mio DM

Stand am Monatsende	Kassenkredite		Schatzwechsel und unver- zinsliche Schatz- anweisungen ¹⁾	Steuergut- scheine	Anleihen und ver- zinsliche Schatz- anweisungen	Mittel- und langfristige Kredite der Kredit- institute außerhalb des Zentralbank- systems ²⁾
	der Landes- zentralbanken	der Kredit- institute außerhalb des Zentralbank- systems				
1950 Dezember	141,9	57,0	253,1	—	—	39,8
1951 Dezember	168,0	59,0	177,8	113,6	15,0	129,6
1952 März	74,3	86,6	214,3	125,7	19,3	173,1
Juni	24,3	77,5	188,3	123,2	195,5	176,3
Juli	27,8	76,1	187,3	126,0	197,5	201,7
August	40,9	75,8	196,3	127,3	210,8	198,3
September	15,7	73,7	159,7	131,7	214,8	225,1
Oktober	36,7	70,4	158,9	136,9	220,0 ³⁾	234,9
November	53,4	66,2	194,1	136,9	229,3	239,9
Dezember	50,3	90,2	168,7	141,3	235,1	249,1
1953 Januar	9,1	29,5	175,3	144,2	253,8	265,3
Februar	18,0	33,7	206,3	150,8	264,0	273,3
März	1,3	43,5	196,4	148,8	312,6	259,0
April	4,4	52,8	166,4	148,4	381,1	267,4
Mai	10,4	56,4	165,9	153,2	444,1	266,0
Juni	3,6	70,1	168,6	166,9	464,1	286,0
Juli	10,5	62,3	164,5	174,4	467,1	288,5
August	8,8	59,6	156,9	170,1	522,1	278,6
September	5,4	55,9	156,2	159,9	524,6	272,2
Oktober	3,9	47,1	170,8 ¹⁾	158,6	548,0	277,9
November	7,2	39,3	159,8 ¹⁾	148,7	548,0	310,0 ¹⁾
Dezember	41,6	35,1	152,6 ¹⁾	138,1	568,0	319,4 ¹⁾
1954 Januar	7,7	...	146,7	162,9	593,3	...

¹⁾ Frühere Angaben infolge nachträglicher Meldungen einzelner Länder berichtigt. ²⁾ Darin enthalten Kredite aus dem Postscheckguthaben und über die Banken an die Länder weitergeleitete öffentliche Mittel. — ³⁾ Geschätzt. — ¹⁾ Berichtigt.

6. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern
einschließlich West-Berlin, in Mio DM

Steuerart	Rechnungsjahr								
	1950/51 ¹⁾	1951/52 ¹⁾	1952/53	1953/54					
	insgesamt			August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez. ²⁾	Jan. ²⁾
I. Besitz- und Ver- kehrssteuern									
Insgesamt	11 514,4	17 307,2	21 562,0	1 565,4	2 499,9	1 679,1	1 621,6
darunter									
Lohnsteuer	1 690,4	2 959,9	3 727,2	301,5	292,0	323,9	312,8	324,1	402,6
Veranlagte Einkommen- steuer	1 949,9	2 611,3	4 266,5	235,6	719,4	229,8	169,1	688,7	205,1
Körperschaftsteuer	1 528,4	2 539,5	2 819,9	85,7	526,3	91,5	75,2	591,9	122,0
Vermögensteuer	109,1	128,4	180,7	41,3	19,6	41,0	107,9
Umsatzsteuer ³⁾	4 921,1	7 219,3	8 422,2	736,8	712,8	818,1	789,5	744,8	965,8
Kraftfahrzeugsteuer einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	346,4	407,0	479,0	37,4	41,4	46,0	38,6
Wechselsteuer	47,6	54,5	65,1	6,1	5,1	6,2	6,1
Beförderungssteuer	240,9	332,3	298,4	15,1	13,9	14,8	12,6
Notopfer Berlin	389,0	644,7	815,3	57,7	125,5	60,5	54,5
II. Verbrauchs- steuern und Zölle									
Insgesamt	4 636,7	5 426,7	6 065,1	530,0	531,3	557,9	534,1	529,0	547,0
darunter									
Tabaksteuer	2 093,4	2 227,6	2 360,0	217,9	190,5	192,5	185,2	195,0	203,0
Kaffeesteuer	356,2	430,0	560,9	45,0	21,9	30,2	34,2	27,5	26,0
Zuckersteuer	386,6	400,7	337,3	38,6	43,7	32,1	26,6
Salzsteuer	39,5	38,7	39,5	3,2	3,7	3,6	3,7
Biersteuer	314,6	281,7	334,1	32,8	40,0	38,1	32,7	...	25,0
Aus dem Spiritus- monopol	495,0	524,3	526,9	34,1	36,3	40,8	48,5	...	59,0
Zündwarensteuer	60,9	58,9	57,6	4,4	5,5	5,4	4,8
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	96,9	543,1	634,4	61,3	66,4	69,0	76,0
Zölle	706,9	830,5	1 121,9	86,6	118,2	140,9	117,1	...	129,0
Insgesamt	16 151,1	22 733,8	27 627,1	2 095,3	3 031,2	2 237,1	2 155,7	3 231,0	2 515,0

¹⁾ Ausschließlich Berlin. — ²⁾ Nach den Ergebnissen der Vorausmeldung. — ³⁾ Einschließlich Umsatzausgleichsteuer. — Quelle: Bundesminister der Finanzen.

7. Einnahmen und Ausgaben der Länder des Bundes*)

einschließlich West-Berlin

in Mio DM

X. Öffentliche
Finanzen

Einnahme- / Ausgabeart	Rechnungsjahr					
	1951/52	1952/53		1953/54		
	Insgesamt (einschl. Auslauf- periode)	Insgesamt (einschl. Auslauf- periode) ^{p)}	darunter April bis September	April bis Juni	Juli bis September	April bis September
I. Haushaltseinnahmen						
1. Landessteuern						
a) Bruttoeinnahmen	9 705,7	12 361,2	5 782,9	3 365,5	3 385,8	6 751,3
b) Abgeführter Bundesanteil (Vorauszahlung)	2 278,5	3 927,1	1 838,9	1 104,7	1 182,1	2 286,8
c) dem Lande verblieben	7 427,2	8 434,1	3 944,0	2 260,8	2 203,7	4 464,5
2. Gemeindesteuern (nur Hamburg und Bremen)	436,9	537,9	249,2	143,8	145,0	288,8
3. Zuweisungen vom Bund	1 091,6	1 364,7	567,9	270,7	322,1	592,8
4. Umlagen und Beiträge der Gemeinden	264,6	311,2	124,9	57,9	94,8	152,7
5. Schuldenaufnahme insgesamt	1 578,6	1 849,3	761,2	328,7	567,8	896,5
darunter						
vom Bund	(329,7)	(622,0)	(192,0)	(80,5)	(143,7)	(224,2)
aus Soforthilfe- bzw. Lastenausgleichsmitteln ¹⁾	(893,2)	(700,9)	(397,1)	(52,7)	(291,6)	(344,3)
von sonstigen Geldgebern	(355,5)	(526,4)	(172,1)	(195,5)	(132,5)	(328,0)
6. Schuldentilgung	101,9	195,0	32,8	36,9	38,9	75,8
7. Vermögensveräußerungen und Rücklagen	147,2	134,3	71,0	7,4	12,4	19,8
8. Laufende Einnahmen und Ablieferungen des Erwerbsvermögens	676,8	826,9	589,2	361,7	184,5	546,2
9. Sonstige Einnahmen	2 034,1	2 226,1	792,4	361,3	436,5	797,8
10. Reineinnahmen insgesamt	13 758,7	15 879,5	7 132,6	3 829,2	4 005,7	7 834,9
II. Haushaltsausgaben						
1. Abführungen an den Bund	91,6	50,7	8,3	2,9	2,3	5,2
2. Abführungen an den Lastenausgleichsfonds	—	171,2	—	61,9	89,4	151,3
3. Zuweisungen an Gemeinden insgesamt	1 896,3	2 010,0	946,7	379,4	547,5	926,9
davon:						
Allgemeine Finanzzuweisungen	(833,1)	(874,6)	(423,3)	(158,1)	(249,4)	(407,5)
Zweckgebundene Finanzzuweisungen	(605,3)	(710,4)	(322,2)	(139,3)	(174,6)	(313,9)
Darlehen und Zuschüsse für Investitionszwecke	(457,9)	(425,0)	(201,2)	(82,0)	(123,5)	(205,5)
4. Sonstige Darlehen und Zuschüsse für Investitionszwecke	2 158,5	2 697,4	977,3	465,7	773,8	1 239,5
darunter: zur Förderung des Wohnungsbaus	(1 703,3)	(2 210,1)	(814,1)	(418,6)	(648,8)	(1 067,4)
5. Schuldentilgung und Zuführung an Rücklagen	324,0	316,3	51,4	127,5	23,6	151,1
6. Ausgaben für eigene Bauten und Beschaffungen	532,8	685,1	242,2	96,6	190,5	287,1
7. Vermögenmehrende Ausgaben des Erwerbsvermögens	178,2	133,3	54,8	28,5	29,2	57,7
8. Personal- und Sachausgaben insgesamt	4 050,8	4 328,8	2 108,0	1 180,6	1 160,8	2 341,4
darunter: für Schul- und Bildungswesen	(1 246,1)	(1 352,3)	(695,4)	(404,0)	(387,1)	(791,1)
für Finanz- und Steuerverwaltung	(642,1)	(705,0)	(344,4)	(205,2)	(199,8)	(405,0)
9. Versorgung	715,9	834,4	424,6	252,0	242,2	494,2
10. Zinsendienst	502,2	538,6	247,7	206,9	51,0	257,9
11. Laufende Ausgaben für das Erwerbsvermögen	411,0	489,3	304,9	208,7	123,7	332,4
12. Sozialaufwand (einschl. Kriegsfolgelasten)	806,4	1 061,7	345,5	183,2	240,5	423,7
13. Sonstige Ausgaben	1 649,3	1 675,2	772,7	291,5 ^{r)}	417,0	708,5
14. Reinausgaben insgesamt	13 316,8	14 992,0	6 484,1	3 485,4^{r)}	3 891,5	7 376,9
III. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (-)						
Saldo aus Absetzungen abzüglich Zusetzungen ²⁾	+ 441,9	+ 887,5	+ 648,5	+ 343,8 ^{r)}	+ 114,2	+ 458,0
	+ 4,8	- 35,7	- 36,0	+ 67,9 ^{r)}	- 44,3	+ 23,6
IV. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (-)						
laut Abschlußnachweisung der Landeshauptkassen ³⁾	+ 446,7	+ 851,8	+ 612,5	+ 411,7	+ 69,9	+ 481,6

*) Im Gegensatz zu den früheren, an dieser Stelle veröffentlichten Aufstellungen ist nunmehr West-Berlin einbezogen worden. — ¹⁾ Einschließlich Umstellungsgrundschulden, Hypotheken- und Kreditgewinnabgabe. — ²⁾ Posten, die die aus dem verschiedenartigen Aufbau des Finanzwesens in den einzelnen Ländern resultierenden Unterschiede in der Verbuchung von Einnahmen und Ausgaben zum Ausdruck bringen. — ³⁾ Ohne Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus Überschüssen der Vorjahre. — ^{p)} Vorläufig. — ^{r)} Berichtigt. — Quelle: Bundesminister der Finanzen.

1. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets *)

in

Länder		1950	1951	1952	1953				1954	
		insgesamt			Oktober	November	Dezember	insgesamt	Januar	
I. EZU-Länder, gesamt ¹⁾	Einfuhr	7 868,5	8 872,5	10 150,9	990,0	943,4	982,3	10 609,3	1 857,1	
	Ausfuhr	6 316,0	10 627,6	12 186,9	1 262,5	1 166,7	1 413,8	13 222,9	1 058,5	
	Saldo	- 1 552,5	+ 1 755,1	+ 2 036,0	+ 272,5	+ 223,3	+ 431,5	+ 2 613,6	+ 201,4	
	davon:									
	1. Kontinentale EZU-Länder	Einfuhr	5 753,0	6 055,1	7 400,8	765,1	688,9	716,2	7 644,2	613,3
		Ausfuhr	5 396,4	8 297,6	9 840,2	1 056,1	946,2	1 115,2	10 779,7	857,7
		Saldo	- 356,6	+ 2 242,5	+ 2 439,4	+ 291,0	+ 257,3	+ 399,0	+ 3 135,5	+ 244,4
	2. Sterling-Länder	Einfuhr	1 846,1	2 506,7	2 425,0	189,3	214,1	225,5	2 563,2	208,8
		Ausfuhr	865,4	2 131,8	2 123,7	188,3	198,2	277,5	2 230,9	178,2
		Saldo	- 980,7	- 374,9	- 301,3	- 1,0	- 15,9	+ 52,0	- 332,3	- 30,6
3. Sonstige EZU-Länder (Indonesien, UNO-Treuhandgebiete ²⁾ , Brit.-Ägypt. Sudan)	Einfuhr	269,4	310,7	325,1	35,6	40,4	40,6	401,9	35,0	
	Ausfuhr	54,2	198,2	223,0	18,1	22,3	21,1	212,3	22,6	
	Saldo	- 215,2	- 112,5	- 102,1	- 17,5	- 18,1	- 19,5	- 189,6	- 12,4	
II. Sonstige Verrechnungsländer, gesamt ³⁾	Einfuhr	984,8	2 173,0	2 306,6	187,5	222,1	249,7	2 205,2	213,3	
	Ausfuhr	1 003,6	2 320,1	2 796,1	241,6	262,5	356,9	2 738,1	240,2	
	Saldo	+ 18,8	+ 147,1	+ 489,5	+ 54,1	+ 40,4	+ 107,2	+ 532,9	+ 26,9	
	davon:									
	1. Lateinamerika	Einfuhr	285,0	1 092,3	996,9	96,0	118,9	121,8	972,1	110,7
		Ausfuhr	252,1	1 254,4	1 273,7	114,3	139,4	199,7	1 272,7	124,3
		Saldo	- 32,9	+ 162,1	+ 276,8	+ 18,3	+ 20,5	+ 77,9	+ 300,6	+ 13,6
	2. Europa	Einfuhr	523,9	805,3	1 038,3	72,9	79,3	97,9	901,6	76,1
		Ausfuhr	598,9	801,5	1 181,6	86,6	80,0	102,2	968,6	63,4
		Saldo	+ 75,0	- 3,8	+ 143,3	+ 13,7	+ 0,7	+ 4,3	+ 67,0	- 12,7
3. Afrika	Einfuhr	99,0	103,1	127,9	6,8	11,3	12,0	105,6	13,9	
	Ausfuhr	80,7	124,7	160,6	17,1	20,4	17,9	227,4	15,4	
	Saldo	- 18,3	+ 21,6	+ 32,7	+ 10,3	+ 9,1	+ 5,9	+ 120,8	+ 1,5	
4. Asien	Einfuhr	76,9	172,3	143,5	11,8	12,6	18,0	224,9	12,6	
	Ausfuhr	71,9	139,5	180,2	23,6	22,7	37,1	269,4	37,1	
	Saldo	- 5,0	- 32,8	+ 36,7	+ 11,8	+ 10,1	+ 19,1	+ 44,5	+ 24,5	
III. Freie Dollar-Länder, gesamt ⁴⁾	Einfuhr	2 505,3	3 679,9	3 745,4	253,4	308,3	347,1	3 173,4	241,1	
	Ausfuhr	1 017,8	1 598,6	1 889,0	210,5	205,7	313,3	2 470,6	193,1	
	Saldo	- 1 487,5	- 2 081,3	- 1 856,4	- 42,9	- 102,6	- 33,8	- 702,8	- 48,0	
	davon:									
	1. Vereinigte Staaten von Amerika	Einfuhr	1 811,2	2 721,8	2 506,7	106,5	131,0	166,4	1 658,0	137,6
		Ausfuhr	433,0	991,9	1 049,0	108,4	110,0	125,0	1 249,3	80,5
		Saldo	- 1 378,2	- 1 729,9	- 1 457,7	+ 1,9	- 21,0	- 41,4	- 408,7	- 57,1
	2. Canada	Einfuhr	42,5	216,1	539,2	43,3	63,4	65,8	466,9	12,4
		Ausfuhr	41,4	104,2	93,5	12,3	12,0	11,9	126,4	9,4
		Saldo	- 1,1	- 111,9	- 445,7	- 31,0	- 51,4	- 53,9	- 340,5	- 3,0
3. Lateinamerika	Einfuhr	492,8	305,3	391,2	45,5	53,9	51,0	501,4	33,9	
	Ausfuhr	400,1	299,3	443,7	47,2	45,6	62,0	532,6	55,4	
	Saldo	- 92,7	- 6,0	+ 52,5	+ 1,7	- 8,3	+ 11,0	+ 31,2	+ 21,5	
4. Europa	Einfuhr	10,3	3,4	29,4	9,7	6,4	9,5	72,7	10,1	
	Ausfuhr	22,1	20,2	41,5	1,6	1,9	6,1	48,5	2,1	
	Saldo	+ 11,8	+ 16,8	+ 12,1	- 8,1	- 4,5	- 3,4	- 24,2	- 8,0	
5. Afrika	Einfuhr	3,7	6,9	7,1	1,5	1,1	1,5	20,8	2,1	
	Ausfuhr	3,9	21,3	19,3	2,0	2,3	51,7	95,2	2,0	
	Saldo	+ 0,2	+ 14,4	+ 12,2	+ 0,5	+ 1,2	+ 50,2	+ 74,4	- 0,1	
6. Asien	Einfuhr	144,8	426,4	271,8	46,9	52,5	52,9	453,6	45,0	
	Ausfuhr	117,3	161,7	242,0	39,0	33,9	56,6	418,6	43,7	
	Saldo	- 27,5	- 204,7	- 29,8	- 7,9	- 18,6	+ 3,7	- 35,0	- 1,3	
IV. Nicht ermittelte Länder und Eismeergebiete	Einfuhr	15,3	0,1	-	1,6	1,6	1,5	20,6	1,6	
	Ausfuhr	24,8	30,5	36,8	10,1	9,9	11,5	76,1	9,7	
	Saldo	+ 9,5	+ 30,4	+ 36,8	+ 8,5	+ 8,3	+ 11,0	+ 55,5	+ 8,1	
Alle Länder	Einfuhr	11 373,9	14 725,5	16 202,9	1 432,5	1 475,4	1 580,6	16 008,5	1 313,1	
	Ausfuhr	8 362,2	14 576,8	16 908,8	1 724,7	1 644,8	2 095,5	18 507,7	1 501,5	
	Saldo	- 3 011,7	- 148,7	+ 705,9	+ 292,2	+ 169,4	+ 514,9	+ 2 499,2	+ 188,4	

+¹⁾ Einschließlich West-Berlin. — *) Gesamtaußenhandel: Einfuhr aus Herstellungsländern, Ausfuhr nach Verbrauchsländern. — ²⁾ Einschließlich der Gebiete in nicht den Sterling-Ländern angehören) verrechnen in £-Sterling. — ³⁾ Bei Verleichen zwischen 1950, 1951 und 1952 ist zu berücksichtigen, daß in den Jahren und Libyen. Eritrea seit 1. 10. 1952 unter Dollar-Länder, Libyen seit 1. 1. 1953 unter Sterling-Länder bzw. Nichtteilnehmer-Sterling-Länder nachgewiesen. —

wirtschaft

nach Ländergruppen bzw. Ländern *)

Mio DM

Länder		1950	1951	1952	1953				1954
		insgesamt			Oktober	November	Dezember	insgesamt	Januar
EZU-Länder, einzeln:									
1. Belgien-Luxemburg ¹⁾	Einfuhr	503,4	764,4	1155,6	90,1	87,7	92,5	1 036,0	76,1
	Ausfuhr	691,2	1 020,6	1 250,1	124,9	116,6	122,5	1 362,0	114,8
	Saldo	+ 187,8	+ 256,2	+ 94,5	+ 34,8	+ 28,9	+ 30,0	+ 326,0	+ 38,7
2. Dänemark	Einfuhr	490,7	426,2	480,9	47,9	51,9	45,7	436,8	42,2
	Ausfuhr	353,4	535,0	630,3	79,1	69,8	78,1	757,8	63,4
	Saldo	- 137,3	+ 108,8	+ 149,4	+ 31,2	+ 17,9	+ 32,4	+ 321,0	+ 21,2
3. Frankreich ¹⁾ mit Saargebiet	Einfuhr	1 260,3	1 079,4	1 257,9	134,8	125,3	131,9	1 453,8	120,0
	Ausfuhr	804,7	1 300,8	1 438,4	126,4	114,5	140,1	1 470,5	108,0
	Saldo	- 455,6	+ 221,4	+ 180,5	- 8,4	- 10,8	+ 8,2	+ 16,7	- 12,0
darunter:									
Saargebiet	Einfuhr	(181,2)	(185,4)	(323,0)	(35,0)	(37,6)	(37,2)	(394,8)	(38,6)
	Ausfuhr	(152,8)	(237,4)	(231,6)	(21,6)	(21,2)	(22,4)	(238,4)	(17,3)
	Saldo	(- 28,4)	(+ 52,0)	(- 91,4)	(- 13,4)	(- 16,4)	(- 14,8)	(- 156,4)	(- 21,3)
4. Griechenland	Einfuhr	58,3	78,2	121,5	19,4	16,9	15,4	136,7	9,1
	Ausfuhr	135,6	139,1	156,5	18,9	16,0	22,0	155,5	19,3
	Saldo	+ 77,3	+ 60,9	+ 35,0	- 0,5	- 0,9	+ 6,6	+ 18,8	+ 10,2
5. Italien ¹⁾ mit Triest	Einfuhr	507,4	549,0	643,2	69,7	67,8	67,0	743,6	57,3
	Ausfuhr	494,0	673,3	933,7	127,4	112,5	130,0	1 241,0	103,2
	Saldo	- 13,4	+ 124,3	+ 290,5	+ 57,7	+ 44,7	+ 63,0	+ 497,1	+ 45,9
6. Niederlande ¹⁾	Einfuhr	1 256,7	1 030,1	1 181,2	151,9	118,9	117,9	1 275,3	105,2
	Ausfuhr	1 168,7	1 463,8	1 356,5	176,2	162,6	166,8	1 666,7	134,5
	Saldo	- 88,0	+ 433,7	+ 175,3	+ 24,3	+ 43,7	+ 48,9	+ 391,4	+ 29,3
7. Indonesien	Einfuhr	233,7	279,2	291,9	31,8	35,7	37,4	323,2	29,0
	Ausfuhr	52,2	190,4	200,3	16,2	20,5	18,9	185,0	20,9
	Saldo	- 181,5	- 88,8	- 91,6	- 15,6	- 15,2	- 18,5	- 138,2	- 8,1
8. Norwegen	Einfuhr	217,4	245,3	278,2	16,0	19,0	21,3	247,4	17,0
	Ausfuhr	119,1	246,5	396,0	64,8	41,7	77,7	564,4	39,9
	Saldo	- 98,3	+ 1,2	+ 117,8	+ 48,8	+ 22,7	+ 56,4	+ 317,0	+ 22,9
9. Österreich	Einfuhr	178,3	237,1	369,3	38,6	37,7	35,9	407,4	29,1
	Ausfuhr	311,6	499,7	627,4	59,3	61,7	87,2	669,7	56,0
	Saldo	+ 133,3	+ 262,6	+ 258,1	+ 20,7	+ 24,0	+ 51,3	+ 262,3	+ 26,9
10. Portugal ¹⁾	Einfuhr	74,6	112,1	130,9	21,6	17,0	18,6	183,9	13,4
	Ausfuhr	57,7	106,6	152,1	22,7	19,7	28,2	209,2	18,3
	Saldo	- 16,9	- 5,5	+ 21,2	+ 1,1	+ 2,7	+ 9,6	+ 25,3	+ 4,9
11. Schweden	Einfuhr	637,0	803,3	926,7	89,9	65,4	74,4	810,8	71,7
	Ausfuhr	531,2	973,8	1 239,1	109,0	97,8	118,4	1 172,4	98,1
	Saldo	- 105,8	+ 170,5	+ 312,4	+ 19,1	+ 32,4	+ 44,0	+ 361,6	+ 26,4
12. Schweiz	Einfuhr	350,3	378,3	462,3	57,7	59,7	71,3	548,8	48,3
	Ausfuhr	492,3	898,9	1 089,4	102,6	102,3	106,4	1 082,1	76,1
	Saldo	+ 142,0	+ 520,6	+ 627,1	+ 44,9	+ 42,6	+ 35,1	+ 497,3	+ 27,8
13. Türkei	Einfuhr	218,6	351,7	393,1	27,5	21,6	24,3	327,4	23,9
	Ausfuhr	236,9	439,5	570,7	44,8	31,0	37,8	428,4	26,1
	Saldo	+ 18,3	+ 87,8	+ 177,6	+ 17,3	+ 9,4	+ 13,5	+ 101,0	+ 2,2
14. Großbritannien ¹⁾	Einfuhr	1 007,4	1 288,8	1 345,7	112,5	123,8	117,7	1 307,3	109,8
	Ausfuhr	509,3	1 290,8	1 290,4	93,9	111,0	132,9	1 179,2	89,8
	Saldo	- 498,1	+ 2,0	- 55,3	- 18,6	- 12,8	+ 15,2	- 128,1	- 20,0
15. Sonstige Sterling-Teilnehmer-Länder ²⁾	Einfuhr	25,3	20,1	20,8	1,8	2,0	3,7	20,9	1,5
	Ausfuhr	25,2	60,3	67,1	5,1	6,2	11,7	87,0	7,1
	Saldo	- 0,1	+ 40,2	+ 46,3	+ 3,3	+ 4,2	+ 8,0	+ 66,1	+ 5,6
16. Nichtteilnehmer-Sterling-Länder ²⁾	Einfuhr	813,4	1 197,8	1 058,5	75,0	88,3	104,1	1 235,0	97,5
	Ausfuhr	330,9	780,7	766,2	89,3	81,0	132,9	964,7	81,3
	Saldo	- 482,5	- 417,1	- 292,3	+ 14,3	- 7,3	+ 28,8	- 270,3	- 16,2
17. Sonstige EZU-Länder ³⁾ (UNO-Treuhandgebiete ⁴⁾ , Brit.-Ägypt. Sudan)	Einfuhr	35,7	31,5	33,2	3,8	4,7	3,2	78,7	6,0
	Ausfuhr	2,0	7,8	22,7	1,9	1,8	2,2	27,3	1,7
	Saldo	- 33,7	- 23,7	- 10,5	- 1,9	- 2,9	- 1,0	- 51,4	- 4,3

Übersee. — ²⁾ Teilnehmer bzw. Nichtteilnehmer-Länder an der OEEC. — ³⁾ Diese EZU-Länder (Nichtteilnehmer-Länder, die nach dem OEEC-Länderverzeichnis 1950 und 1952 in der Zugehörigkeit verschiedener Länder zu den Ländergruppen (I, II, III) Änderungen eingetreten sind. — ⁴⁾ UNO-Treuhandgebiete = Eritrea
Quelle: Statistisches Bundesamt.

3. Die Entwicklung der kumulativen Rechnungsposition der EZU-Mitgliedsländer ¹⁾

XI. Außenwirtschaft

vom 1. Juli 1950 bis Januar 1954, in Mio Rechnungseinheiten

Mitgliedsländer	Quote ²⁾	1950	1951				1952				1953				1954
		Dez.	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	Jan.	
Belgien-Luxemburg	360	0	+ 222,8	+ 410,8	+ 590,7	+ 733,3	+ 788,7	+ 424,3	+ 424,8	+ 402,3	+ 400,0	+ 371,4	+ 400,2	+ 397,6	
Dänemark	195	- 38,4	- 66,6	- 67,4	- 38,5	- 10,4	- 28,9	- 14,5	- 32,3	- 41,9	- 46,7	- 59,3	- 78,1	- 76,8	
Deutschland (Bundesrepublik)	500	- 356,7	- 272,8	- 106,0	+ 43,3	+ 135,1	+ 311,1	+ 443,3	+ 377,9	+ 441,2	+ 577,3	+ 660,7	+ 821,2	+ 864,3	
Frankreich	520	+ 212,4	+ 195,3	+ 87,8	- 184,0	- 445,1	- 420,7	- 475,3	- 612,8	- 674,4	- 731,2	- 780,3	- 832,1	- 833,9	
Griechenland	45	0	- 24,3	+ 0,2	0	0	0	0	0	0	- 1,9	- 3,5	- 1,0	- 1,2	
Großbritannien	1 060	+ 283,0	+ 371,9	- 141,9	- 712,1	- 990,2	- 1 144,1	- 1 185,2	- 905,3	- 830,7	- 763,7	- 792,3	- 822,0	- 808,8	
Island	15	0	- 3,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 1,8	- 1,9	- 1,6	- 2,8	- 1,9	- 2,9	- 4,0	- 4,2	
Italien	205	- 30,9	+ 12,1	+ 142,0	+ 237,7	+ 251,4	+ 208,8	+ 205,1	+ 147,4	+ 52,1	- 12,0	- 40,8	- 112,5	- 129,9	
Niederlande	355	- 77,8	- 241,0	- 190,8	- 23,1	+ 177,1	+ 235,2	+ 294,4	+ 296,3	+ 357,9	+ 378,0	+ 377,6	+ 370,2	+ 339,6	
Norwegen	200	0	- 20,0	- 8,4	- 9,7	- 8,1	+ 0,6	- 5,4	- 16,5	- 33,4	- 59,6	- 76,8	- 106,4	- 112,4	
Österreich	70	0	- 24,1	- 14,2	- 17,6	- 17,1	- 17,5	- 3,3	+ 16,3	+ 10,0	+ 24,7	+ 74,1	+ 96,1	+ 101,8	
Portugal	70	+ 36,8	+ 59,1	+ 71,3	+ 97,4	+ 107,9	+ 88,0	+ 76,1	+ 63,7	+ 63,9	+ 62,9	+ 54,1	+ 53,0	+ 53,4	
Schweden	260	0	- 44,3	+ 2,8	+ 171,4	+ 246,2	+ 231,4	+ 215,9	+ 214,4	+ 200,3	+ 190,7	+ 200,4	+ 221,3	+ 219,4	
Schweiz (vom 1. 11. 50 an)	250	- 12,6	+ 11,1	+ 76,8	+ 141,9	+ 176,0	+ 170,6	+ 193,7	+ 185,6	+ 223,3	+ 258,2	+ 300,2	+ 315,0	+ 321,0	
Türkei	50	+ 5,2	- 40,9	- 62,8	- 53,8	- 85,2	- 90,4	- 161,1	- 147,5	- 131,9	- 120,4	- 123,5	- 159,1	- 167,2	
Insgesamt		+ 537,4 - 516,4	+ 872,3 - 737,0	+ 791,7 - 591,4	+ 1 282,3 - 1 038,7	+ 1 827,1 - 1 556,2	+ 2 034,3 - 1 703,4	+ 1 852,7 - 1 846,7	+ 1 726,3 - 1 716,1	+ 1 751,0 - 1 715,2	+ 1 891,8 - 1 737,3	+ 2 039,4 - 1 879,5	+ 2 277,0 - 2 115,2	+ 2 297,0 - 2 134,5	

¹⁾ Stand jeweils am Ende des angegebenen Monats. Die Null-Positionen ergeben sich daraus, daß die Salden der betreffenden Länder durch „Anfangsguthaben“ und später durch „besondere Mittel“ ausgeglichen wurden. — ²⁾ Angegeben ist die jeweils zum letzten Zeitpunkt gültige Quote; vorher erfolgte Veränderungen sind berücksichtigt. Die Quote Griechenlands als Schuldner ist blockiert, die Quote der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion als Gläubiger beträgt 331 Mio RE.

4. Kontostände der Bank deutscher Länder mit „Sonstigen Verrechnungsländern“ ^{*)}

in Tsd \$

Land	Swing	1953					Zugänge + Abgänge — im Januar 1954	Stand per 31. Jan. 1954	Vorliegende, wegen Swingüber- schiebung nicht ausgeführte Zah- lungsaufträge ¹⁾	
		Januar	März	Juni	September	Dezember				
Ägypten	15 000	+ 10 205	+ 11 440	+ 18 363	+ 20 022	+ 18 164	2 728	6 413	+ 14 479 ²⁾	—
Argentinien	50 000	- 3 593	+ 4 420	+ 15 606	+ 31 350	+ 33 106	12 957	4 680	+ 41 383	—
Brasilien	13 500	+ 93 210	+ 95 140	+ 93 502	+ 89 335	+ 78 573	13 413	16 593	+ 75 393 ³⁾	—
Bulgarien	2 000	+ 2 048	+ 1 893	+ 1 607	+ 1 420	+ 896	567	301	+ 1 162	—
Chile	2 500	+ 3 121	+ 1 282	+ 2 904	+ 2 550	+ 2 613	2 709	2 249	+ 3 073	—
Columbien	11 000	- 6 222	- 6 999	- 3 797	- 2 513	- 522	2 890	4 591	- 2 223	—
Ecuador	2 000	+ 758	+ 1 316	+ 523	+ 839	+ 1 449	478	674	+ 1 253	—
Finnland	20 000	+ 28 593	+ 31 028	+ 26 008	+ 18 281	+ 11 694	178	418	+ 11 454	—
Iran	8 000	+ 6 185	+ 6 243	+ 6 015	+ 6 541	+ 4 454	2 574	1 317	+ 5 711	—
Japan	12 000	- 768	+ 4 513	+ 8 818	+ 17 063	+ 14 639	5 655	3 327	+ 16 967	—
Jugoslawien	17 000	+ 17 233	+ 17 012	+ 16 331	+ 14 638	+ 11 525	4 552	2 390	+ 13 687	—
Paraguay	2 500	+ 1 769	+ 1 917	+ 2 463	+ 1 899	+ 1 972	266	94	+ 2 144	—
Polen	7 500	+ 7 758	+ 7 742	+ 4 626	+ 3 718	+ 5 582	1 838	859	+ 6 561	—
Spanien	20 000	+ 21 443	+ 12 215	+ 8 488	+ 16 465	+ 18 866	4 128	6 115	+ 16 879	—
Tschechoslowakei	5 600	+ 5 566	+ 5 458	+ 4 935	+ 3 998	+ 4 284	1 775	1 255	+ 4 804	—
Ungarn	4 100	+ 5 348	+ 4 192	+ 5 063	+ 4 871	+ 3 417	1 398	1 415	+ 3 400	—
Uruguay	5 000	- 759	- 1 931	- 1 436	- 530	+ 1 841	1 621	1 776	+ 1 686	—
Insgesamt	197 700	+ 191 895	+ 196 881	+ 210 019	+ 229 947	+ 212 553	59 727	54 467	+ 217 813	—

^{*)} Stand jeweils am Ende des angegebenen Monats. — ¹⁾ Werden in chronologischer Reihenfolge ausgeführt. — ²⁾ Einschl. noch nicht ausgezahlter Akkreditivbeträge in Höhe von 4 041 US \$. — ³⁾ Davon bei deutschen Außenhandelsbanken 5 595 „Brasil \$“.

5. Ausgegebene Einfuhr- und Zahlungsbewilligungen

in Mio DM

Länder	1952				1953				1954	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Dezember	Januar
	MD				MD					
Ausgegebene Einfuhr- und Zahlungsbewilligungen										
EZU-Länder										
liberalisiert	474,9	414,9	661,5	749,3	739,4	682,6	841,9	998,9	966,1	890,9
kontingentiert	203,1	296,9	366,2	470,6	238,9	210,8	226,0	191,8	186,0	221,4
insgesamt	678,0	711,8	1 027,7	1 219,9	978,3	893,4	1 067,9	1 190,7	1 152,1	1 112,3
Sonstige Verrechnungsländer	141,1	147,4	184,6	197,4	193,6	193,5	210,2	291,4	349,4	159,8
Dollarländer	86,1	95,7	135,4	204,1	154,7	205,4	166,8	194,5	189,2	249,2
Alle Länder	905,2	954,9	1 347,7	1 621,4	1 326,6	1 292,3	1 444,9	1 676,6	1 690,7	1 521,3
Alle Länder	zum Vergleich: Einfuhr gegen Devisen ¹⁾									
	1 406,8	1 162,3	1 180,9	1 490,5	1 252,1	1 252,1	1 277,1	1 466,6	1 542,9	1 268,6

¹⁾ Ohne die durch Auslandshilfe finanzierte Einfuhr.

2. Steinkohlenförderung, -einfuhr und -ausfuhr

Bundesgebiet, in Tsd t

Zeit	Steinkohlenförderung		Einfuhr von Steinkohlen, Steinkohler briquets und Koks	Ausfuhr
	monatlich	arbeits-täglich		
1946 MD	4 49,5	177,8	.	.
1947 "	5 927	234,7	.	.
1948 "	7 253	285,1	101	1 368
1949 "	8 603	338,1	191	1 767
1950 "	9 230	364,3	359	2 011
1951 "	9 910	392,5	821	1 963
1952 "	10 273	406,8	1 018	1 945
1953 "	10 373	410,8	815	1 941
1952 Mai	10 051	402,0	714	1 985
Juni	9 229	401,3	739	2 053
Juli	10 533	390,1	1 256	2 018
August	10 181	391,6	1 054	2 080
September	10 293	395,9	977	1 874
Oktober	11 051	409,3	1 014	1 891
November	10 131	440,5	854	1 929
Dezember	10 427	417,1	937	1 913
1953 Januar	10 940	420,8	901	1 922
Februar	9 894	412,3	806	1 813
März	10 920	420,0	809	2 098
April	9 849	410,4	785	1 780
Mai	9 375	407,6	867	1 734
Juni	10 204	408,0	803	2 009
Juli	10 774	399,1	718	2 110
August	10 260	394,6	712	2 016
September	10 379	399,2	847	1 929
Oktober	11 064	409,8	834	2 049
November	10 368	432,0	803	1 874
Dezember	10 444	417,8	902	1 957
1954 Januar ^{p)}	10 732	429,3	859	1 921

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung; Statistisches Bundesamt. — p) Vorläufig.

3. Eisen- und Stahlerzeugung

Bundesgebiet, in Tsd t

XII. Produktion
Beschäftigung

Zeit	Roheisen einschl. Ferrolegierungen	Rohstahlblöcke und Stahlformguß	Walzstahlfertigerzeugnisse
1950 "	789	1 010	681
1951 "	891	1 126	780
1952 "	1 073	1 317	893
1953 "	971	1 285	850
1952 Februar	988	1 232	842
März	1 061	1 320	885
April	1 000	1 212	817
Mai	1 072	1 289	870
Juni	1 015	1 224	801
Juli	1 107	1 377	923
August	1 110	1 352	896
September	1 120	1 378	938
Oktober	1 167	1 464	1 009
November	1 114	1 364	919
Dezember	1 102	1 335	920
1953 Januar	1 174	1 483	999
Februar	1 070	1 335	871
März	1 143	1 468	946
April	976	1 277	823
Mai	950	1 165	787
Juni	945	1 259	849
Juli	952	1 271	857
August	905	1 227	799
September	873	1 201	817
Oktober	888	1 239	844
November	890	1 259	805
Dezember	888	1 236	803
1954 Januar	922	1 301	804

Quelle: Statistisches Bundesamt.

4. Arbeitsmarkt

Bundesgebiet, in Tsd

Stand am Monatsende	Beschäftigte	Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützungsempfänger
		Insgesamt	Männer	Frauen		
1949 MD	13 542,5	1 229,7	887,7	342,0	155,9	838
1950 "	13 827,0	1 579,8	1 126,1	453,7	115,8	1 272
1951 "	14 556,2	1 432,3	980,3	452,0	116,5	1 193
1952 "	14 994,8	1 379,2	916,3	462,9	114,7	1 157
1953 "	15 582,8	1 251,8	840,1	411,7	123,3	1 061
1951 Dezember	14 583,3	1 653,6	1 147,1	506,5	66,0	1 313
1952 Januar	.	1 825,4	1 295,5	529,9	88,0	1 519
Februar	.	1 892,9	1 365,5	527,4	107,7	1 641
März	14 583,5	1 579,6	1 075,0	504,6	136,9	1 391
April	.	1 441,9	952,8	489,1	137,8	1 267
Mai	.	1 312,0	845,3	466,7	127,0	1 117
Juni	15 170,7	1 240,0	783,9	456,1	128,7	1 050
Juli	.	1 155,5	715,0	440,5	134,9	972
August	.	1 106,5	678,8	427,7	126,3	901
September	15 456,3	1 050,6	641,4	409,2	128,9	865
Oktober	.	1 028,1	636,4	391,7	112,6	853
November	.	1 247,4	825,6	421,8	83,3	966
Dezember	14 953,3	1 687,7	1 214,9	472,8	62,5	1 370
1953 Januar	.	1 822,7	1 330,0	492,7	94,9	1 591
Februar	.	1 810,7	1 332,7	478,0	121,9	1 581
März	15 204,7	1 392,9	943,3	449,6	151,2	1 211
April	.	1 234,3	799,6	434,7	144,1	1 054
Mai	.	1 156,2	737,2	419,0	139,0	973
Juni	15 806,3	1 073,3	676,9	396,4	135,8	909
Juli	.	1 012,5	644,8	367,7	138,2	866
August	.	968,2	612,1	356,1	138,0	811
September	16 044,4	941,2	589,4	351,8	140,2	796
Oktober	.	963,8	606,8	357,0	118,7	806
November	.	1 121,3	731,3	390,0	87,8	912
Dezember	15 597,2	1 524,8	1 077,4	447,4	69,4	1 227
1954 Januar	.	1 989,6	1 510,7	478,9	93,7	1 683

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

noch: XIII. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse
Kassa-Kurse in DM

Zeit	An Abkommen gebundene Devisen								
	Paris			Stockholm			Zürich		
	1 000 ffrs			100 skr			100 sfr		
	Parität 12,00 DM			Parität 81,1875 DM			Parität 96,0479 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1954									
Jan.									
4.	11,915	11,905	11,925	80,65	80,57	80,73	95,62	95,52	95,72
5.	11,944	11,934	11,954	80,64	80,56	80,72	95,61	95,51	95,71
6.	11,936	11,926	11,946	80,665	80,585	80,745	95,655	95,555	95,755
7.	11,947	11,937	11,957	80,67	80,59	80,75	95,66	95,56	95,76
8.	11,944	11,934	11,954	80,67	80,59	80,75	95,67	95,57	95,77
9.	11,93	11,92	11,94	80,65	80,57	80,73	95,66	95,56	95,76
11.	11,936	11,926	11,946	80,645	80,565	80,725	95,65	95,55	95,75
12.	11,934	11,924	11,944	80,64	80,56	80,72	95,645	95,545	95,745
13.	11,929	11,919	11,939	80,60	80,52	80,68	95,655	95,555	95,755
14.	11,929	11,919	11,939	80,59	80,51	80,67	95,645	95,545	95,745
15.	11,934	11,924	11,944	80,595	80,515	80,675	95,675	95,575	95,775
16.	11,932	11,922	11,942	80,59	80,51	80,67	95,66	95,56	95,76
18.	11,933	11,923	11,943	80,61	80,53	80,69	95,665	95,565	95,765
19.	11,936	11,926	11,946	80,62	80,54	80,70	95,695	95,595	95,795
20.	11,939	11,929	11,949	80,64	80,56	80,72	95,70	95,60	95,80
21.	11,937	11,927	11,947	80,63	80,55	80,71	95,71	95,61	95,81
22.	11,931	11,921	11,941	80,605	80,525	80,685	95,70	95,60	95,80
23.	11,928	11,918	11,938	80,61	80,53	80,69	95,71	95,61	95,81
25.	11,932	11,922	11,942	80,62	80,54	80,70	95,72	95,62	95,82
26.	11,934	11,924	11,944	80,60	80,52	80,68	95,74	95,64	95,84
27.	11,943	11,933	11,953	80,60	80,52	80,68	95,77	95,67	95,87
28.	11,948	11,938	11,958	80,59	80,51	80,67	95,79	95,69	95,89
29.	11,951	11,941	11,961	80,595	80,515	80,675	95,83	95,73	95,93
30.	11,945	11,935	11,955	80,585	80,505	80,665	95,76	95,66	95,86
Febr.									
1.	11,943	11,933	11,953	80,58	80,50	80,66	95,75	95,65	95,85
2.	11,947	11,937	11,957	80,585	80,505	80,665	95,77	95,67	95,87
3.	11,95	11,94	11,96	80,59	80,51	80,67	95,83	95,73	95,93
4.	11,947	11,937	11,957	80,585	80,505	80,665	95,81	95,71	95,91
5.	11,945	11,935	11,955	80,59	80,51	80,67	95,83	95,73	95,93
6.	11,941	11,931	11,951	80,585	80,505	80,665	95,84	95,74	95,94
8.	11,943	11,933	11,953	80,58	80,50	80,66	95,85	95,75	95,95
9.	11,942	11,932	11,952	80,583	80,503	80,663	95,88	95,78	95,98
10.	11,944	11,934	11,954	80,585	80,505	80,665	95,89	95,79	95,99
11.	11,94	11,93	11,95	80,582	80,502	80,662	95,84	95,74	95,94
12.	11,935	11,925	11,945	80,583	80,503	80,663	95,844	95,744	95,944
13.	11,93	11,92	11,94	80,58	80,50	80,66	95,86	95,76	95,96
15.	11,936	11,926	11,946	80,583	80,503	80,663	95,88	95,78	95,98

XIV. Die Währungen der Welt

Stand: Ende Dezember 1953

1. Währungsparitäten und Kursfestsetzungen (nur zur Information)

Land	In Kraft		US-\$ 1,00 = Einheiten der Landeswährung ...	Einheiten der Landeswährung ... = US-\$...	Für die Zeit ¹⁾		Einheiten der Fremdwährung ... = DM ...	DM 100,00 = Einheiten der Fremdwährung ...
	von	bis			von	bis		
Ägypten	18. 12. 46	18. 9. 49	£ E 0,241955	£ E 1,000 = 4,13300	21. 6. 48	18. 9. 49	£ E 1,000 = 13,78	£ E 7,25866
	19. 9. 49		£ E 0,348242	£ E 1,000 = 2,87156	19. 9. 49	27. 2. 53	£ E 1,000 = 12,06	£ E 8,29148
					28. 2. 53		£ E 1,000 = 12,0605	£ E 8,29153
Belgien	18. 12. 46	21. 9. 49	bfrs 43,8275	bfrs 100,00 = 2,28167	21. 6. 48	18. 9. 49	bfrs 100,00 = 7,61	bfrs 1 314,825
	22. 9. 49		bfrs 50,0000	bfrs 100,00 = 2,00000	22. 9. 49		bfrs 100,00 = 8,40	bfrs 1 190,475
Bundesrepublik Deutschland	1. 5. 48 ²⁾ bzw. 15. 5. 48 ³⁾	18. 9. 49	RM/DM 3,33 ^{1/3}	RM/DM 1,00 = 0,30	21. 6. 48	18. 9. 49	DM 1,00 = US-\$ 0,300000 ⁴⁾	
	19. 9. 49	29. 1. 53	DM 4,200004	DM 1,00 = 0,238095	19. 9. 49	29. 1. 53	DM 1,00 = US-\$ 0,238095 ⁴⁾	
	30. 1. 53		DM 4,20000	DM 1,00 = 0,238095	30. 1. 53		US-\$ 1,00 = 4,20	US-\$ 23,8095
Dänemark	18. 12. 46	18. 9. 49	dkr 4,79901	dkr 100,00 = 20,8376	21. 6. 48	18. 9. 49	dkr 100,00 = 69,46	dkr 143,970
	19. 9. 49		dkr 6,90714	dkr 100,00 = 14,4778	20. 9. 49	27. 2. 53	dkr 100,00 = 60,81	dkr 164,456
					28. 2. 53		dkr 100,00 = 60,8066	dkr 164,4558
Frankreich	20. 9. 49		ffrs 350,00	ffrs 100,00 = 0,28571	21. 9. 49		ffrs 100,00 = 1,20	ffrs 8 333,33 ^{1/3}
Großbritannien und Nordirland	18. 12. 46	18. 9. 49	£ 0,248139	£ 1,-- = 4,03000	21. 6. 48	18. 9. 49	£ 1,-- = 13,43	£ 7,44417
	19. 9. 49		£ 0,357143	£ 1,-- = 2,80000	20. 9. 49		£ 1,-- = 11,76	£ 8,50340
Irland (Republik)	Das irlandische Pfund ist paritätisch mit dem Pfund Sterling (s. Großbritannien)							
Italien	31. 10. 50		Lit 625,00	Lit 100,00 = 0,16	31. 10. 50	27. 2. 53	Lit 100,00 = 0,672	Lit 14 880,952
					28. 2. 53		Lit 100,00 = 0,6722	Lit 14 877,00
Jugoslawien	24. 5. 49	31. 12. 51	Din 50,0000	Din 100,00 = 2,00000	24. 5. 49	18. 9. 49	Din 100,00 = 6,67	Din 1 500,000
	1. 1. 52		Din 300,000	Din 100,00 = 0,33333	19. 9. 49	31. 12. 51	Din 100,00 = 8,40	Din 1 190,475
Canada	18. 12. 46	18. 9. 49	can \$ 1,10000	can \$ 1,00 = 0,90909	1. 1. 52		Din 100,00 = 1,40	Din 7 142,857
	19. 9. 49	29. 9. 50 ⁵⁾	can \$ 1,00000	can \$ 1,00 = 1,00	21. 6. 48	18. 9. 49	can \$ 1,00 = 3,03	can \$ 33,00
Luxemburg	18. 12. 46	21. 9. 49	lfrs 43,8275	lfrs 100,00 = 2,28167	19. 9. 49	29. 9. 50 ⁵⁾	can \$ 1,00 = 4,20	can \$ 23,8095
	23. 9. 49		lfrs 50,0000	lfrs 100,00 = 2,00000	21. 6. 48	18. 9. 49	lfrs 100,00 = 7,61	lfrs 1 314,825
Niederlande	18. 12. 46	20. 9. 49	hfl 2,65285	hfl 100,00 = 37,6953	23. 9. 49		lfrs 100,00 = 8,40	lfrs 1 190,475
	21. 9. 49		hfl 3,80000	hfl 100,00 = 26,3158	21. 6. 48	18. 9. 49	hfl 100,00 = 125,65	hfl 79,586
					21. 9. 49	27. 2. 53	hfl 100,00 = 110,52	hfl 90,476
Norwegen	18. 12. 46	18. 9. 49	nkr 4,96278	nkr 100,00 = 20,1500	28. 2. 53		hfl 100,00 = 110,526	hfl 90,4761
	20. 9. 49		nkr 7,14286	nkr 100,00 = 14,0000	21. 6. 48	18. 9. 49	nkr 100,00 = 67,17	nkr 148,883
					20. 9. 49	27. 2. 53	nkr 100,00 = 58,80	nkr 170,068
Österreich	28. 10. 46	21. 11. 49	S 10,00	S 100,00 = 10,00	28. 2. 53		nkr 100,00 = 58,80	nkr 170,067677
	22. 11. 49	4. 10. 50	S 14,40	S 100,00 = 6,9444	21. 6. 48	18. 9. 49	S 100,00 = 33,33	S 300,000
	5. 10. 50	3. 5. 53	S 21,36	S 100,00 = 4,6816	19. 9. 49	21. 11. 49	S 100,00 = 42,00	S 238,095
	4. 5. 53		S 26,00	S 100,00 = 3,84615	22. 11. 49	4. 10. 50	S 100,00 = 29,17	S 342,857
					5. 10. 50	3. 5. 53	S 100,00 = 19,66	S 508,571
Portugal	22. 9. 49		Esc 28,75	Esc 100,00 = 3,47826	4. 5. 53		S 100,00 = 16,15	S 619,05
Schweden	14. 7. 46	19. 9. 49	skr 3,5943	skr 100,00 = 27,8218	22. 9. 49	27. 2. 53	Esc 100,00 = 14,61	Esc 684,52
	20. 9. 49	31. 12. 50	skr 5,1732	skr 100,00 = 19,3304	28. 2. 53		Esc 100,00 = 14,6087	Esc 684,524
	1. 1. 51		skr 5,17321	skr 100,00 = 19,3304	21. 6. 48	18. 9. 49	skr 100,00 = 92,74	skr 107,83
Schweiz	seit 1946	30. 11. 48	sfr 4,31	sfr 100,00 = 23,20186	20. 9. 49	31. 12. 50	skr 100,00 = 81,18	skr 123,17
	1. 12. 48	18. 9. 49	sfr 4,305	sfr 100,00 = 23,22880	1. 1. 51	27. 2. 53	skr 100,00 = 81,18	skr 123,17
	19. 9. 49	12. 10. 49	sfr 4,30	sfr 100,00 = 23,25581	28. 2. 53		skr 100,00 = 81,1875	skr 123,17167
	13. 10. 49	19. 4. 53	sfr 4,37282	sfr 100,00 = 22,86854	21. 6. 48	30. 11. 48	sfr 100,00 = 77,34	sfr 129,300
	20. 4. 53		sfr 4,37282	sfr 100,00 = 22,86854	1. 12. 48	18. 9. 49	sfr 100,00 = 77,43	sfr 129,150
Tschechoslowakei	18. 12. 46	31. 5. 53	Ks 50,0000	Ks 100,00 = 2,00000	19. 9. 49	12. 10. 49	sfr 100,00 = 97,67	sfr 102,381
	1. 6. 53		Ks 7,20	Ks 100,00 = 13,89	13. 10. 49	28. 2. 53	sfr 100,00 = 96,05	sfr 104,115
				1. 3. 53		sfr 100,00 = 96,0479	sfr 104,115	

¹⁾ Fruhster Zeitpunkt ist der 21. 6. 1948 (Neuordnung des Geldwesens nach dem Emissionsgesetz). -- ²⁾ Exporte. -- ³⁾ Importe. -- ⁴⁾ Festgesetztes Wertverhaltis der DM zum US-\$. -- ⁵⁾ Am 30. 9. 1950 Aufgabe der Parität; Kursgestaltung am freien Markt.

2. Devisen-Umrechnungssatze; festgesetzt von der Bank deutscher Länder

Land	Währung	In Kraft		Mittel- kurs	Geld- kurs	Brief- kurs	Land	Währung	In Kraft		Mittel- kurs	Geld- kurs	Brief- kurs
		von	bis						von	bis			
Ägypten	£ E 1,000	2. 7. 51		12,06	12,05	12,07	Luxemburg	lfrs 100,00	21. 12. 49	3. 5. 53	8,40	8,39	8,41
Belgien	bfrs 100,00	21. 12. 49	3. 5. 53	8,40	8,39	8,41	Niederlande	hfl 100,00	21. 12. 49	3. 5. 53	110,52	110,41	110,63
Dänemark	dkr 100,00	21. 12. 49		60,81	60,75	60,87	Norwegen	nkr 100,00	21. 12. 49	13. 12. 53	58,80	58,74	58,86
Frankreich	ffrs 100,00	13. 2. 50		1,20	1,199	1,201	Österreich	S 100,00	24. 6. 50	DM-Verrechnung			
Großbritannien und Nordirland	£ 1,--	21. 12. 49		11,76	11,75	11,77	Portugal	Esc 100,00	14. 5. 52	14,61	14,59	14,63	
	irl £ 1,--	21. 12. 51		11,76	11,75	11,77	Schweden	skr 100,00	21. 12. 49	17. 5. 53	81,18	81,10	81,26
Italien	Lit 100,00	31. 10. 50		0,672	0,671	0,673	Schweiz	sfr 100,00	21. 12. 49	3. 5. 53	96,05	95,95	96,15
Jugoslawien	Din 100,00	1. 1. 52		1,40	1,398	1,402	Tschechoslowakei	Ks 100,00	1. 6. 53	58,33	58,27	58,39	
							Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	US-\$ 1,00	19. 9. 49	9. 8. 53	4,20	4,195	4,205

